

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuß-Strasse 2.

Donnerstag, den 31. März 1898.

Expedition: SW. 19, Reuß-Strasse 3.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pfg. Frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

#### Die Infections-Gebühr

Beträgt für die hochgepallene Kolonietabelle oder deren Raum 40 Pfg., für Verleib- und Versammlung-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inverate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Kreisredakteur: Amt 1, Nr. 1608. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

### Spanien und seine Kolonialpolitik.

Wieder ist eine internationale Frage brennend geworden! Während im äußersten Osten das chinesische Problem die schärfste Zuspitzung erfahren hat, ruft das mexikanische Problem in Ostasien bald seinen Triumph in der kretensischen Frage anreihen dürfte, ist die kubanische Angelegenheit auch zur Entscheidung gereift.

Die nächsten Tage müssen Klarheit schaffen, ob Spanien den Kubanern und den Politikern in den Vereinigten Staaten, die die Selbstständigkeit Kubas fordern, Zugeständnisse der Art machen wird, daß das Ende des Ruftandes abgesehen werden kann und den Interessenten an der Unabhängigkeit Kubas der Anlaß zu einem Eingreifen genommen werden kann. Nur durch Gewährung völliger Unabhängigkeit, die bloß durch eine formelle Souveränität des Mutterlandes über Kubas eingeschränkt sein dürfte, kann vielleicht noch die Annexion durch die Vereinigten Staaten verschoben werden. Freilich, ob die spanische Regierung im eigenen Lande stark genug ist, dem übertriebenen Nationalstolz nach den unerhörten Opfern an Gut und Blut einen solchen Verzicht zuzumuthen, steht noch dahin. Aber auch über die Entschlüsse der Vereinigten Staaten läßt sich nichts bestimmtes voraussagen; sollte man selbst den Friedensbetheuerungen Mac Kinley's und seiner Staatssekretäre Glauben schenken wollen — was nicht jedermanns Sache ist —, so scheint die Majorität der parlamentarischen Körperschaften, gedrängt durch die Volkstimmung und noch mehr beeinflusst durch großkapitalistische Interessenten, wie z. B. den Zuckertrust, die Entscheidung herbeiführen zu wollen.

Wir stehen vor der Entscheidung; wie sie aber ausfällt, werden erst die nächsten Tage lehren. Wir verzichten, Vermuthungen anzuspinnen und begnügen uns, die Vorgeschichte der gegenwärtigen Verwicklungen mit einigen Strichen zu zeichnen.

Als England, Frankreich und Holland noch keine Kolonien besaßen, hatte Spanien schon ein Kolonialreich von unermesslicher Größe. Fast ganz Westindien, Zentral- und Südamerika, Länder mit den größten Bodenschätzen, theils auch mit hochentwickelter, uralter Kultur, fielen den blutgierigen Konquistadoren und den ihnen folgenden Priestern der „heiligen“ Inquisition fast mühelos zu. Wer den heutigen Maßstab des Auktorismus, wozu wir die Peters, Wehlan, Eckardts und Genossen freilich nicht zählen, an die Thaten der Spanier des 16. und 17. Jahrhunderts anlegt, kann es gar nicht fassen, wie die friedliche und harmlose Urvölkerung der ohne jeden ernstesten Widerstand eroberten Gebiete fast vernichtet, uralte Kultur, so die der Azteken und Inkas, zerstört wurde. Es war kein Fortschritt, den die Spanier jenen Gegenden brachten. Wohl entwickelte sich der Bergbau und große Silberflotten führten Reichthümer aus der neuen Welt nach Spanien. Aber weder die Kolonien noch das Mutterland hatten dauernden Gewinn von dem neuen Zustande. In den Kolonien herrschte rücksichtslosester Raubbau mit dem Boden und den Einwohnern; in geringster, von jeder Rücksicht auf nach-

kommende Geschlechter freier Weise wurden die herrlichsten Kolonien ausgeplündert und ausgebeutet. Was die Zivilverwaltung noch schonte, das zerstörte die unbuldsame, verfolgungsfüchtige katholische Geistlichkeit; alle Reime fortgeschrittener Kultur der einheimischen Bevölkerung wurden mit Stumpf und Stiel ausgerottet.

Aber auch dem Mutterlande brachten die ungeheuren Gebiete nicht den erhofften Segen. Spanien suchte bis in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts jene Kolonien vollständig von der Außenwelt zu isoliren. Erst im Jahre 1765 wurde der Verkehr mit Westindien, der bis dahin nur von Cadix (früher von Sevilla) vermittelt worden war, den zwölf vornehmlichsten Häfen des Mutterlandes gegen eine Abgabe von 6 pCt. freigegeben. Später wurde diese Maßregel auf andere Kolonien ausgedehnt, auch durften die Kolonien erst seit 1776 unter einander Handel treiben. Obwohl diese Reformen die Leistungsfähigkeit und Entwicklung der Kolonien förderten, so vermochten sie doch infolge der ihnen anhaftenden Halbheit nicht mehr, die in den Kolonien längst gährende Unzufriedenheit zu heben. Es fehlte nur noch ein äußerer Anstoß, um die auf Unabhängigkeit gerichteten Wünsche zur That reifen zu lassen.

Das erste Viertel des 19. Jahrhunderts war eine Zeit ununterbrochener Gährung in den spanischen Kolonien, die mit der Unabhängigkeit Mexiko's, der Zentral- und südamerikanischen Republiken endete. Aber auch die Befreiung brachte den ehemaligen spanischen Besitzungen kein Heil. Die Bevölkerung war geistig und körperlich degenerirt. Die Mischung der Bevölkerung durch unzählige Kreuzungen zwischen weißer, schwarzer und rother Rasse, der geistige Tiefstand, eine Folge der Macht der Klerisei, die ökonomische Zurückgebliebenheit, verursacht durch die engherzige spanische Verwaltung, der Hochmuth der herrschenden Klassen, ein Erbtheil der spanischen Eroberer, all' dies haben im Vereine mit anderen minder ausschlaggebenden Ursachen den Zustand gezeitigt, wie wir sie in den trostlosen Zuständen, den ungeordneten, verwahrlosten Verhältnissen der meisten zentral- und südamerikanischen Republiken kennen.

Das Elend der Kolonien hatte aber nicht einmal für das ausdauernde und ausbeutende Mutterland irgendwelchen dauernden Nutzen. Trotz der kolossalen Einfuhr der Edelmetalle und der Naturprodukte aus den Kolonien ging Spaniens Macht und Ansehen seit Philipp II. Regierung immer mehr zurück; damals die erste Großmacht Europa's, verlor es unter den Nachfolgern des Entfels Karl V., von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer mehr an Einfluß in Europa; eine seiner Besitzungen verlor es nach der anderen, sein Volkswohlstand ging zurück, weite Kreise der Bevölkerung verarmten, weite Landstriche verödeten und die herrschenden Klassen, denen der ganze Gewinn der Kolonien zu gute kam, entnervten in Leppigkeit, Luxus, körperlicher und geistiger Trägheit. So hat Spanien nur ungünstige Rückwirkungen aus seiner mit so glänzenden Erfolgen begonnenen Kolonialpolitik zu verzeichnen. Sein ungeheurer Kolonialbesitz ist bis auf unbedeutende Reste zusammengeschrumpft, an die Erhaltung der werthvolleren Kolonien, Kubas, Portorico's

und der Philippinen kann selbst ein optimistischer Spanier nicht mehr glauben. Sind auch diese entrisen, so bleibt von dem Weltreiche, in dem die Sonne nie unterging, fast werthloses Landgebiet, einige Inselgruppen in Asien, wie die Carolinen und Marianen und einige kleine Inseln und Länderstücken in Afrika, deren Erhaltung oder Verlust für Spaniens Einnahmen und Weltstellung fast ganz gleichgiltig ist. Die Vertheidigung des Kolonialbesitzes hat Spanien in den letzten Jahren fast völlig entkräftet.

Die Kosten Spaniens für die kubanischen Wirren belaufen sich heute auf 82 Millionen Mark monatlich. Die Zahlungsrückstände aller Art auf Kubas belaufen sich zur Stunde in runder Summe auf 240 Millionen. Der Krieg hat heute bereits Spanien über hundert Millionen, oder wenn man die Zahlungsrückstände hinzunimmt, weit mehr als 1200 Millionen Mark gekostet. Das Meer ist auf wenig mehr als die Hälfte seines Goldbestandes zusammengeschrumpft. Die Gefasellen und die an Wunden und Krankheiten seit Ausbruch der Erhebung Gestorbenen sollen 52 000 Mann betragen. Nicht weniger als 47 000 Mann sind als selbstdienstuntauglich nach Spanien heimgeschickt worden. Die Zahl der in den Lazarethen liegenden und sonst dienstuntauglichen Mannschaften auf der Insel wird auf 42 000 Mann angegeben.

Hierzu kommen noch die immensen Menschenverluste und Kosten für den verunglückten Versuch, den Aufstand auf den Philippinen niederzuschlagen. Käme es selbst zu keiner Entscheidung über die kubanische Angelegenheit, müßte Spanien an den Kolonialaufständen verbluten. Nur unter den schwierigsten Verhältnissen hat das Mutterland zu den Kolonialkriegen das Geld aufbringen können, alle Börsen der Welt sind Spanien verschlossen, die ganze Verwaltung liegt darnieder, Rechnungen bezahlt der Staat nicht, die Beamtenbefoldigungen bleiben er schuldig. Spanien hat sich nirgends die nothwendigen Mittel verschaffen können und sie nur in einer verhängnisvollen Zunahme des Notenumlaufes gefunden. Nach ihrem Statut war die Bank von Spanien berechtigt, Noten im Betrage von 750 Millionen Pesetas (100 Pesetas ca. 80 Reichsmark) auszugeben. Der Staat war gezwungen, diese äußerste Grenze der Emission schon im Jahre 1891 bis auf 1500 Mill. auszubehnen. Am Schlusse des Jahres 1897 hatte die Bank von dieser Berechtigung schon einen so ausgedehnten Gebrauch gemacht, daß der Notenumlauf auf mehr als 1200 Millionen Pesetas gestiegen war und gleichzeitig das Disagio des Papiergeldes sich derart erhöhte, daß gegenwärtig der effektive Werth des spanischen Geldes sich auf beiläufig zwei Drittel seines Nominalwerthes verminderte. Die spanische Bank hatte dem Staate, wie sich aus diesen Ziffern ergibt, ungefähr 450 Millionen Pesetas vorgestreckt.

Der auswärtige Kredit Spaniens ist vollständig ruiniert. 1898 hat Spanien nach Berücksichtigung der schwebenden Anleihen eine Schuldenlast von mehr als 6 1/2 Milliarden Reichsmark. Die meisten Einnahmen sind verpfändet, der Tabak an eine Tabak-Gesellschaft, die berühmten Quecksilberminen von Almaden und andere Gefälle. Was verwertbar ist, ist bereits herangezogen worden, um den Abgrund im Budget auszufüllen, aber nachdem bei einem Einnahmehudget

### Das erste deutsche Parlament.

Ein neuer Erinnerungstag der 1848er Revolutionsgeschichte! Heute vor fünfzig Jahren, am 31. März 1848, trat in Frankfurt a. M. das erste deutsche Parlament, das sogenannte Vorparlament, zu seinen allerdings nur vier Tage währenden Sitzungen zusammen. — Ein deutsches Parlament! Das schien ja den Deutschen die lange ersehnte Einheit, vielleicht sogar die Freiheit zu bringen. Und so war denn die Freude und die Begeisterung in Deutschland groß, als von einer am 5. März in Heidelberg zusammengetretenen Versammlung die Anregung zu dem Vorparlament gegeben worden war.

Schon damals hätten freilich Weitblickende erkennen können, daß von dieser Veranstaltung keine grundlegenden Thaten zu erwarten seien und daß die Bestrebungen der eigentlichen Demokraten und Republikaner in diesem Parlament keine Stütze finden würden. Die in Heidelberg Versammelten hatten unter anderem beschlossen, ihre Regierungen aufzufordern, so bald wie möglich das „gesamte deutsche Vaterland und die Throne“ mit dem kräftigen Schutzwort einer durch das Volk gewählten Nationalversammlung zu umgeben. Und einige Tage später wurden alle früheren und gegenwärtigen Ständemitglieder und Theilnehmer an gesetzgebenden Versammlungen in allen deutschen Ländern eingeladen, sich am 31. März zu einem Vorparlament in Frankfurt zusammenzufinden, um die Wahl eines deutschen Parlaments zu betreiben. Daß von den liberalen deutschen Wiederherstellers, denen es gelungen war, durch die Reihe reaktionärer Wahlscheiter in die vorwärtlichen Ständekammern zu schlüpfen, keine thronstürzende Thätigkeit erwartet werden konnte, war klar. Und auch die preussischen Stadtverordneten, die zum Vorparlament nach Frankfurt zogen, da die preussischen Ständemitglieder durch den am 2. April erfolgenden Zusammentritt des preussischen vereinigten Landtages am Erscheinen verhindert waren, erwiesen sich als äußerst zahm und waren sicherlich mehr für die „Ordnung“ als für die Freiheit begeistert. Allerdings konnten bei diesem aus der Revolution geborenen Parlament und in der bewegten Strömung der Zeit die bekanntesten Demokraten und Republikaner nicht übergegangen werden, und so erhielten auch diese ebenso wie eine große Reihe anderer „durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichnete Männer“ besondere Einladungen zu dem Vorparlament.

So strömten denn in den letzten Tagen des März die Theilnehmer dieses Stagesparlamentes massenhaft in der alten freien Reichstadt zusammen. Sehr hübsch schildert Heinrich Laube die Stimmung

und das Leben jener Tage: „Es zog wie ein warmer Regenschauer über uns hin, wenn die Scharen neuer Jugend, die Kolonnen von Turnern, die Kolonnen von Arbeitern halb lustig, halb drohend aus den Quergassen hervorquollen und neue Vieder singend die Zeit entlang zogen, trohigen Schrittes; wenn die Büchlinge aus aller Herren Länder aufsuchten an den Straßenrändern oder in offenen Plätzen, die angehalten wurden vom Andrängen und Zuruf einstiger Kameraden von Hambach und der Konstablerwache. Werden es noch Kameraden sein, wenn der Sturm des Wiedersehens abbläst? Sie kommen aus England, aus Frankreich, aus der Schweiz, sie sind unter den verschiedenartigsten Eindrücken Männer geworden; wird das aber ohne große Noth ein Ganzes werden, was jetzt so bunt und hoffnungsvoll aus dem Frankfurter Wolkenscheid, auf der Heil, hin- und wiederwogt. Die Frühlingssonne schien lustig dazwischen, es war ein glückseliger Anblick um die Mittagsstunde, denn alles liebte sich in dem Gemüth, die Lösungsworte waren noch allgemein, also gemeinschaftlich, die Stich- und Scheideworte waren noch nicht entdeckt, wenigstens noch nicht ausgesprochen, des Vaterlandes große Zukunft umschlang noch alle.“

Die Zusammenkunft des Vorparlamentes war ziemlich bunt und willkürlich. Aus Preußen waren 141, aus Oesterreich nur zwei Vertreter erschienen; Hessen-Darmstadt hatte 84, Baden 72, Württemberg 52 Vertreter nach Frankfurt geschickt, das Königreich Hannover wiederum nur 9, und was der theils gewollten, theils zufälligen Absonderlichkeiten der Zusammenkunft des „wilden Parlaments“ mehr waren. Im ganzen hatten sich nicht viel weniger als 600 Vertreter in Frankfurt eingefunden.

Die erste Sitzung fand am frühen Morgen des 31. im Kaisersaal des Dömers statt. Es wurde dort der liberale Heidelberger Professor Mittelmaier zum Vorsitzenden gewählt, der nachher das seine dazu beigetragen hat, die Konfusion bei den Verhandlungen des Vorparlamentes zu vergrößern, und der seine Sache wohl noch schlechter gemacht haben würde, wenn ihm nicht gelegentlich Robert Blum aus Leipzig hilfsreich unter die Arme gegriffen hätte.

Um 10 Uhr vormittags zog die ganze Versammlung vom Römer durch die Reihen der präsentirenden Bürgerwehr, unter Glockenläuten und Kanonendonner und dem herrlichen Jubel der Frankfurter Bevölkerung in die reich mit schwarz-roth-goldenen Fahnen geschmückte Paulskirche, die der Versammlung von der Stadt Frankfurt zur Verfügung gestellt worden war, und deren Inneres man schnell in einen Parlamentsaal verwandelt hatte. Zunächst bildeten auf den Straßen Spalier, und man zeigte sich mit lebhaftem Antheil die bekannteren Theilnehmer des Tages, die Radikalen Hecker und Struve, die Demokraten Jähren, Blum, Jacoby, die „Märzminister“ Gager und Römer, den luxuriosen Märtyrer Sylvester Jordan, die be-

rühmten Bender, Grimm, den Turnvater Zahn, den gemäßigten Professor Weicker, den Dichter Verthold Auerbach und viele, viele andere, die in den langen Reaktionsjahren oder auch in den letzten bewegten Wochen dem größeren Publikum bekannt geworden waren.

Die Gallerien der Paulskirche waren von einer begeisterten Zuhörerschaft besetzt, und auch die Abgeordneten waren wohl jeder in seiner Art von Freude und Hoffnung erfüllt. Aber lange sollte die schöne Harmonie nicht anhalten. Nach einigen allgemeinen einleitenden Reden wurde das Programm des von der Heidelberger Versammlung eingesetzten Siebener-Ausschusses auf die Tagesordnung gebracht. Und damit war denn der Konflikt geschaffen. Die künftige Verfassung Deutschlands sollte nach diesem Programm den lockeren deutschen Staatenbund in einen festen Bundesstaat verwandeln, an dessen Spitze ein Fürst als Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern stehen sollte. Die Nation sollte ihre konstitutionellen Rechte mittels eines in zwei Kammer getrennten Parlaments ausüben. Die Aufgabe des Vorparlamentes sollte es sein, auf diesen Grundlagen die Einberufung einer konstituirenden Nationalversammlung zu veranlassen. Die Einberufung selbst sollte jedoch durch den Bundesrat geschehen.

Sofort trat nach Darlegung dieses konstitutionellen Programms der Republikaner Struve in die Schranken und entwickelte in einem formalkräftigen Antrage die Forderungen der Demokratie, die darauf hinaus liefen, die bisherige halbe Revolution zu einer ganzen zu machen, die Monarchie abzuschaffen und Deutschland zu einer Republik zu machen nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten. Außerdem sollte das Vorparlament in Frankfurt beibehalten bleiben, bis ein frei gewähltes Parlament die Geschichte Deutschlands leiten würde.

Sicherlich lag Sinn und Verstand in diesem Antrag und er hatte die geschichtliche Logik für sich. Denn wie sollte man damals den von drei Tausend eifersüchtig über ihre Rechte wachenden Potentaten und Potentatinnen regierten Deutschen die heiß ersehnte Einheit verschaffen ohne die sofortige Proklamirung der Republik, solange eben die Revolution noch Kraft und Schwung zu haben schien? Aber ebenso folgerichtig wie der Antrag war, so hoffnungslos war er auch in dieser Versammlung, in der die echten und rechten deutschen Spießbürger die große Mehrheit besaßen. Diese rühten sich ja, daß die Revolution ehrfürchtig vor den Thronen stehen geblieben war.

Die Radikalen waren sich wohl bewußt, mit welcherer Elementen sie in der Paulskirche zu thun haben würden, aber sie hofften, die Versammlung inmitten des revolutionären Schwunges mit sich fortzuziehen zu können. Einer der wenigen Republikaner, die



von 760 Millionen Pesetas fast zwei Drittel auf die Staats- schuld allein verwendet werden müssen, so ist ein Auskommen unbenutzbar. Es ist ja bezeichnend, daß die Bank von Spanien unter ihrem Reingewinne für sämtliche Operationen mit dem Staatsschatz eine gesammte Brutto-Einkommen der Aktionäre von nicht weniger als 46 1/2 Millionen Pesetas ausführt. Der Bank allein zählt sonach der Staat nicht weniger als 46 1/2 Millionen Pesetas jährlich!

Die Geschichte und die jetzige Lage der spanischen Finanzen sind so traurig, daß an eine starke Widerstandskraft nicht zu glauben ist. Spanien hat nicht die Mittel, zu rüsten, und Fachleute behaupten, daß sowohl seine Armee als auch seine Schiffe sich in einem kläglichen Zustande befinden sollen. Auch wirtschaftlich ist Spanien ein verarmtes und zurückgebliebenes Land. Der gesammte Import stellt sich auf rund 800 Millionen Pesetas und der gesammte Export auf etwa 924 Millionen Pesetas. Spanien ist ein dürftiges Land, und es wird ihm sehr schwer fallen, es mit einem so robusten, reichen und thatkräftigen Gegner, wie es die Vereinigten Staaten sind, aufzunehmen.

In einem folgenden Artikel werden wir die Entwicklung der kubanischen Frage und die Interessen der Vereinigten Staaten an ihr behandeln. —

## Politische Uebersicht.

Berlin, 30. März.

Der Reichstag hielt heute eine achtstündige Sitzung ab. Die langen Debatten, an denen sich von unserer Partei die Abgeordneten Weibel, Kunert, Lütgenau, Mollenhuth, Reuß, Stadthagen, Wurm, Zubeil und andere beteiligten, drehten sich im wesentlichen um das Reichsamt des Innern und den Militäretat. Die einzelnen Reden hier zu charakterisieren, würde zu weit führen, wir müssen auf den Bericht verweisen und nur das räpelhafte Benehmen einiger Abgeordneten von der Rechten, insbesondere das des Abg. Nordhoff hier erwähnen.

Man hofft in der morgigen Sitzung, die wieder um 12 Uhr beginnt, die dritte Lesung des Etats zu beenden und dann in die Ferien gehen zu können. —

Das preussische Abgeordnetenhaus beendete heute die dritte Lesung des Etats. Erwähnenswert ist nur, daß Abgeordneter Gamp (St.) beim Kultusetat die Gelegenheit ergriff, sich wiederum an dem früheren Unterstaatssekretär Rottenburg zu reiben, dessen Antwort auf seine in der zweiten Lesung gegen ihn erhobenen Angriffe Herr Gamp in Harnisch gebracht haben. In seiner Wuth über die ihm von Herrn Rottenburg zu theil gewordene Abfertigung merkte der Abgeordnete Gamp gar nicht, wie thöricht es von ihm war, sich bei dieser Gelegenheit auch warm für die Gewährung von Diäten an Abgeordnete ins Zeug zu legen und auf die großen Aufgaben hinzuweisen, die ihm durch seinen Aufenthalt in Berlin erwachsen. Freilich für einen durch eine „gute Partie“ reichlich gewordenen Agrarier sind Diäten unbedingt nötig, aber die Vertreter der Arbeiter können von ihren eigenen Ersparnissen die Kosten des Aufenthaltes in der Hauptstadt bestreiten. Leider schnitt der Präsident v. Kroschke dem vielgeschwägigen Herrn Gamp, als er sich über den Antrag Rantig zu verbreiten anfing, der mit dem Kultusetat doch nur in sehr losem Zusammenhang steht, das Wort ab, wohl hätten wir vielleicht noch manches werthvolle Bekenntniß von dieser schönen Seele erfahren.

Hierauf begann das Haus die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betr. das Dienststellenkommen der evangelischen Geistlichen und betr. das Dienststellenkommen der katholischen Geistlichen. Nach einer phrasenreichen Einleitungsrede des Kultusministers Dr. Boffe erklärte sich Abg. v. Röllner (L.) für einen kleinen Theil seiner Freunde gegen das Gesetz, während namens der Mehrheit der Konservativen Abg. v. Heydebrand für dasselbe eintrat. Die Debatte, an der sich noch die Abgeordneten Dr. Sattler (natl.) und Dr. Porsch (B.) beteiligten, wird morgen fortgesetzt. —

Das Zentrum nach Annahme des Flottengesetzes. Die „Köln. Volkszeitung“ giebt zu, daß der Verlauf der Flottenangelegenheit zweifellos viel Mißstimmung in den Wählerkreisen des Zentrums hervorgerufen habe. Und eine Anzahl linksstehender Zentrumsblätter fahren fort, scharfe Pfeile gegen die Mehrheit der Fraktion zu entsenden. Besonders wird es auf die Haltung der Bayern ankommen.

Es wird nun eifrig daran gearbeitet, den entstandenen Miß wieder zu überkleistern. Das genannte Blatt zitiert die Mauer Windthorst's, der in der jetzigen Situation folgendes sagen würde:

sich nicht in dem allgemeinen Phrasendrei hatten erstickt lassen, hatte zu Geder, dem Mannheimer Advoakaten und Führer der süddeutschen Radikalen, gesagt, was er von einer Versammlung erwarte, deren Mehrzahl aus Hofräthen, Professoren, Mandarinen und Bonzen zusammengesetzt sei, was er von solchen Leuten denn manhaftes, von solchen Philistern revolutionäres erwarten könne? Und Geder hatte darauf stolz erwidert: Ich werde sie terrorisieren!

Das erwies sich jedoch als unmöglich. Die Mehrheit war sofort geschlossen gegen alle republikanischen Pläne, und der liberale bismarckische Minister sprach wohl der Versammlung aus der Seele, wenn er meinte, daß die Strauß'schen Pläne unmöglich zur Wiederherstellung des Kredit's beitragen könnten. Der Schluss seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede lautete: „Sprechen Sie es aus, daß wir an der Monarchie festhalten, daß es sich beim Strauß'schen Antrag nur um die Vorschläge einer Minderheit handelt, die nach Problemen hascht und unerreichbare Dinge anstrebt!“

Endlich schloß sich die Versammlung der Ansicht eines Redners an, der ausgesprochen hatte, daß man die Frage, ob Republik oder Monarchie dem zu berufenden Nationalparlament überlassen müsse. Ferner wurde in der ersten Sitzung des Vorparlaments noch beschlossen, daß je 50 000 Deutsche einen Vertreter in das zu gründende Nationalparlament entsenden sollten.

In einer späteren Sitzung kam es zwischen den gahsthaften Liberalen und den Radikalen zu solchen Differenzen, daß die letzteren den Parlamentsaal mit einigen 70 Mann verließen. Andere Demokraten, die noch nicht alles für verloren hielten, waren jedoch geblieben, so Jacoby, der alte Jystein und Robert Blum, der auch in diesen Sitzungen des Vorparlamentes sein eminentes Talent bewies, große erregte Menschenmassen durch Hervorführung der von allen vertretenen Ideen zum gemeinsamen Handeln zurückzuführen.

Die Aufgabe des Vorparlamentes, das Zustandekommen der Wahl einer deutschen Nationalversammlung, ist ja — nachdem noch zur Weiterführung dieser Angelegenheit ein fünfjähriger Ausschuss vom Vorparlament eingesetzt worden war — erfüllt worden. Vom 18. Mai ab hat die Nationalversammlung viele Monate in Frankfurt gesessen, um eine deutsche Verfassung zu fassen zu bringen. Das ist natürlich nicht gelungen. Die Kraft der Revolution war verpufft. Die Bourgeoisie konnte sich nicht entschließen, auch den Arbeitern, die doch der Revolution den eigentlichen Rückhalt geboten hatten, von den Früchten der Umwälzung etwas zu gute kommen zu lassen. Sie gitterte für Ordnung und Eigentum, und die Regierungen, die diesen schwachen Punkt der Revolution bald herausgefunden hatten, fanden keinen mächtigen Widerstand mehr, als sie mit neuer Reklamation einsetzten und die Erregenschaften der Märzrevolution eskalirten. Daß dies so kommen konnte, daran trägt das Verbot des „liberalen“ Bürgerthums im Vorparlament nicht die geringste Schuld.

„Meine lieben Freunde, laßt Euch durch Bestimmungen im eigenen Lager sowie durch Schmeicheleien der Gegner rechts und Linken der Gegner nicht auseinander bringen; denn Ihr müßt zusammen bleiben, wenn nicht die Euch anvertrauten vitalen Interessen des Vaterlandes Schaden leiden sollen.“

Die „Köln. Post“ hält den bayerischen Zentrums- Abgeordneten vor, welche Gefahren für das bayerische Volk ihr Ausschneiden aus der Zentrums-Fraktion bringen würde:

„Eine geforderte bayerische Partei, ob sie bündlerisch ist oder nicht, bedeutet für die Reichspolitik nichts, wegen ihrer Zusammen- setzung aus lauter Personen des Mittelstandes, die in Berlin dauernd nicht anwesend sein können, und wegen des Verlustes der Hilfe des Zentrums in föderalistischen und anderen Fragen, welche die Interessen Bayerns betreffen.“

Andererseits werden die Gegner der Flottenvorlage im Zentrum die Art, wie die Lieber u. Komp. in dieser Angelegenheit verfahren sind, nicht so leicht verschmerzen können. Und wenn sie sich doch zum Verbleiben im Fraktionsverbande entschließen, so wissen sie auch, wie lächerlich alldann ihre ganze Opposition gegen das Gesetz im Volke erscheinen wird.

Uns soll es gewiß lieb sein, wenn die Einigkeit des Zentrums gerade nach dem Verlauf der Verhandlungen über das Flottengesetz erhalten bleibt. Dadurch wird es uns um so leichter, die Volkseindlichkeit des Zentrums, seine leichtfertige Preisgabe der konstitutionellen Grundrechte und seine ebenso unverantwortliche Haltung in der Steuerfrage vor aller Welt zu brandmarken. —

Die internationale Zuckerkonferenz soll doch noch zu Stande kommen. Im englischen Unterhause erklärte wenigstens der Staats- sekretär Curzon, England habe die Einladung Belgiens zur Theil- nahme an der Zuckerkonferenz angenommen; man glaube, daß gleiche Antworten von anderen Regierungen eingegangen seien; von welchen, sei ihm nicht bekannt. —

China. Im britischen Unterhause theilte der Parlaments-Untersekretär des Aeußeren, Curzon, mit, der Regie- rung sei durch den russischen Botschafter die neue Uebereinkunft Rußlands mit China mitgetheilt worden, doch seien die Einzelheiten noch nicht bekannt.

Nach dem „Standard“ bezieht bei der Regierung die Absicht, „weitere Maßregeln zum Schutze der britischen Interessen zu ergreifen und eine neue Flottenbasis im mittleren oder nördlichen China zu gewinnen.“ Dazu wird gemeldet, daß wiederum zwei englische Kreuzer von Hongkong nach Norden abgegangen sind. Die Besetzung der Lichuan-Inseln scheint nahe bevorzustehen.

Jedenfalls ist jetzt schon sicher, daß England nichts gegen die russischen Erfolge unternehmen wird. Die Resignation der maßgebenden englischen Kreise bezüglich des russischen Vormarsches in Ostasien spricht aus einer Rede, die am Montag Abend Lord Selbourne, Parlamentssekretär des Kolonialamtes, im Klub der Unionisten hielt. Er meinte, es sei vollkommen sicher, daß keine menschliche Macht Rußland aufhalten könne, die Mandchurien zu besetzen. Es sei für England ebensowenig demüthigend, daß es Rußland hiervon nicht abhalte, als es für Rußland demüthigend wäre, daß es England nicht daran hindern könne, jetzt oder später einmal Kharum zu besetzen. Die Regierung müßte eine Ber- leugung der englischen Rechte in China zum casus belli machen. England habe in China nichts verloren, was hätte festgehalten werden müssen. Die Politik der „offenen Thür“ sei unverletzt und England habe bereits werthvolle Kompensationen erlangt, welche, wenn nötig, vermehrt werden könnten.

Die russische Presse schweigt in den Erfolgen ihres Landes. Die „Nowoje Wremja“ betont die große geschichtliche Be- deutung der neuen Uebereinkunft. Die „Nowosti“ erklärt, Rußland werde das Zentrum der internationalen Handelsbeziehungen und das reichste Land. „Peterburgskaja Wjedomost“ leistet sich die liebliche Behauptung, Rußland nehme China in seinen Schutz; „eine weitere Ausnützung und Bedrängung Chinas“ durch andere Mächte würde eine Beleidigung auch Rußlands sein. Die „Petersburger Zeitung“ verkündet stolz, Rußland sei Herr des Golfes von Pechili geworden. Alle diese Blätter höhnen England und bringen es im Ueberdruß zum Gähnen. Rußland als den Hort der christlichen Kultur, der Zivilisation, der Humanität, der Gerechtigkeit, der Menschenrechte in Asien zu feiern. Bemerkenswerth als diese Tiraden ist eine Auslassung des Petersburger „Herold“; dieser Blatt bezeichnet den Bericht auf eine Beeinflussung der Geschichte Koreas als eine nur „vorläufige“. —

## Deutsches Reich.

— Gegen die fortwährenden Mißstände im Stellenvermittlungswesen und namentlich im Gefinde- vermittlungswesen werden jetzt, weniger aus sozial- politischen Rücksichten als aus Liebedürfnis der Agrarier gegen- über, von der Regierung gesetzliche Maßregeln vorbereitet. Zugleich aber werden die Orts-Polizeibehörden durch einen von den Ministern des Innern und für Handel und Gewerbe an sämtliche Regierungen, Präsidenten gerichteten Rundschreiben angewiesen, für die Folge die Stellenvermittlung und Befindevermittlung auf scharfste zu kontrollieren. Der Ministerialerlass sagt darüber folgendes:

„Zu einem Theile erklären sich jene Mißstände an dem dar- aus, daß die zuständigen Behörden es an der er- forderlichen Aufsicht über den bezeichneten Gewerbe- betrieb vielfach haben fehlen lassen. Nach den Erhebungen waren von 8218 ermittelten Befindevermittlern und Stellenvermittlern 632, also 7,7%, wegen Verbrechen oder Ver- gehen bestraft. Unter diesen 632 Personen befaßten sich 587 auch mit der Stellenvermittlung für weibliches Gefinde. Von diesen sind 19 wegen Kupplerei, 3 wegen Meineides, 123 wegen Betruges, 97 wegen Verbrechen oder Verbrechen vor- bestraft, aber nur gegen 5 ist die Frage auf Unter- sagung des Gewerbebetriebes angestrengt worden. Schon hieraus ist zu entnehmen, daß die zuständigen Behörden von den Mitteln zur Ausschließung unlauteurer und unzuverlässiger Elemente von diesem Gewerbebetriebe nicht in dem erforderlichen Maße Gebrauch gemacht haben. Bei den Behörden scheint ferner die Auf- fassung zu bestehen, daß die Untersagung des Gewerbebetriebes nur zulässig sei, wenn dem Gewerbebetriebe strafbare Hand- lungen zur Last fallen, die ihre Unzuverlässigkeit dar- thun, und daß auch solche strafbaren Handlungen, um als Grund- lage für die Untersagung dienen zu können, in direkter Beziehung zu dem Gewerbebetriebe stehen müssen. Beides ist irrig. Es können nicht bloß strafbare Handlungen, sondern auch andere That- sachen zur Einleitung des Verfahrens auf Untersagung des Gewerbe- betriebes Anlaß geben. Insbesondere aber ist zu beachten, daß auch solche strafbaren Handlungen, die vor dem Beginne des Gewerbebetriebes begangen sind, zur Untersagung des Gewerbebetriebes anrechenbar sind. Hieraus erwächst für die zuständigen Polizeibehörden die Ver- pflichtung, nach jeder Anzeige von der Gründung eines der bezeichneten Gewerbebetriebe eine genaue Prüfung der Frage vorzunehmen, ob nicht bereits strafbare Hand- lungen des Anmeldeenden oder andere Thatfachen vor- liegen, die seine Unzuverlässigkeit in Beziehung auf den an- gemeldeten Gewerbebetrieb darthun. Derselbe Prüfung wird nach Beginn des Gewerbebetriebes, auch ohne daß ein besonderer Anlaß dazu gegeben wäre, von Zeit zu Zeit zu wieder- holen und in jedem Falle, wenn die Annahme der Unzuverlässigkeit durch Thatfachen hinlänglich begründet er- scheint, das Verfahren wegen Untersagung des Gewerbebetriebes einzuleiten und nöthigenfalls bis zur letzten Instanz durchzuführen sein. Da nicht bestimmt darauf gerechnet werden kann, daß die Abänderungen und Ergänzungen der gesetzlichen Bestimmungen, auf deren Durchführung Bedacht genommen wird, auch wirklich erreicht werden, namentlich aber ungewiß ist, wann sie eintreten werden, so legen wir (die Minister) Werth darauf, daß einwirken in der nach-

drücklichsten Weise von denjenigen Mitteln Gebrauch gemacht werde, welche die zur Zeit geltenden Bestimmungen an die Hand geben.“ —

— Nach dem Auswanderungsgesetz vom vorigen Jahre hat der Bundesrath Vorschriften zu erlassen über die Beschaffenheit, Einrichtung, Ausrüstung und Verproviantung der Auswanderungsschiffe, über die amtliche Besichtigung und Kon- trolle dieser Schiffe, ferner über die ärztliche Untersuchung der Reisenden und der Schiffsbesatzung vor der Einschiffung, über die Ausschließung kranker Personen, über das Verfahren bei Ein- schiffung und über den Schutz der Auswanderer in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht.

Die sehr eingehenden Vorschriften sind jetzt dem Reichstag zur Kenntnismahme vorgelegt worden. Wie zu erwarten war, schließen sie sich meist an das Hamburgische Gesetz von 1887/88 an.

Die Schiffe müssen im allgemeinen erstklassige (nach den Unterscheidungen des Germanischen Lloyd) sein, sie haben den Vor- schriften der See-Berufsgenossenschaft über wasserdicke Schotten zu entsprechen. Die Untersuchung auf ihre Seetüchtigkeit erfolgt schon im Doc oder auf der Hebung und ist jährlich mindestens einmal zu wiederholen.

Die zulässige Personenzahl wird von den Besichtigern je nach den Raumverhältnissen festgesetzt. Für diese Festsetzung giebt die Bundesratsvorschriften bestimmte Grenzen durch Anord- nung eines Mindestlufttraums (285 Kubikmeter) pro Person im Bes. eines Benutzungsraumes auf Deck. Allenstehende Frauen und Männer sind besonderen Abtheilungen zuzuwenden.

Weitere Vorschriften betreffen die Beschaffenheit des Aus- wandererdeck, die Zugänge, die Luftführung und -erneuerung, die Heizung, die Zahl der Tische und Bänke zur Mahlzeit, die Wäsche- und Wadevorrichtungen, die Schlafräume, die Abtritte und Kranträume.

Die Besichtigung darf den Auswanderern nicht überlassen bleiben. Die mitzunehmenden Mengen von Proviant und Wasser pro Kopf sind genau festzusetzen.

Jedes Schiff muß einen approbirten, zur unentgeltlichen Be- handlung der Auswanderer verpflichteten Arzt an Bord haben, die Krankenliste und Tagebuch führen und sofort nach der Rückkehr dem Untersuchungsarzt vorlegen muß. Auch für Aufwärter, Kranken- pfleger, Arzneimittel ist im voraus zu sorgen.

Für jede zu befördernde Person muß ein Rettungsgürtel (Schwimmweste, Rettungsring) vorhanden sein, ferner ein Rettungsbojen (Rettungsboje) wie Boote. Die Zahl dieser Boje ist genau nach dem Brutto-Raumgehalt des Schiffes bemessen. Zur Besatzung müssen für jedes Klappboot mindestens 2, für jedes feste Boot mindestens 4 und für jedes Rettungsboot mindestens 4 erwachsene Personen der Schiffsbesatzung, welche des Ruderns kundig sind, vorhanden sein. Sämtliche Personen der Schiffsbesatzung sind bei jeder sich bietenden Gelegenheit in der Handhabung der Boote und im Rudern zu üben. Zahl, Art, Zeit und Ort der abgehaltenen Übungen sind im Schiffstagebuche zu vermerken.

Reisende wie Besatzung sind vor der Reise ärztlich zu unter- suchen, die Reisenden durch einen Arzt der Auswanderungsbehörde. Besonders Personen mit ansteckender Krankheit sind zurückzuweisen.

Das wesentliche bei allen solchen Vorschriften ist natürlich die Regelung der Aufsicht und Kontrolle. Der Unternehmer hat jede Fahrt anzuzeigen. Vor jeder Reise sind die Schiffe alldann von amtlich angestellten Besichtigern sowie vom Untersuchungs- arzte der Auswanderungsbehörde einer Inspektion zu unterziehen. Ein Protokoll über die Erfüllung aller wesentlichen Vorschriften ist dann aufzunehmen und von den Inspektionsbeamten, dem Schiffsführer und dem Proviantverwalter zu unterzeichnen. Mindestens drei Tage vor der Abreise steht das Schiff unter der unumschränkten Kontrolle der Besichtigter; die Einschiffung der Auswanderer darf erst erfolgen, nachdem diese Beamten hierzu die Genehmigung erteilt haben.

Daß ein großer Theil der bisher benutzten Schiffe den neuen Bundesratsvorschriften nicht entspricht, geht hervor aus den zahl- reichen Ausnahmestimmungen für Schiffe, welche vor dem 1. Juli 1897 in Bau gegeben worden sind. Bis zum 1. April 1899 kann die Auswanderungsbehörde sogar von dem Nachweise der Unter- suchung des Schiffes auf Seetüchtigkeit absehen und gestatten, daß eine geringere Zahl von ruderkundigen Personen vorhanden ist! Diese „Erläuterung“ des Abdeckkapitals auf Kosten des Lebens anderer ist uns ein vollständiges Räthsel geblieben.

— Aufregelung von Steuerbeamten. Der Vor- stand des Verbandes der Grenz- und Steueranfseher hatte an den Landtag eine Petition um Verbesserung der Lage der genannten Beamten gerichtet, die von sämtlichen Vorstandsmitgliedern unter- zeichnet war. Jetzt sind der erste Vorsitzende und der Schrift- führer des Verbandes, die Steueranfseher v. Ludwig und v. Grafalla vom 1. April cr. ab im Interesse des Dienstes von Berlin nach Krossen a. O. resp. nach Rauen veretzt worden. Wie die „Revue“ mittheilt, hat v. Ludwig eine 82jährige Dienzeit hinter sich und war seit 10 1/2 Jahren in Berlin angeheilt, v. Grafalla ist ebenfalls 80 Jahre im Dienst. Die Ver- setzung der beiden Beamten erfolgt zwar „in gleicher Dienst- eigenschaft“, thafächlich bedeutet es für dieselben eine sehr fühlbare Verschlechterung, da sie den leichteren Bureaudienst mit dem schweren Außendienst eines Steueranfseher's vertauschen müssen. Zweifellos handelt es sich hier um Strafversetzungen, was auch schon daraus hervorgeht, daß den beiden Beamten von vorgehenden Per- sonen wiederholt der „wohlgemeinte Rath“ erteilt worden ist, ihre Aemter im Verbands der Grenz- und Steueranfseher niederzu- legen. —

— Aus dem Handelsregister des 1. Amtsgerichts I zu Berlin:

In 178 Gesellschaftsregister ist eingetragen: Spalte 1.: Lau- sende Nr.: 17888. Spalte 2.: Firma der Gesellschaft: Schriften- vertriebsanstalt Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Spalte 3.: Sitz der Gesellschaft: Berlin. Spalte 4.: Rechtsverhältnisse der Gesellschaft: Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag datirt vom 10. Februar 1898. Gegenstand des Unternehmens ist: 1. Herausgabe und Vertrieb von christlichen Volkskalendern, Volksbüchern, Volksnovellen und Volksromanen, Kinderbüchern und Jugendschriften für die weitesten Volkskreise. 2. Herausgabe patriotischer Literatur in Büchern, Broschüren, Flug- blättern.

Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Geschäftsführer ist der Prediger Ernst Rudolf Halle zu Berlin.

Man sieht hieraus, mit wie viel öffentlichen und anderen Geldern Herr P. Halle sein großes Geschäft betreiben muß. 20 000 M. sind bei seinen vielen und großen Trudaufträgen, trotz- dem er nicht tarifmäßige Löhne bezahlt, in wenigen Wochen verbraucht.

Weit mehr als das Kapital ist die hohe und höchste Protektion des geschäftsunbigen Pastors werth. —

— Zur Handwerksorganisation. Am 1. April tritt die kaiserliche Verordnung in Kraft, nach welcher die Abschnitte der Gewerbe-Ordnungsnovelle vom 26. Juli 1897 über die freien und Zwangsinnungen, über die Innungsausschüsse und Innungsverbände sowie die allgemeinen Vorschriften über die Lehrlingsverhältnisse Geltung erlangen. —

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist mit Professor Adolph Wagner sehr unzufrieden, weil derselbe in einem Artikel in der „Köln. Post“, dessen wir schon Erwähnung thaten, wieder einmal den Sozialismus als „Wissenschaft“ zu glimpflich behandelt habe. Das Blatt fühlt sich zwar selbst zu schwach, um ein sachliches Wort in den interessanten Meinungswechsel zwischen Sozialdemokraten und ihren katheber-sozialistischen und individualistischen Gegnern ein- zuwerfen und wagt es vernehmlicher Weise auch nicht, die wissenschaft- lichen Leistungen der sozialistischen Meister anzutadeln. Aber bei der Thatfache einer ruhigen und anständigen Diskussion mit den Vertretern des Sozialismus wird dem Regierungsdiktator so geräth, daß es vor den praktischen Folgen warnen zu müssen glaubt. Es sagt:



Wenn ein hervorragender Fachmann dem wissenschaftlichen Gegner eine solche Bedeutung und solche Vorränge zuerkennt, so wird sich von rein wissenschaftlichen Standpunkt aus gegen ein solches Urteil wenig einwenden lassen. Aber indem die Anerkennung und Würdigung des Verdienstes, das Karl Marx und seine unmittelbaren Schüler und Mitarbeiter sich um die kritische und spekulative Bearbeitung eines Teils der Gesellschaftslehre erworben haben mögen, nicht mit hinlänglicher Deutlichkeit und Schärfe auf die rein wissenschaftliche Leistung eingeschränkt wurde, ergab sich der Anlaß zu den zahlreichen Mißverständnissen, welche noch heute das Urteil über volkswirtschaftliche und sozialpolitische Richtungen der Gegenwart in so bedauerlicher Weise verwirren.

Und am Ende ihres mit nebulöser Philosophieren getränkten Ergusses meint die „Norddeutsche“ in dieser Hinsicht deutlich genug: „Die Ergebnisse des spekulativen Denkens gehören in das Buch und in den Hörsaal, nicht in das Parlament und in die Volksversammlung.“

Eine offenerzigere Proklamation des blödesten Bananenthums ist nicht gut denkbar. Die Wissenschaft werde in ein stilles Kämmerlein gesperrt und wehe ihren Priestern, wenn sie sich damit hinauswagen ins Gedränge des wirklichen Lebens. Herr Professor Wagner mag über Marx und Engels denken, was er will, er mag sie selbst loben, aber nicht hinaus damit in die Öffentlichkeit, in die Parlamente, wo nur Herrn Boffe's „Ministerium des Geistes“ und des Grafen Potadonky's naive Unsinnreden worten sollen, oder gar in die Zeitschriften und Versammlungen, deren Leser und Besucher an der Allwissenheit der heutigen Regierungsköpfe zweifelhaft werden könnten.

Die Wissenschaft ist frei. Wehe ihr, wenn sie von ihrer Freiheit Gebrauch macht und ihr Resultat dem profanen Volke offenbart werden läßt.

— Zugung von Verliebten nach Plauen bei Dresden ist streng fernzuhalten, wenn folgende Geschichte wahr ist, die von der „Sächsl. Arbeiter-Ztg.“ mitgeteilt wird. Bei dem Ziegeleibesitzer B. arbeitete ein Arbeiter M., der von Hause aus über einig Geld verfügt. Dieser hatte sich in den Kopf gesetzt, die ca. 30 Jahre alte Tochter W.'s zu heiraten. Eine Anfrage wurde mehr scherzhaft aufgefaßt. M. wollte nicht verstehen und die Idee der Heirat in die W.'sche Familie befestigte sich immer mehr bei ihm. Schließlich wurde B. die Sache unangenehm, so daß er M. Ende des vorigen Jahres entließ. Dieser ließ sich aber dadurch nicht abhalten, immer noch in der Ziegelei zu verkehren. Da kam die Zeit, wo die Tochter W.'s sich mit einem Berliner Arzt verheiraten wollte. Man beschränkte, daß M. die Hochzeitfeierlichkeiten in irgend einer Weise stören könnte, und so forderte B. seinen Kammerwirth auf, mit M. eine Vergnügungstour nach Meissen zu unternehmen, es koste was es wolle. Der Plan mißlang; M. erklärte, keine Zeit zu haben. Der Gemeindevorstand Großmann soll nun M. auf das Gemeindegelände bestellt und bewirkt haben, daß derselbe für einen Tag im Siechenhaus internirt wurde!

Der Gemeindevorstand Großmann, der auf so einfache, in dessen Wohl auch nach sächsischer Rechtsauffassung nicht ganz einwandfreie Weise einen Bräutigam aus der Klemme geholt haben soll, ist Mitglied des sächsischen Landtags.

— In Sachsen-Altenburg finden die Landtagswahlen am 18. April statt. Unsere Parteigenossen beteiligen sich mit Eifer an der Vorbereitung der Wahl.

**Sachsen-Altenburg, 30. März.** (Privattelegramm.) Bei der heutigen Gemeindevahl errang unsere Partei einen großen moralischen Sieg, indem auf die von uns ausgegebene Parole 60 pCt. der Wähler der Wahlurne fernblieben. Dieser Weg wurde eingeschlagen, weil sonst jeder Erfolg bei dem bestehenden Plural-Wahlrecht, das eingeborenen Wählern bis 10 Stimmen giebt, gänzlich ausgeschlossen wäre. Jetzt muß ein neues Wahlrecht anberaumt werden. Diese Vorgänge bilden ein ausgezeichnetes Vorzeichen für die Reichstagswahl.

**Das Elsaß-Lothringen, 29. März.** (Sig. Ber.) Unser reichsständisches Parteiorgan macht heute auf den schreienden Widerspruch aufmerksam, der zwischen den Behauptungen des Vertreters der elsass-lothringischen Regierung im Reichstage, Ober-Regierungsrath Haller, und denjenigen des badischen Ministers Eisenlohr besteht in Beziehung auf die Behandlung der Straßburger Versammlungen unseres Genossen Bebel. Während letzterer im Reichstage die Erklärung abgab, dem Abgeordneten Bebel sei in Straßburg noch niemals eine Versammlung verboten worden, führte der badische Minister des Innern in der Landtags-Sitzung vom 23. d. Mts. aus, die Neuwähler-Versammlung vom 4. Oktober 1898, die hauptsächlich von Straßburg aus hätte besucht werden sollen, sei vorher von der reichsständischen Polizeibehörde zu Straßburg verboten worden, weshalb auch die badische Regierung die Pflicht gehabt habe, die Erwägungen der Nachbarregierung zu respektieren und nicht in Baden zu erlauben, was man in den Reichsländern für schädlich halte. Die Ausführungen der beiden Regierungsvorträge lassen sich also nicht miteinander vereinigen; einer von beiden muß sich mit den Thatsachen in Widerspruch gesetzt haben.

Wieder ein Beitrag zur Haller'schen Theorie vom „Schlagwort“. Der Bezirkspräsident des Unterelsaß hat die erforderliche polizeiliche Erlaubnis zur Abhaltung eines sozialdemokratischen Arbeiter-Wahlvereins für Straßburg ohne Angabe von Gründen verweigert. Die Arbeiterchaft Straßburgs wird es wie bisher verstehen, auch ohne einen Wahlverein sozialistische Wahlen zu machen.

**Das Elsaß-Lothringen, 28. März.** (Sig. Ber.) Die Abneigung, welche in den kleinsten Kreisen der Reichsländer gegen die preussische Mehrheit der Zentrumsfraktion von jeher vorhanden war, ist durch die Haltung der letzteren gegenüber der Flottenvorlage noch verstärkt worden. So läßt sich heute der Abbé Wetterlé, Redakteur des „Journal de Colmar“, einer der streitbarsten Vertreter der katholischen Landespartei, in einer Polemik gegen die „Kölnische Volkszeitung“ also vernehmen: „Widre die „Kölnische Volkszeitung“ doch versuchen, die süddeutschen Mitglieder des Zentrums in ihrer Marinepolitik zu bekehren! Wahrlich, der Augenblick ist schlecht gewählt, um dieser Partei neue Anhänger zu gewinnen.“

Bekanntlich haben von den Reichstags-Abgeordneten Elsaß-Lothringens nur drei (Dr. Boffetter, nat., Dr. Döffel, Rp., und von Buchach, L.) für das Flottengesetz votirt, während alle übrigen Abgeordneten, darunter die sämtlichen anwesenden Angehörigen der Elsaß-Gruppe, mit Nein stimmten.

Die dem Lager Hertz Joffner aus Gerningen durch Urteil des Straßburger Schwurgerichts vom 29. Oktober v. J. wegen Ermordung seiner Geliebten auferlegte Todesstrafe ist vom Kaiser im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden. Ebenso ist der Einjährig-Freiwillige Keil aus Weissenburg, der wegen Körperverletzung eines Beamten der Sicherheitspolizei durch das Kriegsgericht in Straßburg zu 5 Monaten Festung verurtheilt worden war, nach Verbüßung von 2 Monaten begnadigt worden.

— Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde am Sonnabend vor der zweiten Strafsammer des Braunschweiger Landgerichts der Oekonom Niess in Borsum zu 1 (1 1/2) Monat Festungshaft verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil begründete der Gerichtsvorsitzende in folgender Weise: Im November vorigen Jahres fand im Sonnemann'schen Krug in Borsum eine Wahlversammlung zum braunschweigischen Landtage statt. Die Gäste gaben sich reichlichem Biergenusses hin und soll letzteres besonders auf N. getroffen. Im Laufe des Abends wurde auch das Welfenhaus im Gegensatz zum Hohenzollernhause gebracht und hierbei hat N. eine Äußerung über den Prinzen Albrecht gethan, in der das Gericht die Beleidigung erblickte. Unter

Berücksichtigung aller Umstände hielt es das Gericht für angemessen, nicht über das gesetzlich niedrige Strafmaß hinauszugehen. Wenn die vorstehende Mittheilung richtig ist, so ging das braunschweigische Gericht erheblich unter das niedrige Strafmaß.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde Montag vor der ersten Strafsammer Herzogl. Landgerichts Braunschweig verhandelt wider den Arbeiter und Kasseur Wilhelm Volk von hier. Die in nicht-öffentlicher Sitzung geführte Verhandlung endete mit der Freisprechung des Angeklagten.

Freigesprochen von der Anklage der Majestätsbeleidigung wurde von der Brandenburgischen Strafsammer der Redakteur der „Brandenburger Zeitung“ Genosse Theodor Huth. Es handelte sich um den Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in welchem der Anklage nach die Beleidigung enthalten sein sollte. Der Staatsanwalt hatte wegen Majestätsbeleidigung in zwei Fällen sieben Monate Gefängnis und Aberkennung des Stadtverordneten-Mandats beantragt.

In Erfurt und Magdeburg sind die Redakteure unserer Parteiblätter wegen des genau gleichen Delikts zu Gefängnis verurtheilt worden.

**Ungarn.**  
— Der „Liberalismus“ der ungarischen Regierung wurde auf der Generalversammlung der Budapesti Advoakatenkammer von Dr. Wilhelm Bázsonyi folgendermaßen beleuchtet: Man verfolge nunmehr bei uns die Advoakate gerade so wie die Presse, beide aus ein und demselben Gesichtspunkte. Die Macht habe nicht die Wertheiliger des Rechts und der Freiheit und auch nicht die Männer der Publizität. Nur so konnte es geschehen, daß mittels ministerieller Verordnungen jüngst das Versammlungsrecht und die Pressefreiheit konfiskirt, die Sammlung zu politischen Zwecken verboten und die Schmach des zwangswiseigen Photographirens bei und eingeführt wurde. Dann erging sich Redner in heftigen persönlichen Ausfällen gegen den Justizminister, von dem er sagte, daß er die großen Schöpfungen über den Dausen schätze. Auf diese Worte folgte ein minutenlanges frenetischer Applaus, worauf Dr. Bázsonyi bemerkte, der Beifall gelte nicht ihm, sondern der Verurtheilung des herrschenden Systems.

**Frankreich.**  
Paris, 30. März. Bei einer Aufführung des Ibsen'schen „Ghosts“ kam es zu lebhaften Kundgebungen zu Gunsten Jola's. Bei verschiedenen Szenen, die die Erinnerung an den jüngsten Prozeß wachriefen, wurden Hochrufe auf Jola laut. Im Theater-Personel wurde eine Adresse an Ibsen unterzeichnet. Dem Vernehmen nach wurde das Uebereinkommen betr. die griechische Anleihe gestern von dem Minister des Auswärtigen Panolau, sowie von dem englischen und russischen Botschafter unterzeichnet.

**England.**  
London, 29. März. Unterhaus. Vicery Gibbs beantragt zur Verachtung des Staates der Währung in Indien eine Kommission einzusetzen. Dieselbe solle die Wirkung der Schließung der Münzen für die Silberprägung auf die verschiedenen davon betroffenen Bevölkerungsklassen und Interessen erwägen sowie über die angeregte Einführung der Goldwährung berichten und Vorschläge machen. Redner behauptet, die Schließung der Münzen verleihe der Produktionsfähigkeit des Landes einen Schlag und vermindere den Werth der Ersparnisse der Bauern um 37/2 pCt. Würde die Goldwährung eingeführt, könnte Indien dieselbe doch nicht beibehalten. Maclean unterstützt den Antrag. Wylie bringt ein Amendement ein, nach welchem das Haus seine Befriedigung darüber ausdrückt, daß die indische Regierung dem Zustande der Währung gehörige Erwägung widmet und erklärt, weitere Mittheilungen der indischen Regierung abzuwarten, ehe er Schritte in dieser Angelegenheit unternehme. Der Staatssekretär für Indien Lord Hamilton erklärt, daß von einer Veränderung des indischen Währungssystems selbstverständlich eine sorgfältige Untersuchung nötig sei; er glaube, unter den obwaltenden Verhältnissen sei die Schließung der indischen Münzstätten der richtige Schritt gewesen; bei einem stabilen Wechselkurs bestrebe sich die produktive wirtschaftliche Entwicklung Indiens keine Grenze. Seiner Ansicht nach, setzte Hamilton hinzu, wäre der Bimetallismus die beste Methode, diese Stabilität zu sichern; leider aber sei die übrige Welt nicht dieser Ansicht, und mit diesen Thatsachen müsse gerechnet werden; es gebe gegenwärtig nur zwei Länder, die am Silber als Währungsmittel festhalten. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, glaube er nicht an die Möglichkeit eines internationalen bimetallischen Abkommens, weil ein solches Abkommen, das diesen Namen verdiene, Frankreich mit umfassen müßte. Frankreich aber erkläre, daß es kein niedrigeres Wertverhältnis als 15/2 zu 1 annehmen könne; dieser Satz aber sei nicht zu sichern. Redner erklärt sich gegen den Antrag Wylie, weil dieser die im Jahre 1893 aufgestellte Politik umstürze, er setze aber gerade der Verwirklichung dieser Politik entgegen; daher beantrage er ein Amendement, in dem erklärt wird, daß eine weitere Untersuchung über das Währungssystem Indiens und über die Vorschläge der indischen Regierung, die Goldwährung in Indien einzuführen, erwünscht sei. Der Staatssekretär fügt noch hinzu, der von der Regierung hierfür zu ernennende Ausschuss werde hauptsächlich die Befugnisse einer königlichen Kommission haben. Darcourt spricht sich für den Antrag Lord Hamilton's aus, der hierauf angenommen wird.

**London, 30. März.** Unterhaus. Sir Charles Dike kündigt an, er werde am Schluß der heutigen Sitzung an die Regierung die Frage richten, ob es nicht als im öffentlichen Interesse liegend erachte, daß das Haus folgenden Antrag erörtert und darüber abstimmt: Die Führung der auswärtigen Angelegenheiten während des letzten Jahres hat gezeigt, daß es nicht im Interesse des Landes liegt, wenn das Amt des Premierministers und des Ministers des Auswärtigen in einer Person vereinigt ist.

**Dänemark.**  
Kopenhagen, 29. März. Bei den heute stattgehabten Wahlen von 7 Mitgliedern der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung siegte die radikal-sozialdemokratische Kandidaten mit einer Mehrheit von 3100 Stimmen. Die radikal-sozialistische Partei bildet somit nunmehr die Mehrheit in der Versammlung, da sie 21 von den gesammten 38 Plätzen inne hat. Diese Mehrheit besteht aus 12 Liberalen und 9 Sozialisten.

**Italien.**  
Venedig, 30. März. Nach einer Meldung der „Gazetta di Venezia“ beschleunigt die italienische Regierung die Bildung eines Geschwaders zur Entsendung nach den nordamerikanischen Gewässern. Nach derselben Quelle wird in Piemont die Bildung einer freiwilligen Legion von 8000 Mann betrieben, um den Kubanern zu Hilfe zu eilen.

**Spanien.**  
— Angriffe auf deutsches Besitzthum auf Kuba. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Havana: Eine der jüngsten Thaten der Aufständischen ist die gänzliche Zerstörung der großen schünen Zuckerfabrik Camanaba der deutschen Firma Schmidt u. Fischer bei Trinidad in der Provinz Santa Clara an der See. Am 18. Februar, nach 11 Uhr, brach ein Haufe Aufständischer ein und konnte, trotz der aus 25 Soldaten und 17 Schutzleuten des Gutes bestehenden Besatzung, das Zuckerhaus mit Petroleum befüllen und in Brand stecken. Die Aufständischen plünderten das wohlgefüllte Lager, raubten 2500 Pesos in Silber, welche zur Lohnauszahlung bereit lagen, tödteten 4 der Verteidiger, verwundeten 10 und entzerrten sich, ohne daß die in der Nähe befindlichen großen Truppenabtheilungen, welche zu spät zur Hilfe gekommen waren, dem Rückzug der Aufständischen namhaft Einhalt thun konnten. Als im letzten Karlisten-Aufstande ein deutscher Hauptmann a. D., der Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ war, von den Aufständischen getödtet worden, verlangte das Deutsche Reich

von der legitimen Regierung eine Entschädigung, die ihr auch gewährt wurde. Ob auch jetzt Deutschland die spanischen Schwierigkeiten durch ein ähnliches Vorgehen vermehren wird, bleibt abzuwarten.

— Der Aufstand auf den Philippinen. Die dem „Imparcial“ aus Manila zugegangenen Privattelegramme lassen ein sehr bedenkliches Anwachsen des Aufstandes erkennen. In Manila selbst war ein Handstreich gegen die spanische Besatzung vorbereitet; es sind bedeutende Mengen von Sprengstoffen beschlagnahmt worden, und die Zahl der Verhafteten beläuft sich auf 800. Es steht fest, daß während der letzten Wochen durch Freibeuterschiffe von auswärts große Mengen von Waffen und Schießbedarf eingeführt wurden.

**Rußland.**  
— Von der studentischen Bewegung. 1898 tagte der erste Delegirtenkongress der russischen Studentenschaft, vor kurzem der dritte. Er war von den Studenten der meisten Universitäten besetzt und hat u. a. die folgenden Resolutionen gefaßt:

Der Delegirtenkongress lehnt ab: 1. Petitionen, 2. Unruhen und 3. Straßendemonstrationen als Kampfmittel zur Erreichung der Verbesserung der russischen Zustände überhaupt, wie der allgemeinen studentischen Zustände zu benutzen und empfiehlt stattdessen: 1. Verbreitung der Proklamationen in der Gesellschaft, sowie in der Studentenschaft, 2. Hilfe a) für Politisch-Verschickte, b) für Politisch-Verbannte und c) für Streikende.

Da die russische Studentenschaft mit den russischen revolutionären Arbeiterparteien sympathisirt und da beständige lebhaft Beziehungen der Studentenschaft in corpore mit denselben unumgänglich sind, so empfiehlt der Delegirtenkongress regelmäßige materielle Unterstützung und möglichst zahlreiches Uebergehen einzelner in die Reihen der revolutionären Arbeiterparteien.

Der Delegirtenkongress verurtheilt entschieden jede Feindschaft auf nationalem Boden und betont die Allgemeinheit der Interessen der ganzen Studentenschaft in den höheren Lehranstalten Russlands.

**Türkei.**  
Konstantinopel, 30. März. Die Verhandlungen zwischen Russland und der Türkei, betreffend eine Anzapfung auf die Kriegsentwicklungs-Rückstände, sind wieder aufgenommen worden. Die Pforte verlangt auf Grund eines Berichtes der betreffenden Untersuchungskommission die Absetzung des bulgarischen Bischofs Simeon in Aetli. Das Sgarhat hat diese Forderung bisher als unbegründet abgelehnt.

**Japan.**  
— Ueber die Arbeiterbewegung in Japan. Entnimmt die angesehenste technische Wochenschrift Englands, die „Engineering“, einem Berichte des japanischen Bessors für Ackerbau und Handel folgendes: Die Ringe und Syndikate der Unternehmer sind in Japan im letzten Jahre rapid gewachsen, und manche haben der Lage ihrer Arbeiter so wenig Aufmerksamkeit geschenkt, daß sich die öffentliche Meinung gegen sie erhoben hat und man allgemein nach einem Fabrikgesetz verlangt. Es bestehen auch Vereinigungen unter den Arbeitern, diese haben aber noch zu wenig Zusammenhang und infolge dessen auch zu wenig Kraft, um der Willkür und Ungerechtigkeit der Ringe und Syndikate erfolgreichen Widerstand leisten zu können. Die Streiks sind daher in der Regel von ziemlich kurzer Dauer, und ihr Ergebnis stimmt meistens mit der Lage des Werkes überein, in dem sie stattfinden. Der wachsende Mangel an geschulten Arbeitern zwingt die Unternehmer häufig dazu, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, während andererseits, wenn dieser Mangel nicht besteht, die Streikenden in einer etwas „drahtischen“ Art und Weise behandelt und die Führer oft summarisch entlassen werden. Der Neu-Unionismus hat gleichwohl in Japan Wurzel gefaßt und eine Ausdehnung der Streiks bewirkt. So bringt der Bericht folgende typische Fälle. In der Fokohama-Werk legten über 400 Zimmerer die Arbeit nieder, um eine Erhöhung der Löhne zu erlangen, und schon nach 14 Tagen wurden ihre Forderungen bewilligt. Die Schienenleger der Nippon-Eisenbahn demonstrieren für Erhöhung der Löhne und dieses allein genügt, um die Bewilligung ihrer Forderungen durchzusetzen. Die Schiffszimmerer in Tokushima — über 71 an der Zahl — erlangten nach einem Streik von wenigen Tagen die Lohnerhöhung, die sie forderten. Auch die Steinmauerer setzten nach kurzen Kämpfen ihre Forderungen durch. Die Folge hiervon ist natürlich ein sehr rasches Steigen der Preise der Fabrikzeugnisse sowohl als auch der Lebensbedürfnisse, und das Verschwinden des Vortheils, den Japan bisher in dieser Beziehung hatte. In einer Spinnerei traten 120 Arbeiter und Arbeiterinnen in einen Streik für Erhöhung der Löhne ein, waren aber froh, als sie nach Entlassung ihrer Führer und nachdem sie für ihre Handlung abgeben hatten, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen konnten. In einer Seidenweberei dagegen, wo mehr Geschicklichkeit erforderlich ist, entließen die Unternehmer zwar die Meistführer in einem Streik, waren aber zufrieden, ihre Arbeiter zu höheren Löhnen wieder zurückzuführen. In den Bergwerken scheint es auch beträchtliche Schwierigkeiten gegeben zu haben, und hat dort die Polizei in einzelnen Fällen nicht nur den Frieden aufrechterhalten, sondern ist auch in eine Diskussion der Thatsachen eingetreten und hat einen Ausgleich zu Stande gebracht. So war in einem Falle ein Kasseur entlassen worden, während die Bergleute auf seiner Wiedereinstellung bestanden, und half hierbei die Polizei die Sache zu arrangieren. In einem anderen Falle hatte ein Verwalter einen unkorrekten Bericht abgefaßt, worauf die Arbeiter streikten, und auch hier überredete sie die Polizei, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Schon diese kurzen Angaben des „Engineering“ zeigen uns, daß es sich auch unter dem Proletariat im fernem Osten mächtig regt. Von der Eröffnung China's für den Handel wird zunächst Japans Industrie den größten Aufschwung nehmen und hiermit zugleich auch die japanische Arbeiterbewegung.

**Amerika.**  
— Schiffsankäufe der Vereinigten Staaten. Dem Staatssekretär der englischen Kolonie Kanada für die Marine ist seitens der Vereinigten Staaten ein Angebot für den Ankauf eines Kriegsschiffes gemacht worden.

### Partei-Nachrichten.

Die Adresse des Genossen D. Meister, des Vorsitzenden der Kontrollkommission, ist von jetzt ab: Heinrich Meister, Hannover, Langestraße 1.

Die Parteigenossen in Breslau beschließen, die Maifeier in der Weise zu begehen, daß am Vormittag des 1. Mai eine Volksversammlung und Nachmittag ein großes Volksfest abgehalten wird. Von dem üblichen Auszug ist Abstand genommen worden, weil der frühere Austragungsort Oswig-Schwedenschanze infolge des bekannten Verhaltens der Wirthe nicht mehr in betracht kommt und der Det Gofel sich zu dem Feste nicht eignet.

Zehn Jahre waren am 29. März verlossen, seitdem Max Kasper die Augen für immer schloß. Wie alljährlich, so schmückte auch diesmal die Breslauer Arbeiterchaft in pietätvoller Anhänglichkeit das Grab des theuren Vorkämpfers.

Bei der Gemeindevertreterwahl in Altwasser in Schlesien hätten die drei Kandidaten unserer Partei der Zahl ihrer Stimmen nach in die Stichwahl kommen müssen. Nun hatten sich aber, wie der „Proletarier“ mittheilt, 24 stimmberichtigte Wittwen durch Gemeindeglieder vertreten lassen, ohne die von ihnen aufgestellten Gemeindeglieder amtlich beglaubigen zu lassen. Der Wahlvorstand erklärte dieserhalb die Vollmachten und die im Namen der Ausstellerinnen abgegebenen Stimmen für ungültig. Nach Abzug dieser Stimmen hatte die eine gemäßigtere Partei die absolute Mehrheit, weshalb die Stichwahl unterblieb. Unsere Parteigenossen werden gegen die Wahl Protest einlegen.



**Eine Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis**  
Offenbach-Dieburg tagte am 27. März in Bieber. Anwesend waren der Kreisvorsitzende, der Vertrauensmann und 35 Stimmberechtigte Delegierte sämtlicher 23 politischer Vereine des Kreises. Der Vertrauensmann Dr. b. berichtete über 68 Parteiverfassungen, die von Anfang März 1897 bis Ende Februar 1898 im Kreise abgehalten wurden. Die Einnahme betrug 236,91 M.; 200 M. wurden an den Parteivorstand abgeliefert. Getadelt wurde die Geringfügigkeit der freiwilligen Beiträge. Der Kreisfaktiker Heilmann hatte im Jahre 1897 bei 3205,32 M. Einnahmen 1935,92 M. Ueberschuß. Die großen Streiks des Vorjahres brachten hier einen Rückgang der Einnahmen (um 170 M.). Als Vertrauensmann wurde Genosse Dr. b. (Offenbach, Große Hofenbachstr. 12 part.) wiedergewählt, desgleichen als Kreisvorsitzender Genosse Ulrich. Vorsitzender des Zentral-Wahlkomitees ist der Vertrauensmann Dr. b. Beschloffen wurde u. a., die Landtags-Fraktion zu verlassen, die Landtags-Debatten in Broschüren- oder Flugblattform für die Agitation nutzbar zu machen. Das Reichstags-Mandat wurde als absolut sicher bezeichnet; man hofft, diesmal schon im ersten Wahlgang zu siegen.

In Tschia bei Teischen in Böhmen siegten bei der Gemeinderath-Wahl die sozialdemokratischen Kandidaten in allen drei Wahlkörpern.

**Totenliste der Partei.** In Leipzig starb im Alter von fast 74 Jahren der Schmied Karl Friedrich Julius Luschner, Mitbegründer des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Er war 47 Jahre lang in der Werkstätte der Bayerischen Bahn thätig und mußte sich in den letzten Jahren auf Veranlassung der Verwaltung von der öffentlichen Propaganda zurückziehen. Seit 6 Jahren wohnte er im Johanniskrankenhaus — einem Versorgungshaus für alte Leute —, wo er der einzige Abonnent unseres Leipziger Parteiorgans war.

In einer Klinik zu Jena, wo er Heilung von einem schmerzhaften Leiden suchte, ist der Tischlermeister Hermann Naupold aus Gera im Alter von 60 Jahren gestorben. Er war seit 30 Jahren fast in jeder Versammlung zugegen und nahm an der Parteibewegung auch sonst den lebhaftesten Antheil.

#### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In der Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen sowie in der Wohnung des Redakteurs Frankens wurde nach dem Manuskript einer Notiz über die Verurteilung unfreier verstorbenen Parteigenossen Kreiwinkel in Kachen gehandelt. Die Hausdurchsuchung war natürlich vergeblich; interessant ist, daß sie vorgenommen wurde, obwohl Frankens sich als Verfasser der Notiz bekannte. Durch die Notiz soll die Kachener Polizei beleidigt sein.

In Dorne bei Bochum wurde die erste polnisch-sozialdemokratische Versammlung, die dort angemeldet worden war, aufgelöst, als nach dem deutschen Vortrage des Reichstags-Parlamentarikers Lehmann der Redakteur Morawski von der Berliner „Gazeta Robotnicza“ einen polnischen Vortrag begann. Der überwachende Beamte erklärte, er sei von höherer Seite beauftragt, polnisch nicht sprechen zu lassen. Nach den Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts (Band I, S. 347) ist der Gebrauch einer anderen als der deutschen Sprache aber kein Grund zur Auflösung.

Durch eine Briefkasten-Notiz sollte Redakteur Stücken von der „Oberländischen Volkszeitung“ in Hof groben Unfug begangen haben. Die Anklagebehörde hatte aber kein Glück; das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgebung.

**An die Maurer der Provinz Brandenburg!** Werthe Kollegen! Am 2. Osterfesttage (11. April) findet in Charlottenburg im Lokal „Bismarckshöhe“, Bismarckdorferstr. 39, vormittags 9 Uhr, eine Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg statt. Die Tagesordnung, vorbehaltlich der Zustimmung der Konferenz, lautet: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Die wirtschaftliche Lage und wie sieht es mit dem geschlichen Schutz für Leben und Gesundheit auf den Bauten aus. 3. Agitation. 4. Streiks, Lohnbewegung und ihre Vorbedingungen. 5. Anträge und Neuwahl der Agitationskommission.

Kollegen! Wir haben ein Jahr reich an Kämpfen aller Art vor uns, es ist darum auch unter uns eine gemeinschaftliche Aufgabe erforderlich. Geht ungehindert an die Wahl der Delegierten, denn kein Ort darf unvertreten sein. Die Delegierten werden am Stadtbahnhof Charlottenburg von Kollegen empfangen werden, erzmlich sind dieselben durch eine weiße Schleife am Rock.

Alle weiteren Anfragen sind zu richten an  
H. Silberschmidt, Berlin W., Frankenstr. 88, S. III.

**Die städtischen Wasserwerks-Arbeiter** beschloßen in einer kürzlich stattgefundenen Zusammenkunft, sich gewerkschaftlich zu organisieren und zwar wollen sie dem Verbands der Arbeiter in Gasanstalten und in allen anderen städtischen Betrieben beitreten. Ein Theil derselben ist diesem Beschlusse bereits nachgekommen.

**Die städtischen Gasaufstellungs-Arbeiter** sind in eine Bewegung zur Befreiung der 18stündigen Wechselschicht während der Sommermonate eingetreten. In der II. und IV. Anstalt wird schon seit zwei Jahren bei dem Schichtwechsel vom 1. April bis zum 1. Oktober nur 12 Stunden gearbeitet, dagegen arbeitete man in der I., III. und V. Anstalt bisher noch 18 Stunden. Von den Arbeitern der I. und III. Anstalt ist nun beschloßen worden, zukünftig auch nur noch 12 Stunden zu arbeiten; die V. Anstalt wird diesem Beispiel wahrscheinlich folgen.

#### Deutsches Reich.

Einen guten Erfolg hatte eine Versammlung der Metallarbeiter in Müdenberg (Prov. Brandenburg), in der Rätcher Berlin am Sonntag referierte. Der Andrang zu dieser Versammlung, die vornehmlich von auf dem Eisenwerk Rauchhammer beschäftigten Arbeitern besucht war, war ein derartiger, daß der circa 600 Personen fassende Saal eine halbe Stunde vor Eröffnung der Versammlung vollzählig abgepackt wurde. Das vorzügliche Referat Rätcher's wurde wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen, besonders als es der Referent unternahm, die den Arbeitern durch Einführung eines neuen Knappschaftstatuts erwachsenen Nachteile klarzulegen. In der Diskussion versuchte der Polizeibeamte von Rauchhammer, Theesmann, dem Referenten in bezug auf die über das Knappschaftswesen gemachten Ausführungen entgegenzutreten, er war jedoch über diesen Gegenstand so wenig informiert, daß er unter allgemeiner Heiterkeit der Versammlung abtrat. Welcher Eindruck die Ausführungen des Referenten bei der Versammlung hinterlassen haben, geht wohl am besten daraus hervor, daß sich der größte Theil der Anwesenden sofort dem Metallarbeiter-Verbande anschloßen, so daß von den Rauchhammer Arbeitern jetzt annähernd 600 Mann dem Verbands angehören.

**Der Streik der Metallarbeiter in Lorgelew** ist am Dienstag Abend in einer Volksversammlung aufgehoben. Es sind noch circa 20 Mann ohne Arbeit, daher ist der Zugang nach wie vor ferngehalten.

**Lohnkämpfe der Bauhandwerker.** In Burg haben sämtliche Maurer ihre Kündigung eingereicht und treten nach Ostern in Streik. Sie fordern zehnjährige Arbeitszeit und 55 Pfennig Stundenlohn, für Ueberstunden 10, für Nachtarbeit und Sonntagsarbeit 20 Pfennig Lohnzuschlag per Stunde, Gerichtung von verschleißbaren und für die Wintermonate heizbaren Neubauten, den sanitären Anforderungen entsprechende Aborte und Ausbügung der Unfallvorschriften.

In Kassel haben die Zimmerer beschloßen, am ersten April in den Streik einzutreten. Die Bauherren haben die Lohnhöhung auf 40 Pf. pro Stunde abgelehnt. Die Maurer, die 45 Pf. Stundenlohn verlangen, haben die Durchführung dieser Forderung vorläufig vertagt.

In Gotha beabsichtigen die Dachdecker, am künftigen Sonnabend in den Streik einzutreten, falls die Unternehmer nicht bis dahin die Lohnhöhen beseitigt haben.

In Georgenthal befinden sich seit Montag sämtliche Zimmerer im Ausstand.

**Der Streik der Zimmerer und Maurer in Eberswalde** ist beendet. In gütlicher Vereinbarung mit den Meistern haben diese jetzt einen Stundenlohn von 37 Pfg. bewilligt, außerdem ist die Wiltagspause um eine halbe Stunde verlängert und die tägliche Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden festgesetzt. Bei Wasserarbeiten tritt eine weitere Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfennige ein. Die Arbeit ist seit Montag auf allen Bauten wieder im Gange.

**Die Schneider in Gimbhorn** haben durch gütliche Verhandlungen mit den Prinzipalen die Einführung eines Tarifs und die 11stündige Arbeitszeit in 12 Geschäften erzielt. Ablehnend verhielten sich nur 6 Firmen mit 6 Gehilfen.

**Die Stendaler Steinseher** bitten um Fernhaltung des Zugangs, da sie sich mit den Meistern wegen der Lohnfrage in Differenzen befinden. Desgleichen ist Zugang ferngehalten von Bremen und Nordhausen.

**Christliche Bergarbeiter im Ausstand.** Wie bekannt, besteht in Piusberge, einem Ort in der Nähe von Danabritz, in dem Steinkohlenbergwerke und Steinbrüche in Betrieb sind, seit langem eine Differenz zwischen der Bergverwaltung und den Arbeitern, weil die Bergwerksdirektion an sieben katholischen Feiertagen nicht mehr die Arbeit ruhen lassen will. Wie die „Germania“ berichtet, haben nun am Feste Maria Verkündigung die Arbeiter die Parole ausgegeben, an diesem Tage nicht zur Arbeit zu fahren. Von 872 Arbeitern sind dann über 400 nicht erschienen. Das Werk hat diesen als Antwort darauf gekündigt. Der Vorsitzende des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, Brust-Klutenes, eilte sofort hierher, um die Grubenarbeiter in dem Konflikt zusammenzuführen. In einer großen Versammlung erklärte er, man wolle der Verwaltung die Antwort nicht schuldig bleiben. Es sei notwendig, daß jetzt alle Arbeiter, auch die Steinbrucharbeiter der Bergwerksverwaltung kündigten. Er mahnte zur Ruhe und Kaltblütigkeit. Im Laufe dieser Woche, und zwar Mittwoch nachmittags und Donnerstag morgens finden noch zwei Versammlungen statt, in welchen die ganze Belegschaft durch Unterschrift einer Erklärung die Arbeit kündigen soll.

Der christliche Bergarbeiter-Verband zählt am Ort 700 Mitglieder und man darf auf den Ausgang des Konflikts gespannt sein.

**Der Streik der Wagenführer der elektrischen Straßenbahn** in Siegnitz ist zu ungunsten der Ausständigen beendet.

**Am Ausstand der Schneider** in Leipzig sind noch 420 Mann beteiligt. Bewilligt haben bis jetzt 67 Firmen mit 510 Arbeitern.

**Die Leipziger Buchbinder** verurtheilten in einer gut besuchten Versammlung sehr entschieden den Versuch der Buchbindermeister, die im Tarif eingegangenen Verpflichtungen zu umgehen, ebenso sprachen sie sich gegen die von einigen Prinzipalen gewünschte Revision aus. Dagegen werden die Arbeiter beibehalten, auch in kleineren Betrieben die Einführung des Tarifs zu verlangen.

**In der Porzellanfabrik von Kuchich** in Potschappel befinden sich 90 Dreher, Blinnumacher und Maler im Ausstand. Ueber die Ursache des Streiks schreibt unser Dresdener Parteiorgan:

Das ein Streik um so selbstverständliche Dinge, wie sie hier in Frage stehen, ausbrechen konnte, ist in der That außerordentlich kennzeichnend. Die Forderungen sind: Herausgabe der Lohnbücher vor der Lohnzahlung und Aufstellung eines Lohnartikels. Man sollte meinen, daß ein Streik um solche Dinge unmöglich sein sollte, und doch, wenn man die Verhältnisse genauer kennt, begreift man es sehr wohl. Denn mit der Erfüllung dieser Forderung säme Ordnung in die Bezahlung, die Arbeiter hätten als Organisation einen Einfluß auf die Festsetzung der Akkordpreise und der einzelne Arbeiter wüßte im voraus, was er verdient hat und könnte prüfen, ob ihm seine Arbeit richtig berechnet ist. Damit fiel eine wesentliche Quelle der Bereicherung für den Unternehmer fort und deshalb der Widerstand. — Der Zugang ist streng fern zu halten. Alle Sendungen sind zu richten an Hugo Wüst, Porzellanmaler, Zanderoda bei Potschappel.

**Der Ausstand bei der Firma Unger u. Sohn, Blechemballagenfabrik** in Braunschweig, ist durch Vergleich beendet.

**In Nürnberg** befinden sich 100 Gasner im Ausstand. Sie verlangen neunstündige Arbeitszeit, 1 1/4 Stunde Mittags-, 1/2 Stunde Frühstücks- und 1/4 Stunde Vesperpause, einen Minimallohn von 40 und einen Maximallohn von 60 Pf. pro Stunde.

Bei der Firma Göbde haben die Portefeuller und Buchbinder die Arbeit eingestellt.

Die Schneider haben durch ihre Lohnkommission um die Einführung des Tarifs vom Jahre 1894 Verhandlungen mit einer Anzahl Geschäfte eingeleitet, die zum größten Theil von Erfolg begleitet gewesen sind.

**In der Schuhfabrik von Rahm** in Mannheim haben am Montag sämtliche Akkordarbeiter, Vorrichter, Auspußer und Zwickler — 27 an der Zahl — die Arbeit niedergelegt.

**In Langenbieten** dauert der Streik der Weber und Weberinnen der Firma Julius Neugebauer unverändert fort. Die Drohung des Fabrikanten, daß, wer am Montag die Arbeit nicht antrete, entlassen werden solle, hat ihre Wirkung verfehlt. Keiner der Streikenden ist abtrünnig geworden. — Am Sonnabend Abend erklärte sich in Langenbieten eine, trotz des strömenden Regens sehr stark besuchte Volksversammlung nach einem Referat des Genossen Feldmann mit den Streikenden solidarisch.

**Die Lohnbewegungen in München.** Der Streik der Tischler dehnt sich auf 120 Werstätten aus. Die Modell-schreinermeister haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Die in den Ausstand eingetretenen Tapezierergehilfen sind, soweit sie nicht abgereist, zum größten Theil zu den neuen Bedingungen wieder beschäftigt. Im ganzen haben bewilligt 43 Prinzipale mit 170 Gehilfen. Ausständig sind noch die Gehilfen der Möbelfabriken.

#### Rußland.

**Die Wirker der Firma Plan u. Co. in Wien** befinden sich im Ausstand und bitten um Fernhalten des Zugangs.

**Schweizerische Arbeiterpresse.** Zum provisorischen Redakteur und Nachfolger Seidel's an der in ein Gewerkschaftsblatt umgewandelten „Arbeiterstimme“ ist Heinrich Schen in Zürich gewählt worden.

#### Unternehmer-Verbände.

**Der Arbeitgeber-Bund für das Maurer- und Zimmerer-Gewerbe** soll, so wird berichtet, ein Schutzverband gegen das Vorgehen der Arbeiter-Organisationen sein. Um zu verhindern, daß die Arbeiter einzelne Baugeschäfte doppeltiret, sind in einem solchen Falle alle Mitglieder verpflichtet, sofort sämtliche Arbeiter zu entlassen und nicht früher wieder einzustellen, bis die Sperre über den betreffenden Bau aufgehoben ist. Jedes Mitglied des Bundes hat einen Wechsel in der Höhe des zehnjährigen Jahresbeitrages hinterlegt. Der letztere wird nach der Summe der Lohnzahlungen während des letzten Jahres bestimmt. Der Wechsel wird eingezogen, wenn ein Mitglied den übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommt. Wie verhalten, haben die Bundesmitglieder nichts gegen die diesjährigen Forderungen der Arbeiter (50 Pf. Stundenlohn bei neunstündiger Arbeitszeit) einzunehmen. Es sei ihnen jedoch zu Ohren gekommen, daß die Organisationen der Maurer und Zimmerer beabsichtigten, den achtstündigen Arbeitstag und einen Stundenlohn von 70 Pf. für das nächste Jahr zu fordern. Hiergegen würde der Arbeitgeber-Bund sich wehren. — Aus ist von einer höheren Forderung nichts bekannt. Die Arbeiter wollen nun darauf dringen, daß ihre Forderungen in allen Geschäften durchgeführt werden.

### Soziales.

**Die deutschen Berufsvereinigungen** hielten am Dienstag in Berlin ihren 12. ordentlichen Versammlungstag. Der Vorsitzende des Verbandes der Berufsvereinigungen gewählt und Herr Rößke zum Ehrenmitglied des Verbandes ernannt.

Dem geschäftsführenden Ausschuss wurde folgende, vom Direktor Schiesinger beantragte Resolution zur Berücksichtigung übergeben: Der Verband hält die Gewährung von Ausgaben für Porto, Papier, Tabak, Kaffee und dergleichen Bedürfnisse an die in stationärer Behandlung befindlichen Unfallverletzten gegebenenfalls für empfehlenswert; es erscheint zweckmäßig, den Anstaltsleiter mit der Zahlung dieser Zuschüsse zu betrauen, einmal um eine angemessene Verwendung der letzteren zu sichern, ferner aber auch, um möglichst Gleichmäßigkeit in den Beiträgen der einzelnen beteiligten Berufsvereinigungen herbeizuführen.

Weiter wurde verhandelt über die Frage, ob und welchen Einfluß das Patentgesetz auf die Unfallverletzten-Versicherungen, beziehentlich auf die Einführung von Schutzvorrichtungen hat. Der Referent, Direktor Wenzel aus Berlin, schlug eine Resolution vor, worin der Reichsanwalt ersucht wird, den Berufsvereinigungen die Befugnis zu erteilen, im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt Patente auf Vorrichtungen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter von dem Patentinhaber zu erwerben gegen eine angemessene Vergütung, die nöthigenfalls im Rechtswege festzusetzen ist.

In Beziehung auf die Beschickung der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 wurde beschloßen, die Vorarbeiten in Verbindung mit dem Reichs-Versicherungsamt vorzunehmen und die antheiligen Kosten hierfür aus den Mitteln des Verbandes zu bestreiten.

Direktor Wenzel sprach sodann über die Ueberweisung eines Theils des Reservefonds beim Uebergang einzelner mit Unfallentschädigungen belasteter Betriebe. Auf seinen Antrag wurde folgender Beschluß gefaßt: Der Verband wolle den ihm angehörenden Genossenschaften empfehlen, durch übereinstimmenden Beschluß der Genossenschafts-Versammlungen sich dahin zu einigen, daß sie beim Uebergang einzelner mit Entschädigungspflichten belasteter Betriebe keinen Anspruch auf Ueberweisung eines Theiles des Reservefonds und des sonstigen Vermögens der überweisenden Genossenschaft gemäß § 82 des Unfallversicherungsgesetzes erheben wollen, sofern die letztere sich verpflichtet hat, gegebenenfalls nach demselben Grundsatz zu verfahren.

Die Bestimmung über Ort und Zeit des nächsten ordentlichen Berufsvereinigungsversammlungs wurde dem Vorstande überlassen und hierauf die Tagung geschlossen.

Dem Verbande gehören zur Zeit 46 Berufsvereinigungen an.

**Zur Kritik in der Textilindustrie** nachens wird mitgeteilt, daß innerhalb drei Monaten vier Tuchfabriken den Betrieb eingestellt haben.

**Arbeiter-Risiko.** Auf der westfälischen Zeche „Graf Bismarck“, Schacht II, fand der Schachthauer Jakob Pawlic durch Sturz in den Schacht seinen Tod. Schon der Bruder des Verunglückten ist in demselben Schacht ums Leben gekommen.

In der bei Hügling in Oberbayern gelegenen, dem Sägereibesitzer Anton Fischer gehörigen Moosmühle kam der Dienstknecht Georg Deiß aus Dießen in die Transmission und wurde vollständig zermalmt.

**Schaffung eines Gewerbegerichts** für den Landkreis Zwida u. wünsch die Arbeiter derselben. Eine Volksversammlung in Haara setzte eine Kommission ein, die der Amtshauptmannschaft ein dahin gehendes Gesuch zu unterbreiten hat.

**Seltene Generosität.** Wie unser Leipziger Partei-Organ mittheilt, hat der russische Rath der Leipziger Elektrischen Straßenbahn die ihm für das Geschäftsjahr 1897 zukommende Tantieme in Höhe von 12 000 Mark schenkungsweise der Gesellschaft zur Gründung eines Unterhaltungsfonds für die Angestellten und Arbeiter überwiesen.

**Unbermuthete Schiffrevisionen** sollen, wie der Mainzer Volkszeitung“ aus Kassel gemeldet wurde, von der Rhein-Schiffahrts-Kommission vorgenommen werden, um festzustellen, ob die gefehlich vorgeschriebene Mannschaft auf den Schiffen vorhanden ist. Die Juwelierhandlungen würden gerichtlich bestraft werden. Diese Schiffrevisionen sind eine Folge der Beschwerde, die unser Parteigenosse Haas in der hessischen Kammer vorgebracht hatte.

**Konzentration des Kapitals in der Seeschiffahrt.** Die aus Hamburg gemeldet wird, beschloß die Generalversammlung der Ringlin-Linie mit 2400 gegen 300 Stimmen die Verschmelzung mit der Hamburg-Amerika-Linie. Die Ringlin-Linie dient dem Verkehr Hamburgs mit den ostasiatischen Handelsplätzen und hat eine Flotte von 15 Seedampfern (wovon zwei im Bau); ihr Kapital beträgt 3 750 000 M. Die Hamburg-Amerika-Linie vermittelt den Verkehr Deutschlands und Italiens mit Amerika. Die Zahl ihrer Seedampfer beträgt 69 (wovon einige noch im Bau sind); ihr Kapital beläuft sich auf 60 Millionen Mark. Die Hamburg-Amerika-Linie übertrug (am Rauminhalt ihrer Schiffe) schon bisher selbst die größte englische Gesellschaft.

**Ein Delegirtenstag der schweizerischen Wirtschafts-Genossenschaften**, der in Zürich tagte und von 174 Genossenschaften, die 128 000 Mitglieder haben, besucht war, beschloß einen Protest gegen die steuerpolitische Gleichstellung der Genossenschaften mit den Aktiengesellschaften und die Gründung eines schweizerischen Genossenschaftsbundes.

### Derselben und letzte Nachrichten.

**Budapest, 30. März. (W. T. B.)** Der Ministerpräsident Baron Banffy beantwortet die Interpellation Kossuth's, auf welche Rechtsgrundlage die Regierung ihre Angriffe gegen die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit und die persönliche Freiheit stützt, indem er es überhaupt in Abrede stellt, daß die Regierung etwas dergleichen unternahme. Er begründet sodann eingehend die Verfügungen, welche die Regierung in der jüngsten Zeit in dieser Frage getroffen habe. Was zunächst die Pressefrage betreffe, so werde jetzt nur eine präzise Durchführung des in dem Gesetze vom Jahre 1848 angeordneten Verfahrens angestrebt. Es gebe kein schwarzes Kabinett, wohl aber würden Postpakete und Kreuzbandsendungen überwacht, damit etwaige anreizende Druckschriften mit Beschlag belegt werden könnten. Die gegen die Vereine und Versammlungen erlassenen Verordnungen seien nöthig geworden, weil die bisherigen Verfügungen der Sanktion entbehrten. Wenn die Regierung ferner im Interesse der Sicherheit der Person und des Vermögens, sowie der öffentlichen Ruhe Verordnungen erlasse habe, so habe sie nur ihre Pflicht erfüllt. Die Opposition begleitete die Ausführungen des Ministerpräsidenten mit lärmenden Zwischenrufen, in welchen sich begeisterte Eizentrufe der liberalen Partei mischten.

**Christians, 30. März. (W. T. B.)** Dem „Dagbladet“ zufolge ist der schwedisch-norwegische Konsul in New-York, Woxen, seit vorigem Mittwoch spurlos verschwunden. Man vermutet, daß das Verschwinden mit Unterschleifen in Zusammenhang steht. Der schwedisch-norwegische Gesandte in Washington, Grip, hat den Befehl erhalten, sich nach New-York zu begeben und die Angelegenheit zu untersuchen. Die amerikanischen Behörden sind telegraphisch ersucht worden, Woxen zu verhaften.

**Paris, 30. März. (W. T. B.)** Auf der Gürtelbahn stießen heute bei den Bagignolles infolge Reibels zwei Züge zusammen; vier Personen wurden leicht verwundet.

**Washington, 30. März. (W. T. B.)** Der Ausschuss des Senates für die auswärtigen Angelegenheiten gelangte heute nicht zu einer Einigung betreffend die zu der kubanischen Frage eingebrachten Resolutionen. Derselben wurden vielmehr sämtlich einem Untersuchungsausschuss überwiesen. Der Ausschuss vertagte sich sodann.



Reichstag.

78. Sitzung, Mittwoch, 30. März 1898, 12 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Posadowsky. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Reichshaushalts-Etats, die mit dem Etat des Reichs-amts des Innern fortgesetzt wird. Auf eine Anfrage des Abg. Wasserfall (natl.) erwidert

Staatssekretär Graf Posadowsky, daß zwischen den Rhein-staaten vorläufige Abmachungen getroffen sind zur Einführung einheitlicher Schifferpatente bei der Rheinschiffahrt. Die Föhrung der Dampfschiffe soll von einer Prüfung abhängig gemacht werden.

Abg. Neittich (L.) spricht über die Ausführungsbestimmungen des Margarinegesetzes, welche das ganze Gesetz zu einer halben Maßregel herabdrücken.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auf allgemeinen Wunsch ist vom Bundesrath der Begriff der getrennten Verkaufsräume festgelegt worden. Natürlich kann man dadurch betrügerische Manipulationen nachlässiger Händler nicht verhindern; man kann aber durch sie den Beweis einer betrügerischen Manipulation erleichtern. Ob das Gesetz wirksam sein wird, hängt davon ab, ob in den Einzelstaaten genügend durchgebildete chemische Revisoren vorhanden sind. Die Polizei hat nur in der Vorstellung neuerer Analysen und Polypennamen. Sie kann tatsächlich aber so komplizierte Aufgaben, wie sie die Nahrungs-mittel-Untersuchung stellt, nicht erfüllen. Das können nur wissenschaftlich vorgebildete Sachleute. Ohne eine solche Kontrolle machen derartige Gesetze nur Lärm, haben aber einen positiven Erfolg nicht.

Abg. Richter (fr. Vg.): Wenn die Agrarier ein Gesetz machen, daß ihnen nichts nützt, sondern Schaden, dann machen sie noch der Regierung Vorwürfe; diese soll dann mit ihren Ausführungsbestimmungen Schuld an dem Mislingen sein. Das haben wir oft erlebt, und das ist auch hier der Fall. Ich hoffe, daß die Regierung sich aber nicht beirren lassen wird, und ferner, daß mein Antrag auf Aufhebung der Bestimmung über die Trennung der Verkaufsräume von Margarine und Butter bald Gesetz werden wird.

Redner bringt sodann im Austrage der Firma A. u. G. Dreier eine Berichtigung der in der zweiten Staatsberatung vom Abgeordneten Wurm über ihre angebliche Verletzung der Gewerbe-Ordnung gemachten Mittheilung vor. Es sei durchaus nicht der Fall gewesen, daß die Polizei am Charfreitag in ihrer Fabrik Arbeiterinnen übertrachtet habe, die bei der ersten Inspektion auf dem Boden vertheilt gewesen seien. Die Firma habe vielmehr jene Arbeiterinnen in vollster Oeffentlichkeit am Charfreitag arbeiten lassen, und zwar nach vorher erfolgter Mittheilung an die Polizei, auf Grund der Bestimmung, daß bei Faberereien z. B. im Jahre 6 Sonn- bezw. Feiertage für die Arbeit freigegeben werden.

Abg. Wurm (Soz.): Herr Richter hat ein ganz anderes Alles-ist vorgelegt, als das was ich damals vorgelesen habe. Ich mache ihn darauf aufmerksam, daß die Sache in der „Hannoverschen Volksstimme“ feinerichtig dargestellt ist. Die Firma hat dann eine Berichtigung eingeleitet, doch ist der Sachverhalt der „Volksstimme“ vollkommen unrichtig erhalten worden. Allerdings war ein kleiner Verstoß vorgekommen, insofern die Sache nicht am Charfreitag vollst. ist. Das Blatt ist auch nicht verurtheilt worden, wohl aber die Firma zu 5 M. Geldstrafe. Sie hat Berufung eingelegt, diese ist jedoch verworfen worden; es liegt also fest, daß ein Vergehen gegen die Gewerbe-Ordnung seitens der Firma vorliegt.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath: In Wiesbaden ist vor zwei Jahren eine Resolution der Fischereivereine gefaßt, dahingehend, daß der Vertrag mit Holland revidirt werde. Ich will hier nur die Hoffnung aussprechen, daß die Regierung sich dieser Resolution annehmen und die Interessen der Fischer besser schützen möge als bisher.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt im allgemeinen, daß er nicht in der Lage sei, alle unwichtigen Angaben aus seinem Bericht aus der ersten und zweiten Lesung widerlegen zu können. Nur zwei Fälle. Der Abg. Benzmann hat behauptet, die Versammlung zu Gunsten der Flottenvorlage am 13. Januar d. J. im Kaiserhof sei nicht anwesend gewesen. Nach den Erklärungen des Herrn Polizeipräsidenten von Berlin ist diese Angabe vollständig unrichtig. Ebenso unrichtig ist eine Angabe, die der Abg. Wurm in der zweiten Lesung gemacht hat. Er hat mitgetheilt, daß eine Konvention in Hildesheim wegen einer schweren Gewerbekontravention nur zu 5 Mark Geldstrafe verurtheilt worden sei. In dem Erkenntnis des Gerichts habe es geheißen, die Strafe sei deshalb so gering bemessen, weil ja „nur“ der Gewerbe-Inspektor die Anzeige gemacht habe. Ich habe mich daraufhin an den Präsidenten des Gewerbe-gerichts in Hildesheim gewandt und dieser hat mir mitgetheilt, daß eine Konvention in Hildesheim überhaupt nicht bestanden. (Hört! hört! rechts.) Gemeint sein könne eine Präferenzfabrik. Nach Ausweis der Akten seien aber die beiden Inhaber derselben seit Jahren wegen Gewerbekontravention nicht bestraft worden. (Hört! hört! rechts.) Was die getrennten Verkaufsräume für Margarine anlangt, so hat der Verein der Margarinehändler bei mir angefragt, ob die sogenannten Margarine-Pavillons als getrennte Verkaufsräume gelten würden. Ich habe geantwortet, mit „Nein“ antworten zu müssen, und möchte den Herren nicht rathen, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. (Beifall rechts.) Dem Prinzen Schönau-Carolath erwidere ich nur, daß wir in der bewegten Sache sehr vorsichtig vorgehen müssen, da ein vertragsloser Zustand der rheinischen Schiffahrt nur Schaden kann.

Abg. Frey, Hehl zu Herrnsheim (natl.) schließt sich den Ausführungen des Prinzen Schönau-Carolath in bezug auf den Sachverhalt an. Er beschwert sich insbesondere über die Verunreinigung des Rheins durch die Petroleum-Tankschiffe.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, jene Verunreinigung entstehe nicht durch die Tankschiffe an sich, sondern dadurch, daß sie im Rhein selbst geremitt werden. Im übrigen seien gegen die Verunreinigungen des Rheins bereits Maßregeln erwoogen, doch noch nicht zum Abschluß gelangt.

Abg. Wurm (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat mir vorgelesen, ich hätte ein Urtheil des Hildesheimer Gerichts mitgetheilt, welches überhaupt nicht existirt. Das, was ich gesagt habe, findet sich wörtlich in dem Bericht der Gewerbe-Inspektoren für Hildesheim, Jahr 1896. (Hört! hört!) Dasselbe heißt es, daß ein Unternehmer wegen Verletzung von Arbeiterinnen am Sonntag zu 5 M. verurtheilt worden sei. Als Strafmildner ist ausdrücklich der Umstand angegeben worden, daß die Anzeige durch die Gewerbe-Inspektoren erfolgt sei. (Hört! hört!) Also genau das, was ich behauptet habe. Was der Herr Staatssekretär gegen den Abg. Benzmann über die bekannte Plattenversammlung gesagt hat, verschlimmert die Sache nur. Jene Vereine dürfen sich ja eben nicht mit Politik beschäftigen, da die Aufhebung des Koalitionsverbots nicht erfolgt ist. Jene Herren dürfen sich aber darüber hinwegsetzen. (Sehr richtig! links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky hält seine Behauptung bezüglich Hildesheim aufrecht; jenes Urtheil mag in dem Bezirk Hildesheim ergangen sein, in der Stadt Hildesheim jedenfalls nicht. Ich werde noch eine nähere Untersuchung darüber anstellen.

Was die Plattenversammlung anlangt, so fiel diese nicht unter den § 8 des Vereinsgesetzes. (Zuruf links: Das glauben wir! Heiterkeit.) Es handelt sich da nicht um ein Inverbindungs-treten von Vereinen, sondern um eine Zusammenkunft von einzelnen Personen behufs Besprechung öffentlicher Angelegenheiten. (Große Heiterkeit.)

Abg. Prinz Schönau-Carolath bittet den Staatssekretär, sein Augenmerk darauf zu richten, wie rücksichtslos die Holländer von ihren Vertragsrechten Gebrauch machen.

Abg. Richter (fr. Vg.): Ich konstatire, daß zu der Platten-versammlung ausdrücklich die Handelskammern eingeladen waren. Der Polizeipräsident von Berlin scheint keine Zeitungen zu lesen.

Abg. Wurm (Soz.): In dem Bericht ist nur vom Bezirk Hildesheim die Rede, ob ich nicht Hildesheim gesagt habe, weiß ich heute nicht mehr. Ich möchte aber noch darauf aufmerksam machen, daß die auffällige Begründung nur mündlich war und im schriftlichen Urtheil dann weggelassen worden ist, weil dem Richter inzwischen zum Bewußtsein gekommen sein mag, daß solche Behauptungen über Staatsbeamte in einem Gerichtsurtheil nicht am Platze sind.

Abg. Dr. Lütgenau (Soz.): Am 8. Dezember 1898 wurde vom Reichstag eine Petition, die aus München kam und in der mit Rücksicht auf die vielen schweren Unfälle im Bergwerke die Heranziehung von Arbeitern zu Unfallverhütungs-Kommissionen ge-fordert wurde, dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen und zwar auf Antrag des Abg. Bebel, der auf die günstigen Er-fahrungen, die in Brixen und Mülhausen i. Elsass mit solchen Ueber-wachungskommissionen gemacht worden sind, hinwies. Will die Regierung den vom Reichstage empfohlenen Weg beschreiten? Vor allem ist im Bergbau die Heranziehung von Arbeitern zur Betriebs-inspektion erforderlich. Redner erinnert an das furchtbare Unglück auf Karolinsglück. Die einmüthige Forderung aller Bergarbeiter ist ihre Theilnahme an der Kontrolle. Wenn wirklich Reformen im Bergbau stattfinden sollen, ist dies die erste Voraussetzung. Meine Partei verlangt ein Reichs-Berggesetz. Wie stellt sich die Regierung dazu? Hier wird immer soviel vom „Schutz der nationalen Arbeit“ ge-sprochen. Hier handelt es sich darum, das Leben deutscher Bergarbeiter zu schützen, und hier wäre ein ganz besonderer Anlaß zur Bethätigung des Schutzes „nationaler Arbeit“.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Ueber die Ausdehnung des Schutzes der Bauhandwerker ist innerhalb der Regierungen in zustimmendem Sinne Beschluß gefaßt worden. Dagegen kann aber die Heranziehung von Arbeitern zu Unfallverhütungs-Kommissionen das Reich nicht Stellung nehmen, das ist Landesache. Die Ein-führung eines Reichs-Berggesetzes ist ein Novum, zu dem der Bundesrath noch nicht Stellung genommen.

Abg. Dr. Hammacher (natl.) weist auf die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus hin. Wenn Preußen wollte, würde die Frage allseitig befriedigend gelöst werden können.

Abg. Dr. Dine (Z.): Das eigentliche Forum für die Berg-gesetzfrage sei das preussische Abgeordnetenhaus. Hoffentlich werde sich die preussische Regierung die Frage ernstlich angelegen sein lassen, so daß schon in der nächsten Session positive Maßregeln er-griffen werden. In der Bauhandwerkerfrage ist es höchste Zeit, das etwas geschieht.

Staatssekretär Graf Posadowsky kommt nochmals auf den Fall Dreier zurück und bekräftigt die Richterlichen Angaben. Die Firma A. u. G. Dreier sei im Juli 1897 wegen Sonntagsarbeit angeklagt, aber im Hinblick auf den Bundesrathseckel freigesprochen worden, der die Sonntagsarbeit in der chemischen Industrie an sechs Sonn- oder Feiertagen gestattete.

Abg. Stadthagen (Soz.): Wenn man uns in der Bergarbeiter-frage auf die Landesgesetzgebung verweist, dann werden noch viele Leiden zu bekämpfen sein. Die Heranziehung der Arbeiter für die Unfallverhütungskommission ist unbedingt nöthig. Auch die christ-lichen Arbeitervereine verlangen das. In einem Jahre sind über 7000 Arbeiter getödtet, über 40000 Arbeiter so schwer ver-wundet worden, daß sie dauernd erwerbsunfähig sind. In wenigen Jahren ist die Verlustziffer erreicht, die unsere Armee im Kriege 1870/71 erlitten hat. Die Regelung der Frage Preußen überlassen, heißt die Unglücksfälle nicht vermindern, sondern ver-mehren. Das Reich muß eingreifen und die Arbeiter müssen zur Kontrollausföhrung herangezogen werden. Das Reich ist umso mehr zum Bergarbeiterschutz verpflichtet, als das Unfallversicherungsgesetz den Hinterbliebenen dieser Vermöglichen nicht gerecht wird. Kollege Lütgenau hatte ganz recht: hier ist eine nationale That zu vollbringen. Die konservativen Parteien scheinen sich national zu nennen, weil sie alles von der Nation haben wollen, wir nennen national, was für die Nation förderlich ist. Die Verunglückten waren Deutsche, nicht nur Preußen, sie können vom Reich Schutz verlangen. Ich frage die Staatsregierung, warum in der Untersuchung noch nicht zum Abschluß gelangt ist wegen des Unglücks in Karolinsglück. Es ist notwendig, daß die Urheber des gräßlichen Unglücks streng bestraft werden.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Wir prüfen die Frage der Unfallverhütung in Bergwerken eifrig, aber ruhig. Ich speziell bringe der Frage das rechte Interesse entgegen. Aber ich meine, es ist nicht erwiesen, daß die Einzelstaaten zur Lösung dieser Frage ungeeignet sind, als das Reich.

Abg. Freiherr von Stumm (Rp.): Die Frage ist in einem sehr ungeeigneten Moment aufgeworfen worden, jetzt, wo wir alle schon unsere Köpfe gepakt haben. Wir haben das Vertrauen, daß sich die Regierung auch den Bergarbeiterschutz angelegen sein lassen wird. Zu Schutz nehmen möchte ich die Besitzer der Gruben, die für die Ueberlastung des Reichs, es wäre gar nicht gut, wenn aus dem Bundesstaat ein Einheitsstaat würde.

Abg. Dr. Lütgenau (Soz.): Herr von Stumm hat eine Ent-lastung der Schulden an dem Unglück auf Karolinsglück versucht; ich verweise ihn auf die Verhandlungen im preussischen Abgeordneten-haus. Ich konstatire mit Vergnügen, daß gegen unsere Anregung eines Reichs-Berggesetzes von keiner Seite prinzipielle, verfassungs-rechtliche Bedenken geltend gemacht worden sind. Herr von Stumm verurtheilt nur praktische Gründe dagegen ins Feld zu führen. Aber gerade aus praktischen Gründen müssen wir auf dem Ein-greifen des Reichs bestehen. Macht sich doch gegen die Berg-gesetz-Reformen, die die preussische Regierung ankämpft, bereits jetzt der Widerstand der Großindustriellen bemerkbar, und diese Herren haben im preussischen Abgeordnetenhaus viel entscheidenderen Ein-fluß als hier im Reichstage. (Sehr richtig! bei den Sozial-demokraten.)

Abg. Hammacher (natl.): Im Gegensatz zu Herrn v. Stumm muß ich mich mit aller Entschiedenheit für die Einführung eines allgemeinen deutschen Berggesetzes aussprechen. Ein solches Gesetz ist dringend notwendig und im höchsten Maße nöthig. Redner kann aber der Kritik nicht bestimmen, die Abg. Stadthagen an das Unglück auf Karolinsglück geknüpft hat. Gerade die Direk-toren und Aufsichtsräthe des Bezirks, in denen das Unglück passirt ist, erkennen sich des Rufes höchster Ehrenhaftigkeit. Die Ausföhrung der Aufsicht im Bergbau muß immer in den Händen von Beamten bleiben. Dagegen ist der Gedanke, Vertrauenspersonen der Bergleute als Hilfskräfte dieser Beamten zu ver-wenden, sehr glückselig. Von einem Widerstand der Groß-industriellen gegen Bergbau-Reformen ist mir nichts bekannt. Sie sträuben sich nur dagegen, daß die Hilfskräfte von den Arbeitern gewählt werden sollen. Sie fürchten nämlich, daß bei einer Wahl nicht sachliche, sondern agitatorische Momente maßgebend sein würden.

Abg. Dr. Dine (Z.) konstatirt, daß der Reichstag sich bereits in einer Resolution beim bürgerlichen Gesetzbuch für die reichsgesetzliche Regelung des Bergwesens aus-gesprochen habe, so daß die Sozialdemokraten nur frühere Reichs-tagbeschlüsse wiederholten. Das Zentrum sei ebenfalls für eine reichsgesetzliche Regelung; vorläufig sei aber die Berggesetzgebung noch Landesache.

Abg. Müller-Waldenburg (Soz.): Die Bergarbeiter sind einig darin, daß sie ihre Vertrauenspersonen für die Grubeninspektion direkt und geheim wählen wollen; gerade im Interesse einer guten ständigen Kontrolle muß man Leute aussuchen, die die Gepflogenheiten der Bergarbeiter kennen und die auch den Muth finden, jede Uebertretung festzustellen. Bis jetzt haben die Einzel-staaten, speziell Preußen, noch gar nichts gethan. Bei den Streiks sind die Behörden nur den Arbeitern in den Rücken gefallen. Die letzten Unglücke heischen die Reform. Mäßrathlich werden Hekatonben von Bergleuten geopfert. Es sind gute Lampen konstruirt worden,

aber sie werden, weil sie zu theuer sind, von den Grubenbesitzern nicht eingeföhrt. Für heute will ich mich auf diese wenigen Be-merkungen beschränken.

Abg. Freiherr v. Stumm (Rp.): Ich bin unmittelbarer Nachbar eines preussischen Bergreviers. Ich kann nur sagen, es wird für die Grubeninspektion viel gethan. Herr Dine hat bewiesen, daß er energisch eingreifen will.

Abg. Dr. Lütgenau (Soz.) wiederholt noch einmal, für die Bergleute kommt alles darauf an, daß die Hilfsinspektoren durch sie und aus ihrer Mitte gewählt werden. Die Bergleute glauben so lange nicht an eine ernstliche Reform, als sie nicht selber durch die Wahl von Inspektoren aus ihrer Mitte Einfluß auf die Dinge gewinnen.

Abg. Hammacher (natl.): Bei der Wahl solcher Hilfsinspektoren müssen vor allem die technischen Qualitäten berücksichtigt werden. Die Hauptsache sind einheitliche Bestimmungen für die Bergwerke im ganzen Reich.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Allgemeine Fonds“ bringt

Abg. Peus (Soz.) die Erhebung über die gewerbliche Be-schäftigung von Kindern zur Sprache, die jetzt veranfaßt wird. Leider ist die Enquete nicht auf die Beschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft ausgebehrt. In der Landwirtschaft sind 135 000 Kinder thätig.

Die Unfallgefahr bei der Verwendung von landwirtschaftlichen Maschinen ist natürlich bei Kindern besonders groß; in Oesterreich gilt daher die Bestimmung, daß Kinder an landwirtschaftlichen Maschinen nicht beschäftigt werden dürfen. Ich will hier, da ich besonders davor erucht bin, den Fall eines 14-jährigen Mädchens anführen, das sich bei einer Häckelmaschine den Arm gebrochen hat. Es ist also klar, daß nur eine gesetzliche Regelung der Kinderarbeit an Maschinen allein Wandel schaffen kann. Bezeichnend ist, daß die landlichen Unternehmer jetzt um Aufhebung der Verordnung petiti-oniren, die für Kinder eine Maximalarbeitszeit von 12 Stunden vorschreibt! Werden doch um sogar Kinder unter acht Jahren beschäftigt. Das geht doch über die Gutschnur. Die allerersten Bedingungen werden von den landlichen Unter-nehmern nicht erfüllt. Und wenn dann Verordnungen erlassen werden, die wenigstens das allergeringste Beseitigen wollen, so ver-langen die Unternehmer, wie ichthiu eine Tagung unter Führung des Deconomerraths Daas, die Aufhebung dieser Bestimmungen. Vom Abg. v. Kardorff ist mir entgegenet worden, die Arbeit für die Kinder sei im Interesse der Erziehung nöthig-wendig. Nun, warum lassen denn die Agrarier nicht auch ihre eigenen Kinder mitarbeiten, damit auch diese der Erziehung theilhaftig werden? (Sehr richtig! links.) Von den Lehrern wird mit recht geltend gemacht, daß sie die von langer Zeit her übermüdeten Kinder natürlich nicht mit Erfolg unter-richten können. Das nennen die Herren Agrarier Erziehung!!! Die geradezu skandalösen Verhältnisse, die in den Ziegeleien herrschen, habe ich bereits in der zweiten Beratung des Etats zur Genüge kargelegt. Von der Regierung ist eine Untersuchung an-gestellt worden; hoffentlich läßt sie damit nicht zu lange auf sich warten. Sonst wird der folgende Reichstag, der in einer ganz anderen Zusammensetzung sein wird, ein kräftiges Wort dazu reden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ueber die Zusammenfassung des folgenden Reichstages habe ich keine so klare Vorstellung, wie der Abg. Peus (Heiterkeit). Ich halte es nicht für angebracht, die Enquete über die gewerbliche Beschäftigung von Kindern zu ver-zücken mit einer Enquete über die Verwendung der Kinder in der Landwirtschaft. Letztere ist durchaus nicht erzieherisch schädlich, wie erstere. Zudem führt eine solche Verquickung stets dazu, die ganze Enquete oberflächlich, also werthlos zu machen. Ich bitte also Herrn Peus, erst die Enquete abzuwarten.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Der Abg. Peus hat meinen Namen mehrfach genannt. Ich werde ihm nicht antworten, denn ich will nicht schuld sein, wenn der Etat nicht rechtzeitig fertiggestellt wird. Der Abg. Peus weiß wohl gar nicht, was das für Folgen hat.

Abg. Peus (Soz.): Ich wollte nur nachweisen, daß in der Landwirtschaft die Ausbeutung der Kinder nicht kleiner ist als im Gewerbe. In Anhalt haben die Agrarier gegen den auf 12 Stunden festgesetzten Arbeitstag für Kinder gemurt und ich glaube, wie in Anhalt wird es auch bei den preussischen Agrariern sein. Wie glauben, die Enquete in der Landwirtschaft wird den Agrariern zu Liebe nicht angestellt.

Abg. Dr. Kruse (natl.) weist die bei der zweiten Lesung vom Abg. Lütgenau erhobenen Vorwürfe gegen die Jrenärzte zurück.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt namens der Re-gierung, daß sie sich dem Standpunkt des Dr. Kruse durchaus anschließe. Der Stand der Jrenärzte verdiene keine Vorwürfe, sondern im Gegentheil höchste Anerkennung. Kleine Ueberräthe in Jrenenanstalten seien unvermeidlich. Er könne aus eigener Erfahrung bestätigen, daß die Jrenärzte von der humansten Gesinnungen besetzt seien.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vg.) tritt für seinen abwesenden Kollegen Benzmann ein, der zu viel begründetes Material bei-gebracht habe, als daß man sagen könne, er sei ungerecht in seinen Vorwürfen gewesen. Aber auch Herrn Benzmann habe es fern-gelegen, den Stand der Jrenärzte im allgemeinen anzugehen.

Abg. Dr. Förster (Antif.): In unserer Jrenengesetzgebung und im Entmündigungsverfahren bestehen schwere Mängel. Es ist festzustellen, daß in Berlin ein Arzt einen Mann, aber den er in einem Entmündigungsverfahren ein Gutachten zu ertheilen hatte, gar nicht persönlich gesehen hat.

Abg. Dr. Langerhans (fr. Vg.) bekräftigt, daß sich Mängel her-ausgestellt hätten. In keinem Falle hätten sich die Erzählungen der Zeitungen über Irthümer der Jrenärzte bestätigt. Nur die Aufsicht in Privatanstalten muß und wird gebessert werden.

Abg. Ahlwardt (Antif.) — mit Heiterkeit empfangen — geht auf den Fall Rothenburg ein. Mutter und Sohn seien jahrelang in Jrenenanstalten festgehalten worden. Der Sohn sei früher, die Mutter erst auf Betreiben der Presse in jüngster Zeit freigelassen worden. Wesentlich der Internirung von Personen in Jrenenanstalten gehen Dinge vor, die dem gewöhnlichen Menschen-verstande schwer begreiflich seien. (Heiterkeit.) Im Falle Rothenburg sei der Irtsinn der Mutter u. a. auch dadurch bewiesen worden, daß man gesagt habe, sie habe beim Fortgehen von Hause eine Lampe brennen lassen. (Heiterkeit.) Ganz ähnlich liegen die Dinge im Falle Pasch. (Große Hallahaus der Rechten. Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß die Erörterung von einzelnen Fällen nicht hierbei geböhrt.) Hoffentlich haben meine Ausführungen dazu bei-tragen, daß sich im Hause die Ueberzeugung Bahn bricht, die Mängel im Jrenenwesen müssen gründlich beseitigt werden. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Langerhans (fr. Vg.): Frau Rothenburg ist schwer krank; sie ist so unheilbar, daß sie nirgends in Privatpflege untergebracht werden konnte. Auch der Sohn ist nur entlassen worden, weil er nicht gemeingefährlich ist. Wie kann der Ahlwardt gegen die Gutachten von Sachverständigen solche Behauptungen auf-stellen!

Abg. Ahlwardt (Antif.): Der junge Rothenburg ist nie geistes-krank gewesen; das geht schon daraus hervor, daß er sich jetzt zum Reformexamen vorbereitet. (Große Heiterkeit.) Die Personen, die Frau Rothenburg nicht aufnehmen wollten, waren nur weibliche Verwandte. Die Frau war krankenlang bei mir; ich habe nicht ge-funden, daß sie unheilbar ist. (Große Heiterkeit.)

Abg. Köpcke (Wildliberal) polemisiert beim Kapitel Reichs-Versicherungskasse gegen die Behauptung des Abg. Mollenhuth, daß die Zahl der Vollrenten fortgesetzt im Rückgang begriffen ist, und umwrt die Berufsgenossenschaften gegen Vorwürfe in Schutz. (Rufe;



Schlus!) Redner spricht aber unter großer Unruhe des Hauses fort. (Erneute Schlußrufe rechts.)

**Abg. Wolfenbühler (Soz.)** hält an der Hand statistischen Materials die Behauptung aufrecht, daß die Volkrenten in den letzten Jahren fortgesetzt zurückgegangen sind, nur die kleineren Renten seien gestiegen. Auch aus persönlicher Erfahrung kenne er viele Fälle, in denen Volkrente am Platze gewesen wäre, aber doch nur eine kleinere Rente bewährt worden sei.

**Abg. Regien (Soz.)** befürwortet bei Kapitel „Kanalamt“ eine bessere Fürsorge für die kleinen Schiffer, die von den großen Ahebereien benachteiligt werden. Die kleineren Schiffer müssen im Kanal oft längere Zeit liegen bleiben, als es ihr Geschäft verträgt. Bei Verletzungen müßte das Kanalamt Entschädigungen zahlen, er kenne einen Fall, wo diese Entschädigung ungerechtfertigter Weise verweigert worden sei.

**Staatssekretär Graf v. Posadowsky:** Der vom Vorredner erwähnte Fall liegt so, daß dem Mann eine Entschädigung angeboten worden ist, die er aber als ungenügend bisher zurückgewiesen hat.

Der Etat des Reichsamts des Innern wird hierauf erledigt, nachdem Staatssekretär v. Posadowsky erklärt hat, daß der Bundesrat der Resolution des Reichstages auf Bildung einer gemeinsamen Kommission für die Weiterentwicklung des Reichstages beigetreten ist.

**Es folgt der Militär-Etat.**

**Kriegsminister v. Goltz:** Ich habe über die beiden in der zweiten Lesung erwähnten Todesfälle beim Militär Auskunft zu geben. Der eine betrifft einen Soldaten vom Garde-Kürassier-Regiment. Derselbe fiel durch seinen apathischen Zustand auf. Als er in das Lazareth kam, wurde bei ihm ein Rückenleiden konstatiert und daran ist er gestorben. Während er schon stark fieberte, hat er Angaben über Mißhandlungen gemacht. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet; sämtliche Stuben-Kameraden und auch Unteroffiziere wurden vernommen und alle haben unter ihrem Eide erklärt, daß der Verstorbene rüchtdlos und gut behandelt worden sei. Er selbst hatte von vier Fällen Mitteilung gemacht. Der eine betraf einen Stroh an den Schrank, der andere einen Tritt mit dem Stiefel u. s. w. Die Thatsachen können an sich richtig sein, eine schwere Mißhandlung stellen sie jedenfalls nicht dar. Der Unteroffizier hat erklärt, daß er ihn manchmal gerükkelt habe, um ihn aus seiner Apathie herauszubringen. Der Abg. Bebel hat mir Briefe übergeben in denen auch von Mißhandlungen die Rede ist. Ich habe sie zur Fortsetzung der Untersuchung weitergegeben.

Der zweite Fall betrifft den Musikleiter Bechtold aus Kehl. Hier liegt Selbstmord vor, und zwar ist der Tod durch Erhängen erfolgt. Die Untersuchung ist schon eingeleitet worden, ehe hier im Reichstage von dem Falle die Rede war. Es wurde auch eine Wunde an der Stirn der Leiche entdeckt, diese ist aber darauf zurückzuführen, daß sich der Soldat an einem eisernen Gitter erhängt und sich dabei an diesem Gitter verletzt hat. Als Grund für den Selbstmord muß unglückliche Gemüthsdisposition angesehen werden. Am Selbstmord selber besteht aber kein Zweifel. Strafen hat der Mann so gut wie garnicht erlitten, nur einmal hat er nachhergeiziger müssen, weil er sich beim Gewehrputzen ungebührlich benommen hatte.

Noch einen dritten Fall möchte ich hier zur Sprache bringen, seiner Ungewöhnlichkeit und Schwere wegen. Es handelt sich um die beim Regiment Nr. 70 ausgebrochene Typhusepidemie, die so viele Opfer gefordert hat, wie seit Jahren keine. 250 Mann sind erkrankt, davon sind 31 gestorben, 219 liegen noch im Krankenhause, einer wird kaum am Leben erhalten bleiben. Die anderen befinden sich auf dem Wege der Genesung. Als die Kunde von der Typhusepidemie hier einlangte, schlug ich sofort S. Majestät vor, eine Immedialkommission nach Saarbrücken zu senden; ich bat auch Herrn Professor Gerhardt, sich der Kommission anzuschließen. Die Typhusepidemie wurde auch von der Kommission konstatiert. Man hatte die Kranken so gut es ging untergebracht; der Stadt-Saarbrücken gebührt herzlichen Dank dafür, daß sie sich ihrer Garnison aufs wärmste angenommen hat. Die Kaserne wurde von der Kommission als gesund liegend, das Wasser als keimfrei befunden. Um einen Anhalt für die Entstehung der Epidemie zu finden, wurden die Kranken von der Kommission examiniert. Alle waren mit der Verpflegung zufrieden, alle aber sagten aus, daß der Salat und die Wurst schlecht gewesen seien, die sie bei Kaiser's Geburtstag erhalten hätten. Es wurde nun festgestellt, daß der Salat am 26. hergerichtet worden war und einen Tag lang in einem großen Bottich gestanden hatte. Die Infektion mußte vom Salat kommen, und der Salat konnte nur während der Zeit, wo er im Bottich war, infiziert worden sein. Wie die Typhusbazillen hineingekommen sind, ist schwer zu erklären. Einmal ist eine Uebertragung durch Menschen möglich. In der Umgebung von Saarbrücken, in den Dörfern, sind in den letzten Jahren wiederholt Typhusfälle vorgekommen, und die Bazillen können durch Frauen aus diesen Dörfern, die in der Kaserne beschäftigt waren, eingeschleppt worden sein. Es kam auch einer der Soldaten, die zum Kartoffelschälen kommandirt waren, kurz bevor er ins Lazareth gekommen ist, typhuskrank gewesen sein und die Infektion verurteilt haben. Die zweite Möglichkeit besteht darin, daß die Bazillen in den Kartoffeln selbst gewesen sind. Gerade Kartoffeln sind gute Träger für die Typhusbazillen. Nach der ganzen Untersuchung kann man sagen, daß ein Verschulden eigentlich niemandem trifft.

**Abg. Bebel (Soz.):** Ich habe zu den beiden vom Herrn Kriegsminister behandelten Fällen folgendes zu bemerken. Was den in Rassel anlangt, so schrieb der Mißhandelte am 18. Dezember nach Hause, daß er seit dem 13. Dezember im Lazareth liege und an Gelenksrheumatismus leide, daß er von einem Unteroffizier mißhandelt worden sei. Nach seinem Tode nun erging an die Lazarethverwaltung die Anfrage, wie es denn komme, daß der Mann gestorben sei. Es kam die Antwort des Ch. Farzates Dr. Zahn, daß dienstlich hierüber nichts bekannt sei, daß aber der Verdacht einer Mißhandlung vorliege. Das war die Meinung des Ch. Farzates. Damit scheidet im Widerspruch die Antwort, die der Vater des Toten auf seine Anfrage erhielt, und die auslagte, daß die Anzeige von anderen Kranken ausgegangen sei. Indessen läßt sich in der ganzen Sache jetzt nichts mehr feststellen, da die Kameraden jetzt jede Auskunft verweigern. Wichtig ist nur jener Widerspruch und dann, daß der Vater auf seine Frage nach der Todesursache die Antwort erhielt, daß eine Abschrift aus den Diensten nicht haltbar sei, und hätte ich hier im Reichstage den Fall nicht zur Sprache gebracht, so wäre der Vater noch heute im Unklaren darüber, woran sein Sohn gestorben ist. Das zeugt doch von unhaltbaren Zuständen; es muß eine generelle Anordnung getroffen werden, daß den Eltern unter allen Umständen über den Tod des Sohnes genaue Auskunft erteilt wird. Dadurch, daß die Eltern ihre Kinder dem Militär übergeben, verlieren sie doch noch nicht jedes Anrecht auf sie.

Nun zum Fall Bechtold. Es handelt sich auch in ihm um einen geisteschwachen Menschen. Er hatte die englische Krankheit durchgemacht, war ohrenleidend, geisteskrank und wurde doch eingezogen. Bei der Obduktion soll sich herausgestellt haben, daß er Wasser im Hirn gehabt hat. Er wäre zweifellos heute noch am Leben, wenn er wie es sich gehörte, nicht zum Militär eingezogen worden wäre. Dem Vater wurde mitgeteilt, sein Sohn sei tot, aus dem Kasernenhofe aufgefunden worden; vermutlich habe ihn ein Schlaganfall getroffen. Erst im „Bad. Anzeiger“ liest der Vater zu seinem größten Schrecken, daß sein Sohn sich aufgehängt habe. Die gerichtliche Obduktion hat dann die Richtigkeit dieser Angabe bestätigt. Die Kameraden des Verstorbenen haben dem Vater dann erzählt, daß sein verstorbener Sohn mißhandelt worden sei; er habe sich aus Verzweiflung aufgehängt. Das Gouv. ernamtsgericht in Meh. theilt jetzt in einer öffentlichen Erklärung mit, daß die Angaben, der Verstorbene sei mißhandelt worden, bisher nicht erwiesen seien. Das ist gewiß sehr eigenartig. Jedenfalls muß bei der Aufhebung größere Vorsicht angewandt werden. Schwachsinnige müssen ausgeschlossen werden. Unser militärärztliches Personal steht offenbar nicht auf der Höhe, die verlangt werden kann.

Noch ein Fall, der sich in Heidelberg zgetragen hat. Hier ist

ein Soldat namens Schulfat gezwungen worden, im schmutzigen Kasernenhofe Übungen vorzunehmen, so daß er über und über mit Koth bedeckt war. Am nächsten Tage wurde der Vorgang wiederholt, mit der Verschärfung, daß er noch im Tornister sitzen mußte. Nachdem er 20 Minuten das haben thun müssen, habe er in Verzweiflung sein Seitengewehr gezogen und sich in dasselbe stürzen wollen; hieran sei er durch den Unteroffizier verhindert worden, der ihn in das Lazareth abführte. Ich hoffe, daß der Herr Kriegsminister alles anboten wird, um eine Verhütung dieses Falles zu verhindern.

Was die Saarbrücker Typhusepidemie anlangt, so freue ich mich darüber, daß der Herr Kriegsminister sie zur Sprache gebracht hat. Sonst hätte ich es gethan. Der Herr Kriegsminister stellt die Sache so dar, als ob an sich dort die Lebensverhältnisse der Mannschaften sanitär vortrefflich gewesen seien. Nach der Meinung der Aerzte ist es aber unmöglich, daß eine Epidemie von solch explosiver Gewalt entsteht, ohne daß ein Boden für sie vorhanden. Thatsächlich ist auch manches Bedenkliche bekannt geworden. Es sollen da z. B. nicht genügend Kohlen vorhanden gewesen sein, so daß die Kleider nicht völlig getrocknet werden konnten. Die Soldaten haben nach starkem Regen oft noch am nächsten Tage in nassen Kleidern egerziert müssen. Dadurch soll eine größere Disposition für die Krankheit geschaffen werden. Ist dem Kriegsminister bekannt geworden, daß die Ursache der Krankheit vom Generalstabarzt Coler darin gefunden worden sein soll, daß ein Soldat zum Kartoffelschälen kommandirt wurde, der vorher beim Kloakenreinigen beschäftigt war und sich die Hände nicht genügend gereinigt habe. (Rufe rechts: Schluß! Schluß!) Es ist traurig, daß eine Sache, der so viel Menschenleben zum Opfer gefallen sind, in Ihnen nur die Empfindung der Ungebilligkeit weckt! Der Soldat, der beim Kloakenreinigen verwannt war — (Abg. v. Kardorff: Zur Sache!) Herr v. Kardorff, hätten Sie lieber dafür gesorgt, daß die Budgetkommission den Etat rascher fertig gestellt hätte, dann hätten wir jetzt drei Tage mehr zur Verfügung! (Sehr richtig! links) — also dieser Soldat hätte nicht sofort zu Arbeiten in der Küche verwandt werden sollen. Ich bitte um Aufklärung. Nun noch ein paar Worte über eine andere Angelegenheit. Der Herr Kriegsminister hat als oberste Vertretung der Armee mit recht die Auffassung, daß er jede Beleidigung der Armee ahnden müsse. Ich frage ihn, ob es ihm bekannt ist, daß in der ostpreussischen Landwirtschaftskammer ein sehr hoher Herr, Graf Dohna-Wandsleben, sich in sehr beleidigender Weise über die Armee geäußert hat. Er wünschte, daß nicht mehr von der Armeeverwaltung „sozialdemokratisches Gefindel“ nach Ostpreußen verschickt werden solle. Es giebt also nach seiner Meinung in der Armee Leute, die als „Gefindel“ zu bezeichnen sind! Ich spreche nicht von der Ungehörlichkeit, die darin liegt, daß man Leute wegen ihrer Gesinnung so beschimpft. Ich spreche nur von der Beleidigung der Armee, die in dieser Aeußerung liegt. Ich nehme also selbstverständlich an, daß in der Armee überhaupt kein Gefindel steht, weder sozialdemokratisches, noch konservatives! Ich hoffe, der Kriegsminister wird untersuchen, ob der Bericht über die Worte des Grafen richtig ist und wenn ja für Remedur sorgen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Kriegsminister v. Goltz:** Wenn im ersten Falle dem Vater keine Mitteilung geworden ist, so bedauere ich das. Er hätte sich beim Generalkommando beschweren sollen, so wäre sofort Abhilfe eingetreten. Im Falle Bechtold ist mir ganz unbekannt, daß der Bechtold Schwachsinn festgestellt worden ist. Die Untersuchung ist bei uns so sorgfältig, wie in keiner anderen Armee. Schwachsinnige Leute sollen nicht eingestellt werden. Es werden im Jahre nur 34 Leute pro Armeekorps entlassen, deren Ausbildung wegen Schwachsinn unmöglich ist. Das ist ein sehr geringer Prozentsatz. Der Heidelberger Fall ist mir unbekannt; ich werde ihn aber untersuchen lassen. Die Typhuskrankheit ist über sämtliche Kompagnien gleichmäßig vertheilt gewesen. Der Verdacht, daß ein Mann mit schmutzigen Händen die Kartoffeln geschält hat, ist auf eine Verwechslung zurückzuführen. Im Jahre 1894 ist ein solcher Fall vorgekommen. Die Angaben über den Grafen Dohna habe ich bisher nur im „Vorwärts“ gelesen. Ich meine, Graf Dohna hätte nun Veranlassung, gegen den „Vorwärts“ wegen Beleidigung zu klagen.

**Präsident v. Buol:** Ohne Abendstimmung würden wir heute nicht fertig werden können. Ich schlage Ihnen deshalb vor, heute nur noch den Militär- und Marine-Etat zu erledigen und morgen um 12 Uhr noch eine Sitzung zu halten. Das hat den Vortheil, daß wir morgen noch vor der Plenarsitzung die Kommission für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes wählen können.

**Die Abgg. Eng (Z.), Wierlitz (natl.) und Werner (Antif.)** befruchteten Besserstellung der Militär-Kapellmeister.

**Abg. v. Kardorff (Mp.):** Ich weise den Vorwurf zurück, daß der Etat von der Budgetkommission zu spät an das Haus gelangt ist. Aber eine solche dritte Lesung ist mir noch nicht vorgekommen.

**Abg. Annerl (Soz.):** Wir werden uns durch Herrn v. Kardorff nicht abhalten lassen, die Beschwerden, welche wir für begründet halten, hier vorzubringen. Die Erklärung des Grafen Bismarck, die Militärverwaltung wolle nicht in das bürgerliche Erwerbsleben eingreifen, diese Erklärung ist nicht neu. (Lachen rechts.) Wir halten die Militärverwaltung aber für verpflichtet, dafür zu sorgen, daß bei den Militärlieferungen die Preise nicht gedrückt werden und die Arbeiter Hungerlöhne erhalten. Die Kugriffe auf den Fabrikanten Moriz Siebert sind durchaus gerechtigt. Dieser Herr ist ein Gemüthsenschwacher, er treibt Lehnbrüdererei. (Abg. Merbach: Das ist eine Lüge. Herr Bebel hat die Beweise dafür in Händen.) Das ist durchaus keine Lüge. Ich überlasse es dem Herrn Präsidenten, einen so ungebührlichen Ausdruck zurückzuweisen.

**Präsident v. Buol:** Es steht Ihnen nicht das Recht zu, die Mitglieder des Reichstages zu rügen.

Redner verliest Tabellen, aus denen hervorgeht, daß bei Stechert Löhne gezahlt werden, die kaum die Hälfte so hoch sind, wie die sonst üblichen; er wird dabei durch Bärm auf der Rechten beständig unterbrochen. Das Kriegsministerium sollte die Organisationsbestrebungen der Arbeiter nicht hindern, dann werden sie nicht mit Petitionen kommen, sondern sich selber helfen.

In der Artillerieverwaltung zu Danzig sollte ein Arbeitsausweis gewählt werden. Die Wahl kam nicht zu Stande, weil von der Verwaltung eine Liste von 50 Arbeitern aufgestellt wurde, die fünf Jahre bereits in der Fabrik gearbeitet hatten. Diese Bedingung war unerfüllbar. — Der Schatz der Gesundheit der Arbeiter in den Pulverfabriken in Spandau steht zum guten Theile auf dem Papier. Wenn sich immer noch Arbeiter für die schwere Arbeit in den Säurefabriken finden, so liegt das an der Reserve-Armee; die Hungerpreise treiben die Arbeiter hinein. Auch besteht die Bestimmung, daß die Arbeiter der anderen Abtheilungen die Arbeit in der Säurefabrik bei Strafe der Entlassung nicht ablehnen dürfen, wenn der Arzt erklärt, daß ihr Gesundheitszustand es gestatte. Zu den Mißständen in Spandau gehört auch das Kassenwesen. Die Kassen sind alle aus Strafgebern zu Stande gekommen. Auch in der Juvalidenkasse ist nicht alles so in Ordnung, wie es wünschenswerth wäre. Entlassene Arbeiter haben ihre Beiträge nicht zurückgehalten. Maßregelungen wegen politischer Anschauungen werden ja zugegeben, aber die Fälle, die wir im Auge haben, sind solche, wo die Leute wegen rein gewerkschaftlicher Betätigung gemahnt worden sind. Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft, aber nicht seine Gesinnung. In Spandau werden bei überlanger Arbeitszeit schlechte Löhne gezahlt.

Redner geht schließlich auf die ungeschickliche Sonntagsarbeit in sächsischen Gefängnissen näher ein und weist dem sächsischen Bevollmächtigten nach, daß er über diese Vorgänge unrichtig berichtet worden ist. (Rufe: Schluß!) Es dauert so lange wie es dauert. Es hat sogar Nachtarbeit in den Gefängnissen gegeben. Dem Grafen Bismarck sind Unwahrheiten größtenteils Natur unterlaufen. (Rufe: Zur Ordnung.)

**Präsident v. Buol:** Ich nehme an, daß der Herr Redner den Ausdruck nur in objektiver Sinne gebraucht hat.

In den Festungen Graudenz und Weichselmünde sieht nicht alles zum besten, Herr General Biebam hat alles richtig geschildert. Herr Dr. Förster, der dort eine Strafe verbüßt hat, urtheilt ganz

anders. Er spricht von konzentriertem Sumpfgestank und behauptet, dort das Malariafieber bekommen zu haben. Die Wasserfällung soll, wie ich höre, außerordentlich schlecht sein. In seinen weiteren Ausführungen wird der Redner durch beständige Schlußrufe unterbrochen, so daß seine Ausführungen auf der Tribüne unverständlich bleiben.

Die Sonntagsruhe wird den Soldaten beständig gestört, auch in Berlin; hier in der Kaserne in der Juvalidenstraße hat man Gelegenheit zu sehen, wie Sonntags Appelle über Appelle abgehalten werden. Meine Angaben, die ich in der zweiten Berathung machte, sind von keiner Seite widerlegt worden.

**Kriegsminister v. Goltz:** Die Ausführungen des Herrn Vorredners sind zum Theil so ungenügend begründet, seine Anschauungen sind so mangelhaft, daß ich auf eine Widerlegung verzichte. (Bravo! rechts.)

**Sächsischer Bundesbevollmächtigter Bismarck v. Eckardt:** Ich halte den Angriffen des Abg. Annerl gegenüber meine Ausführungen in der zweiten Berathung aufrecht.

**Abg. Merbach (Mp.):** Mein Zwischenruf enthielt das Wort Lüge. Ich wollte damit natürlich nicht den Abg. Annerl bezichtigen, daß er lüge, sondern sagen, daß die Mittheilungen, die ihm geworden sind, lügenhaft sind. Ich habe das Material, das die Beweise hierfür enthält, dem Abg. Bebel übergeben.

**Abg. Weber: Heidelberg (natl.):** Der Abg. Bebel hätte mir vorher Mitteilung machen können, daß er den Fall aus Heidelberg vorzutragen will. Dann hätte ich authentische Erkundigungen aus meinem Wahlkreise einziehen können. In der nordbadischen Presse, die ich genau verfolge, habe ich nichts von der Sache gelesen. Ich kenne den Hauptmann, den die Verantwortung für die Mißhandlung treffen soll, persönlich; ich traue ihm eine solche Handlungsweise nicht zu. Die Angaben scheinen mir zum mindesten übertrieben zu sein.

**Abg. Jubel (Soz.)** bringt Beschwerden kleiner Anlieger des Artillerie-Schießplatzes in Rummersdorf zur Sprache, die eine Wiese, weil sie durch die Schießübungen gefährdet ist, nicht benutzen können, aber gleichwohl keine Entschädigung erhalten. Auch ein Ansuchen, ihnen die Wiese abzukaufen, ist abgelehnt worden.

**Generalmajor v. d. Voerck:** Die Benutzung der Wiese ist durch Verträge geregelt, die Anlieger des Schießplatzes werden entschädigt.

**Abg. Bebel (Soz.):** Herr Weber sagt, er lese die badische Presse mehr wie ich. Ich lese sie gar nicht, sie ist mir aber zugefickt worden. Hier habe ich eine Nummer des „Neuen Heidelberger Tageblatt“, in der der Mißhandlungsfall schon zum dritten Male und zwar in einer Polemik gegen den „Mannheimer General-Anzeiger“ erwähnt wird. Herr Weber scheint sich sehr wenig um seine badischen Zeitungen zu kümmern. (Heiterkeit.) Ich weiß ja nicht, ob alles wahr ist, was in den Zeitungen steht; aber das steht fest, wenn etwas nicht wahr ist, was die Zeitung so bestimmt versichert, daß es dann dem „Tageblatt“ sehr schlecht gehen wird. Wir werden ja vom Kriegsminister näheres hören.

Was den Fall des Grafen Dohna anlangt, so bin ich der Meinung, daß es eigentlich Sache des Kriegsministers wäre, gegen den Grafen Dohna im Interesse der Armee einzuschreiten. Ob Graf Dohna gegen den „Vorwärts“ vorgehen will, bezweifle ich. Die Mittheilung des „Vorwärts“ beruht auf Wahrheit. Die Versicherung, die ich Ihnen, im nächsten Jahre werden wir diese Sache von neuem erörtern. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Abg. Weber läßt sich vom Abg. Bebel die Zeitung reichen. Große Heiterkeit.)

**Abg. Annerl (Soz.):** Ich habe den Neben des Kriegsministers nie eine andere Bedeutung zugemessen, als er den meinen. (Oh: rechts.) Herr Merbach hat so unter aller Kritik gesprochen, daß ich ihm nicht zu erwidern brauche.

**Präsident v. Buol:** Der Redner sagt, daß ein Mitglied unter aller Kritik sei, ich rufe ihn dafür zur Ordnung.

**Abg. Annerl:** Meine Angaben über die Zustände in der Dresdener Festung halte ich vollkommen aufrecht. Graf Bismarck von Eckardt hat auch die Reiterade schon angetreten. (Unruhe rechts.) Es ist dort an zahlreichen Sonntagen gearbeitet worden. Redner schildert die Zustände in der Dresdener Festung, um den Nachweis zu führen, daß der Kommandeur der Festung sich die schwersten Verbrechen hat zu schulden kommen lassen. Der Mann ist aber noch wie vor im Dienst. Graf Bismarck von Eckardt hat eine unrichtige Darstellung der Sachlage gegeben.

**Graf Bismarck von Eckardt:** Unter den vorliegenden Umständen verzichte ich auf jede Erwiderung. (Bravo! rechts.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt

**Abg. Friedberg (natl.):** daß das Lachen seiner Freunde bei der Darstellung des Saarbrücker Falles nicht einer Gefühlsregung entsprungen sei, sondern der Thatsache, daß Abg. Bebel in epischer Breite einen elchastischen Vorgang so geschildert habe, daß einigen Herren in seiner Nähe übel geworden sei.

**Abg. Bebel (Soz.):** Ich verwahre mich entschieden dagegen, daß ich den Fall in Saarbrücken in epischer Breite dargestellt habe, ich habe mich beschränkt auf das, was ich unbedingt für nöthig hielt. Umso weniger war das Lachen des Herrn Friedberg und seiner Freunde am Platze. Wenn ich darin eine gewisse Gefühlsregung erblickt habe, braucht sich Herr Friedberg nicht zu wundern.

**Abg. Dr. Friedberg (natl.):** Herr Bebel hat meine letzte Bemerkung wieder verdreht. (Oh! links.) Wir haben nicht über die vom Abg. Bebel angeführte Thatsache gelaßt, sondern darüber, daß sich bei einigen unserer Nachbarn bei dieser Erzählung ein Zeichen einer gewissen Schwäche bemerkbar machte. Herrn Bebel's Mittheilungen waren ja übrigens so unwahr, wie alle seine Mittheilungen.

**Abg. Bebel (Soz.):** Es ist eine Unverschämtheit, hier gegen mich so zu polemisieren. Ich habe gar keine Unwahrheit gesagt. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Frechheit.)

**Abg. Dr. Friedberg:** Ich bitte den Präsidenten, mich gegen die ungläublichen Beschimpfungen der Sozialdemokraten zu schützen. Mir ist Unverschämtheit und Frechheit vorgeworfen worden.

**Präsident v. Buol:** Bei dem Vorn war nicht alles zu verstehen. Sollte Herr Friedberg Recht haben, rufe ich den Abg. Bebel zur Ordnung.

Beim Kapitel Naturalverpflegung erklärt

**Abg. Jökant (Antif.):** Die Erklärung des Abg. Haase über die Königsberger Viehhändler und ihre Einwirkung auf die hohen Fleischpreise in Königsberg ist unrichtig und von der jüdisch-liberalen und jüdisch-sozialdemokratischen Presse gegen mich ausgebeutet worden. Ich habe nicht von fünf Monopolfirmen, sondern von fünf und sechs und von fünf und acht Firmen gesprochen. Ich habe die Namen dieser Firmen hier; es sind jüdische Namen. Die Behauptung, daß der Abg. Haase in gesellschaftlichen Beziehungen zu den Juden habere der Firmen stehe, nehme ich zurück. Ich glaube aber, daß die Juden immer eng zusammenhängen, daß es auch hier der Fall sei.

**Abg. Bebel (Soz.):** Ich konstatiere, daß Abg. Haase nicht unwesentlich ist und daher Herrn Jökant nicht sofort erwidern kann. Von uns kennt niemand die Königsberger Verhältnisse so genau, um ihn zu ersehen.

**Abg. Ahlwardt (Antif.):** Ich denke nicht daran, die Armeeverwaltung und das Heer anzugreifen, habe es auch nicht gewollt, als ich meine Judenlisten-Broschüre schrieb. Ich habe die Krüge von 1866 und 1870 freiwillig mitgemacht (Heiterkeit), habe mich auch gemeldet, als die Boulanger-Gefahr einen Krieg mit Frankreich zu bringen drohte. (Große Heiterkeit.) Ich will die Militärverwaltung nicht angreifen, sondern schützen. (Heiterkeit.) Sie wird immer geschädigt, wenn sie sich mit jüdischen Großlieferanten einläßt. Da war ein Lieferant Trombeim, der den Staat um Millionen betrog; er erhängte sich im Gefängnis; sein Sohn, der sich Zhalbeim nennt, ist jetzt Kommerzienrath (Heiterkeit); seine Töchter überreichen als Ehrenjungfrauen dem Kaiser Wilhelm I. einen Kranz. (Heiterkeit.) Die Strafe im Judenlistenprozeß habe ich auf mich genommen, weil ich die Namen bestimmter hoher Offiziere nicht nennen wollte. Herr von Langen hier kennt diese Namen auch, er kennt auch das Material. In dem Prozeß ist mir der Nachweis vollkommen gelungen, daß die Listen fehlerhaft waren. Ich konnte



nicht nachweisen, daß die Inhaber der Firma von den Fehlern Kenntnis hatten. In einem Hotel unter den Linden sahen die Firmeninhaber mit einem Offizier und einem englischen Lieferanten und führten ein Gespräch, das ein Graf Hohenthal hörte und beim Kriegsminister anzeigte.

Präsident v. Buol: Einzelheiten aus dem Prozeß gehören aber nicht hierher.

Abg. Alwardt (Fortsetzung): Dort wurde von den Herren verabschiedet, minderwertiges Metall aus England zu beziehen. Graf Hohenthal hat dies gebietet und Anzeiger beim Kriegsministerium gemacht. Es sind also schlimme Dinge bei den Gewehren vorgekommen, wenn sie trotzdem brauchbar sind, ändert das nichts an der ersten Thatsache. Offentlich wird die Armeeverwaltung in Zukunft bei jüdischen Lieferanten vorsichtiger sein. Nun zu dem Verfall in Hörde. Ich habe neulich eine Volksversammlung abgehalten. (Auf links: Gegen 20 Pfennig Entree. Weiterleit.) Ja für 20 Pfennig Entree. Wenn Sie mit Ihrer Zudienlichkeit mir jeden Erwerb unmöglich machen, bin ich darauf angewiesen. (Präsident v. Buol ersucht den Redner, in passenden Ausdrücken zu reden.) Ja, es ist doch tolllos, mir das geringe Entree, für das ich spreche, zum Vorwurf zu machen. (Große Heiterkeit.) In einer Volksversammlung sind die Leute anständiger, wie die Herren hier auf der linken Seite. (Heiterkeit.) Präsident v. Buol ruft den Redner auf, sich zu ordnen. Ich sah in einem Wirthshaus und es kamen Arbeiter zu mir, die mir erzählten, daß Gewehrtheile in Hörde zum Einschmelzen gelangt sind. Ich fragte die Arbeiter aus und sie erzählten mir Einzelheiten und erboten sich als Zeugen. Ich habe in den Versammlungen nicht behauptet, daß Löw'sche Gewehre mit darunter waren, obwohl thatsächlich einzelne Löw'sche Gewehre darunter waren. Ich habe nur in gutem Glauben gebandelt und stets nach bestem Wissen die Wahrheit gesagt, abgesehen von meiner frühesten Jugendzeit, wo ich vielleicht ein paar Mal gelogen habe. (Große anhaltende Heiterkeit.) Die Bemerkungen, die Herr Richter hieran knüpft, muß ich entschieden zurückweisen. Danken wir Gott, wenn wir die Judenklinten los sind. Die Armeeverwaltung hätte am besten, wenn sie mit den jüdischen Lieferanten bräche. (Lachen.)

General v. d. Röhk: Die Armeeverwaltung hat nichts zu verbergen, wie Abg. Alwardt sagte. Er hat behauptet, daß eine große Anzahl Gewehre moderner Konstruktion mit dem Stempel Löwe unbrauchbar geworden und eingeschmolzen seien. Im vorigen Herbst hat nur ein Austausch sämtlicher Gewehre, nicht bloß der Löw'schen, stattgefunden; sie werden ausgebessert und kommen zu den Vorgesetzten. Herr Alwardt hat mir gegenüber persönlich behauptet, er hätte Theile solcher Löw'schen Flinten im Besitz. Ich habe ihn gebeten, diese Theile dem Kriegsministerium vorzulegen. Herr Alwardt hat das nicht gethan. (Hört! hört!) Wir haben uns nun die Gewehrtheile aus Hörde verschafft. Es sind Schloßchen von alten Zündnadelgewehren, Kammern und Visire vom Modell 81, Hülsen von französischen Chassepotengewehren. Darunter befindet sich noch ein Gewehrtheil, der noch in der Armeo benutzt wird. Ich muß also die Behauptung entschieden zurückweisen, daß Gewehre neuester Konstruktion zerlegt worden sind. Die Gewehre von 1888 — die sogenannten Judenflinten — sind überhaupt noch nicht zerlegt worden. Unter den Theilen, die in Hörde eingeschmolzen worden sind, befindet sich nicht ein Theil der von der Firma Löwe gelieferten Waffe. (Weißt.)

Abg. Alwardt: Ich hatte dem Generalmajor v. d. Röhk allerdings zugefagt, Löw'sche Gewehrtheile hierher zu schaffen, aber meine Zeugen weigern sich, die Theile auszuliefern. (Heiterkeit.) Ich werde jetzt die Behauptung, daß einzelne Löw'sche Gewehre in Hörde eingeschmolzen worden sind, außerhalb des Hauses wiederholen, und sehe einer Anklage entgegen. Dann werde ich meine Zeugen zwingen, vor Gericht auszusagen.

Abg. Richter (fr. Sp.) konstatirt unter Heiterkeit des Hauses, was Alwardt in den Versammlungen alles für Unwahrheiten über die Löw'schen Gewehre erzählt hat. Die Löw'schen Gewehre seien aus der Armeo zurückgezogen worden, ganze Wagenladungen seien in Hörde eingeschmolzen worden u. s. w. Es sei hier dieselbe Geschichte wie bei seinen ungeheuerlichen Anschuldigungen gegen den Invalidenfond. Es treffe wieder zu, was der Referent der damaligen Kommission Herr Porch über ihn gesagt habe: Wenn Alwardt noch einen Funken von Ehrgefühl habe, müsse er die Anschuldigungen zurücknehmen. Die Firma Löwe habe sich um die Wehrkraft Deutschlands verdient gemacht.

Abg. Alwardt: Die Löw'schen Gewehre sind längst in Hörde eingeschmolzen. (Große Heiterkeit.) Die hier liegenden Theile stammen von den letzten Wagenladungen. Daß bei den Judenflinten viele Schloßchen geprüngt sind, steht in amtlichen Aktenbüchern. Herr Richter fürchtet mich als seinen Gegner bei der Wahl in Hagen, deshalb sucht er mir etwas anzuhängen. Der Kampf wird in Ermangelung von Gründen nicht so sehr gegen die von mir vertretene Sache, sondern gegen meine Person geführt. Dieser Kampf ist unedelm, das Jüdenbild steht dahinter. Ich meine nicht Herrn Richter, der bekämpft mich offener und anständiger, wie mancher andere. (Große Heiterkeit.)

Der Rest des Militäretats wie der Marine-Etat werden hieran debattirt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr (3. Lesung des Etats). Schluß 7¼ Uhr.

## Parlamentarisches.

**Wolke-Denkmal.** Im Reichstags-Gebäude trat heute unter dem Vorsitz des Präsidenten eine Reihe von Abgeordneten aus allen politischen Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, zusammen, um über die Errichtung eines Wolke-Denkmal's in Berlin zu berathen. Das Ergebnis war, daß man die Anregung allseitig begrüßte und es für erwünscht hielt, bis zum 26. Oktober 1900, dem 100jährigen Geburtstag Wolke's, wenigstens den Grundstein zum Denkmal legen zu können. Nach Ostern sollen die Vorbereitungen und Sammlungen in die Hand genommen werden.

## Wahlbewegung.

In ihren Wahlbetrachtungen theilt die „Deutsche Tageszeitung“ mit, daß in ungefähr 150 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt sind, die entweder die Forderungen des Bundes der Landwirthe ohne weiteres anerkannt oder doch so befriedigende Erklärungen abgegeben haben, daß sie als vom Bund der Landwirthe unterstützte Kandidaten gelten können. Dabei kommt aber in betracht, daß in circa zwanzig Kreisen zwei Freunde des Bundes der Landwirthe zugleich um das Mandat werben und so erwartet denn das Bündlerorgan, daß einer von den Bewerbern zurücktreten werde. Schwierig dürfte sich aber überall, trotz der famosen Sommerspolitik, der schließlich gegebene Wunsch erfüllen. In weiteren 50 Kreisen sind nach Meinung des Bündlerorgans Kandidaten aufgestellt, die ein gewisses Verständnis für die Fragen der nationalen Wirtschaftspolitik haben, so daß die Mitglieder des Bundes sich gegen diese nicht zu wenden brauchen. Verständnis für nationale Wirtschaftspolitik heißt natürlich Fortsetzung der Liebesgaben-Politik und Einleiten in das Fahrwasser einer strengen Schutzoll-Politik. Für diese nationale Wirthschaftspolitik werden wohl die nationalliberalen Kandidaturen besonders in betracht kommen. Wie ja überhaupt die nationalliberalen Kandidaturen ohne Zustimmung der Bundesgewaltigen gar nicht erwandt werden. In den übrigen Kreisen, wo die Wahlvorbereitungen noch nicht beendet sind, glauben die Herren Bündler auch noch ihren Einfluß in die Waagschale werfen zu können, so daß sie triumphtroh ausruhen, daß in mindestens 250 Kreisen der Bund unterstützt und auch ausschlaggebend Stellung nehmen wird. Man sieht, die Herren nehmen den Mund ziemlich voll, denn so blüht ihr Weizen nicht, daß sie die Ernte einbringen könnten, die sie sich in ihrer Phantasie ausmalen. Die Gefahr, die in wirtschaftlicher und politischer Beziehung von jener Seite der Bevölkerung droht, ist gerade in letzter Zeit so offen zu Tage getreten, daß die Wahlaussichten recht kläglich für die

Bündler ausfallen. Sie werden ihre Freunde, die Nationalliberalen, nur mit ins Verderben reißen.

Für den Wahlkreis Potsdam-Osthavelland hat, wie wir bereits meldeten, am Sonntag eine liberale Vertrauensmänner-Versammlung den Oberlehrer am Friedrich-Werder'schen Gymnasium in Berlin, Dr. Benede, als Reichstags-Kandidaten aufgestellt. Hierüber sind die „gemäßigten Freisinnigen“ manchen Ricker'scher Observanz in helle Entrüstung gerathen, da Dr. Benede sich zur freisinnigen Volkspartei bekennt. Der „Ausf. d. Havelland“ erklärt denn auch rundweg, „er sei nicht in der Lage, diese von vornherein ausschließliche Kandidatur auch nur mit einer Zeile zu unterstützen.“ Das Blatt setzt noch bezeichnenderweise hinzu, die Herren in Berlin möchten ihren Kandidaten allein durchzubringen suchen, der unsrige ist Dr. Benede nicht. — Ein Herr Bürger-Breslau entwickelt jetzt in unserm Wahlkreise für den Bauernverein „Nordost“ eine rege Agitation; in einer Versammlung in Staaten ergriß auch unser Parteigenosse L. das Wort und führte den Referenten gründlich ab; hierüber geriethen einige anwesende Bauern in solche Wuth, daß der überwachende Gendarm wegen des entstandenen Lärms die Versammlung auflöste.

Der Mischmash-Kandidat Pauli präsentirte sich am Montag den Wählern in Varnum und hielt dort seine bekannte einstudirte „Rede“. Unserem Kandidaten, Genossen Schröder, war es ein Leichtes, den Herrn so glänzend heimzusuchen und in zahlreichen Punkten festzuweisen, daß die zahlreich versammelten langanhaltenden Weisfall bekludeten. Herr Pauli war hierdurch völlig aus dem Konzept gekommen und fand schließlich nur die nöthige Sammlung zu einer drei Minuten langen „Entgegnung“. Das Gericht verurtheilt sich, daß die Konservativen die Kandidatur Pauli, der sich bekanntlich als Antisemit entpuppt hat, fallen lassen und einen anderen Kandidaten aufstellen wollen.

Im 9. hannov. Wahlkreis hat der Bund der Landwirthe beschlossen, den Landtags-Abgeordneten GutsMuths-Mirnecke in Dornum als Reichstags-Kandidaten aufzustellen und die national-liberale Partei des Wahlkreises aufzufordern, den von ihr nominirten Kandidaten, Reichstags- und Landtags-Abgeordneten Gische folgen zu lassen — Gische ist selbst Mitglied des Bundes der Landwirthe.

In Sagan-Sprattau wird die freisinnige Volkspartei wiederum Dr. Müller die Kandidatur übertragen, während die Konservativen unterstützt vom Bund der Landwirthe den Landrath v. Klitzing aufgestellt haben.

In Rottenburg (Niederlausitz) kandidirt von der freisinnigen Volkspartei Dr. med. Holtze.

Die Parteigenossen in Meissen-Sölln haben die Absicht, für die Wahltagation vom Beginn des nächsten Monats an im 7. sächsischen Reichstags-Wahlkreis regelmäßig ein Flugblatt herauszugeben, in dem besonders die Verhältnisse im Kreise behandelt werden sollen.

Die Vertrauensmänner der nationalliberalen und konservativen Partei des Reichstags-Wahlkreises Orlowitzer-St. Wendel beschlossen, Herrn v. Stumm wieder um die Annahme der Kandidatur zu ersuchen.

In Solingen kandidirt vom Zentrum Dr. Mühe. Der konservativen Wahlverein hat gestern einstimmig beschlossen, den Redakteur der „Pomm. Reichspost“, Herrn Gustav Mallewih, als Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Stettin aufzustellen.

Die feindlichen Brüder. Aus Sangerhausen wird vom Sonntag berichtet: Heute Nachmittag fand eine Vertrauensmänner-Versammlung der freisinnigen Volkspartei statt, welche Herrn v. Reibnitz zum Kandidaten für die Reichstagswahlen aufstellte. In der gut besuchten Abendversammlung waudte sich Pastor a. D. Köhse gegen die Kandidatur des Kandidaten von der Volkspartei, die nichts erreicht habe, „da sie sich in nationalen Fragen stets ablehnend verhalten habe“. Er habe Fühlung mit den Führern der freisinnigen Vereinigung. Herr Wiemer und Herr v. Reibnitz waren aber wenig erfreut über dieses Verkenntnis und hielten auf die weibliche Linie ihrer Partei derb ein. In den nächsten Tagen wird Herr Richter in Sangerhausen eintreffen und wahrscheinlich den Spieß umdrehen.

Die vereinigten Konservativen, Bündler und Antisemiten im Wahlkreise haben auf grund des Programms des Bundes der Landwirthe Fabrikarbeiter Meyerbusch in Elberfeld als Reichstags-Kandidaten für Gotha aufgestellt.

Im oberpfälzischen Wahlkreise Neustadt-Weiden wurde Genosse Stücken-Hof als Kandidat nominirt.

## Kommunales.

In seiner gestrigen Sitzung hat das Magistratskollegium unter Hinzuziehung des Stadtelektors Dr. Radmann und des Magistratsassessors Alberti nach mehrstündiger Generaldebatte den in seinen Grundzügen bereits mitgetheilten neuen Vertrag der Stadtgemeinde mit den Elektrizitätswerken (bis 1915) genehmigt; der Magistrat wird eine diesbezügliche Vorlage der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung unterbreiten. Wegen der vorgerückten Zeit sind die zur Berathung auf der Tagesordnung noch stehenden wichtigen Gegenstände, wie die Projekte der Unterpflasterbahnen, die Verträge wegen der elektrischen Straßenbahnen von der Tagesordnung abgeseht worden und für die nächste Sitzung des Magistratskollegiums vorbehalten worden.

## Lokales.

Eine Lokalliste, die speziell für Versammlungsbewerber und Vereinsvorsitze bestimmt ist, wird am Freitag, den 1. April, von der Lokalkommission herausgegeben. Diese besondere Liste unterscheidet sich von den früheren Veröffentlichungen dadurch, daß auf ihr von jedem uns zur Verfügung stehenden Versammlungslokal die Personenzahl angegeben ist, welche das Lokal faßt. Den Versammlungsbewerbern steht mithin eine übersichtliche Tabelle zur Verfügung, welche ihnen bei der Suche nach geeigneten Lokalen unnütze Wege erspart. Die Liste wird an die in betracht kommenden Parteigenossen versandt werden und kann auch von solchen Interessenten, welche etwa übersehen sein sollten, bei Oskar Wable, Ritterstr. 3, vorn 3 Tr., unentgeltlich in Empfang genommen werden.

**Freie Volksschule.** Die „Weber“-Aufführung für die 1. Abtheilung findet am 3. April, nachmittags 2½ Uhr, im Friedrich-Wilhelm'schen Theater unter Regie des Direktors Max Samst statt. Als Gäste wirken mit u. a.: Der alte Baumert: Paul Pauly; seine Töchter: Elise und Martha Pauly; der alte Anjore: Leonhardt Ditomper; der alte Hülse: Max Bennemann vom Münchener Hoftheater u. s. w.; Nielsen: Gertrud Müller vom Berliner Theater. Die Vorstellung für die 4. Abtheilung ist am Sonntag im Festung-Theater: „Abu Said“ und „Cyprienne“. (Siehe heutiges Inserat.)

Vom Zeitalter der Waarcupaläste wird man demnächst reden können. Wo in lebhaftem Verkehrsgegend eine Häuserreihe niedergefallen wird, kann man sicher sein, daß dort in den nächsten Monaten ein wunderliches, aber und über mit großen Spiegelfenstern bedecktes Gebäude entsteht. Entweder dient es einer Anzahl von Großkaufleuten als Miethshaus oder es wird nach dem Muster der Wertheim'schen Häuser mit tausenden Gegenständen für den Detailhandel ausgestattet. Ein solcher Palast ist gestern auf dem Stützgrundstück an der Ecke der Belle-Alliancestraße und des Tempelhofer Altes von der Firma A. Jandorf u. Co. eröffnet worden. Es enthält nicht weniger als 32 Waaren-Abtheilungen, in welchen alle möglichen Dinge und noch eifriger feilgeboten werden. Das neue Haus hat infolge seiner glänzigen Lage den Vorzug, daß es von allen Seiten hell durch Tageslicht beleuchtet wird; ob es durch Preiswürdigkeit seiner Waaren und angenehme Kaufgelegenheit in proletarischen Südwästen ebenso vernichtend auf den Kleinhandel wirken wird, wie die be-

kannten Institute im Westen und dem Centrum der Stadt, muß ja die Zukunft lehren. Daß die Waarcupaläste eine einfache Konsequenz der Kapitalakkumulation sind und namentlich im Leben der Weltstadt ein notwendiges Produkt der ökonomischen Entwicklung bilden, weiß heutzutage jeder volkswirtschaftliche ABC-Schütze; kein Gejammer vernichteter Existenzen und keine rückwärtlichen Geseßnahmen werden diese Entwicklung hemmen können. Man mag dem Verzweiflungskampf der Kleinbändler menschliches Mitleid spenden, aber aufhalten läßt sich ihre Auffassung durch das Großkapital nicht, und im Interesse der sozialen Entwicklung kann man nur wünschen, daß sich dieser Auffassungssprozeß möglichst beschleunige. Als Freiwillig rath vor 50 Jahren sein bekanntes Gedicht „Von unten auf“ schrieb, ließ er den Leser der so prächtig geschilderten Abwärtsfahrt, den Ruinenspitzen, antworten: „Hei, wie man immer doch für künftige Ruinen sorgt.“ Dieser Ausspruch hatte einen Sinn, als es galt, die Trümmer feudaler Verfassung hinwegzuräumen. Der Sozialismus ist in angenehmerer Lage, als dementst das seiner Schranken entledigte Bürgerthum. Ihm bleiben wenig Ruinen. In die kommende Gesellschaftsordnung reißt die heutige „Ordnung“ so deutlich hinein, daß man sie wachsen sehen kann. Ihre Todten, die vernichteten Kleinen und mittleren Existenzen, muß die bürgerliche Welt selber beseitigen.

**Berliner Brotpreise.** Nach den Ermittlungen des Berliner Statistischen Amtes war im Januar 1898 (bezw. 1897, 1898, 1899) der Durchschnittspreis pro 1 Kilogramm Roggenbrot rund 237/10 (217/10, 209/10, 20) Pfennig; pro 1 Kilogramm Weizenbrot 240/10 (263/10, 241/10, 241/10) Pfennig, d. h. man bekam für 50 Pfennig 2111 (2303, 2443, 2504) Gramm Roggenbrot, 1246 (1371, 1433, 1457) Gramm Weizenbrot.

**Unterbringung sittlich verwahter Kinder.** Fünfzehn Berliner Vereine haben der „Frauenkorrespondenz“ zufolge auf Anregung von Berliner Vorstandsmitgliedern des Bundes deutscher Frauenvereine dem Justizminister eine Petition eingereicht, welche auf grund des Strafgesetzbuches die Unterbringung sittlich verwahter Kinder in Besserungsanstalten verlangt und im wesentlichen das folgende enthält: Es war auf dem Polizeipräsidium von dem Herrn Grafen Bücker der Frau Schürich Gauer in Gegenwart von Hr. Dr. jur. A. Kugensprung und Hr. Dr. phil. A. Geber berichtet worden, daß eine Altersgrenze für die Unterstellung unter Sittenkontrolle nicht existire, und daß weibliche Personen zwischen 11½ und 60 Jahren ihr unterworfen seien. Der Herr Präsident hat nunmehr erklärt, daß weibliche Personen von 11½ Jahren der sittenpolizeilichen Kontrolle nicht unterstellt seien. Diefelbe werde erst über Mädchen von 14 Jahren verhängt. Der Herr Präsident hat aber selbst in einem Schreiben an Frau Lina Morgenstern vom 21. Februar 1898 ausgegeben, daß der Sittenpolizei Mädchen von 12 Jahren, sogar von 11 Jahren zugesührt würden, die gewerbsmäßige Unzucht trieben. Es ist weiter und authentisch berichtet worden, daß eine ganze Reihe von Kindern unter 14 Jahren der Polizei als der gewerbsmäßigen Unzucht ergeben, bekannt sind, oft verurteilt worden, auch nach dem Einbringen der Untersuchung unterworfen sind. Es scheint also nur insofern ein Unterschied zu sein, daß die Polizei diese Kinder unter 14 Jahren nicht in die Liste einträgt. — Nach dem Strafgesetz ist nun das Vornehmen unzüchtiger Handlungen mit Personen unter 14 Jahren mit Zuchthaus bedroht. Hiermit ist es nicht in Einklang zu bringen, daß mit Wissen der Polizei Kinder ein Gewerbe betreiben, das den anderen Theil, falls er zur Anzeige gebracht wird, ins Zuchthaus bringt. In dem oben gedachten Bescheide des Herrn Polizeipräsidenten vom 21. Februar wird derselbe darauf hin, daß geführte Vorschriften über die zwangsweise Unterbringung in Besserungsanstalten bestehen, doch scheinen dieselben für die sittlich gefährdeten Kinder nicht in Anwendung zu kommen. Auch für die Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren wäre es den Petenten zufolge geeigneter, sie in Besserungsanstalten unterzubringen, anstatt sie unter sittenpolizeiliche Kontrolle zu stellen. Die Vereine bitten deshalb, daß Polizei und Schule zur Anzeige bei den Vormundschaftsgerichten verpflichtet werden: 1. Wenn durch die Verhältnisse des Elternhauses Kinder in Gefahr stehen, auf die Bahn des Lasters zu gerathen; 2. wenn den Kindern gewerbliche Unzucht nachgewiesen werden kann. In beiden Fällen ist es nöthig: 1. daß den Eltern das Erziehungsrecht abgesprochen; 2. daß diese Kinder in geeignete Familienziehung oder Erziehungs-, beziehungsweise Besserungsanstalten gegeben werden. Zulezt wird gebeten, der Polizei zu unterlagen, die sittlich verwahten Jugendlichen bis zum achtzehnten Jahre unter Kontrolle zu stellen, sondern daß diese vielmehr dem Richter vorgeführt werden, damit sie gemäß des § 56 des Strafgesetzbuches in Besserungsanstalten gebracht werden. Unterzeichnet sind der Berliner Frauenverein, Berliner Lehrerinnenverein, Berliner Volksschullehrerinnen-Verein, Verein zur Erziehung schulentlassener Mädchen, Verein Bienenkorb, Verein Frauenstudium, Verein Frauenwohl, Berliner Hausfrauenverein, Letto-Verein, Neuer Volksschullehrerinnen-Verein, Verein Preussischer Volksschullehrerinnen, Verein zur Reform der Jugendliteratur, Hilfsverein für weibliche keinmännliche Angestellte, Verein Jugendschutz, Gesellschaft für Ethische Kultur.

**Vona Barrison wehrt sich.** Infolge des bekannten Beschlusses der Petitions-Kommission des Abgeordnetenhauses, den Minister des Innern zu ersuchen, der Petition des Sic. Weber zu entsprechen und Vona Barrison anzuzuwiesen, hat sich die Dame an den hiesigen Volkshof der Vereinigten Staaten, deren Bürgerin sie ist, gewendet und um Schutz gebeten. Der Sekretär der Volkshof wurde gestern von dem Minister des Innern Herrn von der Decke in dieser Angelegenheit empfangen. Der Sekretär stellte dem Minister vor, daß seine Mitbürgerin durch eine derartige Maßregel in der Ausübung ihres Berufes beeinträchtigt würde. Herr von der Decke versicherte, daß Vona Barrison nicht anzuzuwiesen würde, solange ihre Vorstellungen nicht gegen die Vorschriften der Polizei verstoßen würden.

Auf ihre Forderung werden jetzt in verschiedenen Stadttheilen die Schauspieler-Einrichtungen der Geschloßbläden kontrollirt. Es handelt sich namentlich um die vorgeschriebene Entfernung der Gasflammen von der Decke und den aufgestellten Gegenständen.

Eine zweckmäßige Erneuerung wird jetzt hier auf dem Potsdamer Bahnhofe ausgeführt. Es ist im Fernverkehr ein Uebelstand, daß die Postkassen sämtlich vom Haupteingange des Bahnhofes her mit Handwagen über den Bahnsteig an die Postwagen der Züge herangeschafft werden müssen. Das bedeutet, namentlich in Zeiten mit starkem Verkehr, eine große Verlangsamung des Publikums. Jetzt baut man einen Tunnel unter dem Steig und führt so die Karren bis an den Postwagen heran, um sie dann mit einem Fahrstuhl nach oben zu befördern.

In der Angelegenheit Grünenthal wird jetzt amtlich mitgetheilt, daß der verhaftete Oberfaktor ein Geständnis abgelegt hat, in dem er zugab, Reichsbanknoten aus der Reichsbankerei gestohlen zu haben. Am Dienstag sind noch zwei Kirchhofdepots Grünenthal's abgehoben worden. Nachmittags nach 4 Uhr erschienen der Landgerichtsrath Brandt und mehrere Gerichtsbeneamt mit dem Oberfaktor Grünenthal auf dem alten Kirchhof der Jakobsgemeinde in Rixdorf am Volksg. In Begleitung des Kirchhof-Inspektors und einiger Arbeiter begaben sich alle Personen, Grünenthal voran, nach einem im Osten des Kirchhofes an der Auffassungsmauer liegenden Grabhügel, den Grünenthal, zu dem Untersuchungsbrieger gewandt, mit dem Worte: „Bitte“, als die Stiege bezeichnete, wo er noch Werthpapiere versteckt habe. Unter einer Porzellanbüchse, die einer der Beamten in die Höhe hob, fand man ein umfangreiches Paket mit Werthpapieren, die der Untersuchungsbrieger an sich nahm. Nach einem kurzen Gespräch mit dem Inspektor des Kirchhofes und nachdem sich der Untersuchungsbrieger noch erkundigt hatte, ob vielleicht auf dem Kirchhof noch ein ähnlicher Fund gemacht worden sei, was verneint wurde, fuhr die Gerichtskommission mit Grünenthal in zwei Droschken wieder davon. Vorher hatte die Kommission auch dem alten Jerusalemer Kirchhof an der Baruther Straße einen Besuch ab-



gestaltet und auch dort ein Depot des Gränenthal gehoben. Weiter wird berichtet, daß Gränenthal durch die belästigende Auslage des Reichsdrucker-Beamten Z. zum Gefährdungs gebracht worden ist. Der erwähnte Beamte besann sich darauf, daß dem Gränenthal im Januar vorigen Jahres eines Abends der Schlüssel zum Tresor überantwortet worden sei, und Gränenthal soll sich daraufhin zu dem Geschäftsbüro begeben haben, daß er an jenem Abend einen tiefen Griff in den Tresor gethan und sich von den zur Vernehmung bestimmten Scheinen einen größeren Betrag angeeignet habe.

**Einige Verehrer des Fürsten Bismarck** haben für seinen 83. Geburtstag ein eigenartiges Geschenk geplant, nämlich eine Auswahl von allen Zigarren, die unter der Marke „Bismarck“ in den Handel gebracht werden. Es werden Zigarren unter dieser Marke in ganzen von 48 Fabrikanten hergestellt, und an diese wurde die Aufforderung gerichtet, sich an dem Geschenk zu beteiligen. Aber obgleich die Beteiligung den betreffenden Firmen sehr leicht gemacht wurde — es wurde nur von jeder ein Kistchen mit zehn Stück Zigarren verlangt — haben doch elf Fabrikanten keine Veranlassung gefunden, sich an der Gabe zu beteiligen. Offenbar befindet sich unter den als Geburtstagsgeschenk bestimmten Zigarren nicht auch die bekannte Sorte, die auf den Namen Bismarck getauft ist, weil man beim Aufmachen — drei Haare in ihrem Innern verborgen findet.

**Das Polizeipräsidium** theilt mit: Berlin, 30. März. Wie die Erfahrung mehrfach erwiesen hat, befreit das Publikum die Thatsache immer noch nicht genügend, daß selbst dann, wenn eine gut organisierte und zuverlässige Fleischschau am Wohnort für alle geschlachteten Schweine besteht, doch theils aus Orten, in welchen die Fleischschau zwar eingeführt, aber nicht für alle geschlachteten Schweine vorgeschrieben ist, theils aus Orten ohne jede Fleischschau, theils endlich mit Umgehung der bestehenden Bestimmungen, gar nicht oder mangelhaft untersuchtes Schweinefleisch in den Verkehr gelangen und große Gefahren für Leben und Gesundheit der Konsumenten herbeiführen kann. Es wird daher vor dem Genuß jeglichen rohen Schweinefleisches ersichtlich gewarnt und ferner darauf hingewiesen, daß lediglich ein vollkommenes Garlochen (Durchbraten) der Fleischstücke, wie sämtliche Zubereitungen aus Schweinefleisch (Fleisch), Blut-, Leberwürste, Klöße, Salsen u. s. w.) im Stande ist, die etwa vorhandenen Keime zu tödten und dadurch jede Gefahr einer Gesundheitsgefährdung auszuschließen. Um das Garlochen, Durchbraten größerer dickerer Stücke (Schinken, Gänsebraten u. s. w.) zu ermöglichen, ist es notwendig, tiefe, etwa acht Zentimeter von einander entfernte Einschnitte in die betreffenden Stücke zu machen, damit auf diesem Wege die Strohbeize auch auf die tiefgelegenen Fleischstücke hinreichend einzuwirken vermag.

**Ein Schuhmann** sah vorgestern Abend in der Oranienstraße den Arbeiter Julius Lawrenz, der fleißig verfolgt wurde, bei einem Umzug beschäftigt. Lawrenz hat mit den Strafbehörden noch mehrere Rechnungen zu begleichen, u. a. auch wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Einen Beamten desselben (43.) Reviers hatte er bei einer früheren Festnahme ohne weiteres angegriffen, war aber von diesem, einem ehemaligen Matrosen, niedergebogen worden. Der Schuhmann, der ihn vorgestern Abend sah, kannte ihn genau und wußte daher, daß er einen gefährlichen Burschen vor sich hatte. Wie er erwartet hatte, griff Lawrenz denn auch, als er festgenommen wurde, sofort zum Messer. Aber bevor er davon Gebrauch machen konnte, zog der Beamte, ein früherer Dragoner, seinen Säbel und machte Lawrenz durch mehrere Stöße über den Kopf kampfunfähig. Der gebändigte Uebelthäter wurde nunmehr zunächst nach der Revierwache und von hier nach Anlegung eines Nothverbandes in ein Krankenhaus gebracht, wo er als Polizeigefangener gehalten wird.

**Vor einer Bande von Betrügern**, welche planmäßig seit Jahren Personen zu schädigen suchen, die mit einer Tasche voll Geld in der Hoffnung, billig zu kaufen, Auktionen aufsuchen, wird von dem Polizeipräsidium eindringlich gewarnt. In allen Fällen kommt es den Betrügern nur darauf an, Pfandscheine über minderwertige Sachen — es sind meistens goldene Uhren — für einen Preis an den Mann zu bringen, der mit dem tatsächlichen Werthe des Scheines in gar keinem Verhältnis steht. Nachträglich entdeckt dann erst der Betroffene, wenn er den Pfandschein erworben, und sowohl der Verkäufer wie auch die Bieter auf Nummerwiedersehen verschwunden sind, daß er den Pfandschein weit über den Werth gekauft hat. Bei Einlösung des Pfandscheines erst weist sich dann auch die Minderwertigkeit des Pfandscheines. Erst vor kurzem wurden in einer Verhandlung vor dem Landgericht I hier mehrere derartige Betrüger zu empfindlichen Strafen verurtheilt, in dessen Schein Genossen derselben das Treiben mit ungeschwächten Kräften fortzusetzen. Es wäre zu wünschen, daß keiner der Geschädigten versäumt, Anzeige zu erstatten.

**Ein Strafenbild.** Am Rod, Gut und Stock ist vorgestern spät am Abend ein Student bei einer Kumpel gekommen. Der junge Mann, in dessen Begleitung sich ein junges Mädchen befand, wollte am Galteplatz in der Linkestraße eine Droschke zur Heimsfahrt nehmen. Da er aber über den Drossel getrunken hatte, so verweigerte ihm der Kutscher die Fahrt. Das Mädchen lief davon, wurde jedoch von dem Studenten wieder eingeholt und zur Droschke zurückgebracht. Als er dann diese abwärts besteigen wollte, wies ihn der Kutscher zurück. Auf das gegenseitige Geschimpfe, in das sich auch andere Kutscher einmischten, kamen einige Arbeiter herbei, die sich auf Seite der Kutscher stellten. Nun band der Student mit den Arbeitern an, erhielt aber bald von einem von ihnen auf die Bezeichnung „Kuli“ eine Ohrfeige, daß er gegen das eiserne Gitter am Durchgang der Wannseebahn slog. Um sich zu rächen, entledigte er sich seines Rockes und Gürtels und legte sie mit dem zierlichen Ebenholzstock, der sich zum Kampfmittel nicht eignete, auf den Bürgersteig. Während der nun folgenden Schlägerei, die aller Augen auf sich lenkte, mußte sich ein Strohloch herangefallen und sich der Kleiderstücke und des Stockes bemächtigt haben. Der Student mußte in Hemdsärmeln und ohne Kopfbedeckung den Heimweg antreten.

**Auffindung einer Kindesleiche.** Bei der Reparatur der Gasleitung in einem dunklen Winkel auf dem Flur des Hauses Königstraße 34/36 ist die Leiche eines etwa zwei Tage alten Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden worden. Die Leiche war in weiße Tücher eingewickelt, um den Hals war eine Schnur von starkem Jutirn fest zusammengezogen. Nase und Mund zeigten Verletzungen. Nach der Mutter sind Ermittlungen im Gange. Bei dem starken Verkehr, der in dem Hause herrscht, ist die Person, welche die Leiche im Flur niedergelegt hat, nicht aufgefallen.

**Arbeiterverstoß.** Beim Abbruch eines einstöckigen Stallgebäudes auf dem Grundstück Norderdorferstr. 45 brachen nachmittags die mit dem Abbrechen der Dachsparren beschäftigten Arbeiter Emil Schmidt und Franz Pigors mit der morschen Schaldecke ein und stürzten in das Innere des Gebäudes. Hierbei erlitt Schmidt eine Verstauchung des Rückgrats und Pigors innere Verletzungen.

**Von einem schon gewordenen Reizverderb** ist gestern Vormittag in der Nähe des großen Sterns eine Dame brennend unglücklich abgeführt, daß sie bewußlos liegen blieb und mit aufsteigend gebrochenen Gliedmaßen in ein Krankenhaus geschafft werden mußte.

**Feuerbericht.** Ein Kellerbrand rief die Feuerwehre Dienstag Abend 8 Uhr nach Gräner Weg 24. Es wurden verschiedene Verschläge mit Inhalt eingeschert. Mittwochs früh 2 Uhr erfolgte Alarm nach Alex.-Göll 24, doch handelte es sich um Mißbrauch des Albers. Der verfolgte Thäter entkam. Nachmittags 4 Uhr wurden die Bewohner des Hauses Kanonierstraße 35 durch einen intensiven Gaseruch bewarnt. Die herbeigeleitete Wehr konstatirte einen Defekt in der Leitung und beseitigte die Gefahr. Zur selben Zeit erfolgte Koppensstraße 80 noch ein Schornsteinbrand.

**Aus den Nachbarorten.**

**Aus Nixdorf.** Mit dem 1. April scheidet die Gemeinde Nixdorf aus unserem Amtsbezirk aus; sie wird hinfort mit der Gemeinde Buchow einen neuen Amtsbezirk bilden. — Ein trauriges Bild des

Stands bot sich vorgestern den Passanten der Kneipestraße dar. Wegen rückständiger Miete hatte ein Hausbesitzer die Familie des Tischlers D. einfach auf die Straße setzen lassen, wo dieselbe bis zum Abend haufen mußte, da sie kein Unterkommen finden konnte. Schließlich nahm die Polizei die wenigen Habseligkeiten in Verwahrung, während die Familie bei Verwandten Unterkunft fand. — Ein in der Prinz Handjerystraße wohnhafter Maler wollte sich gestern mit seiner bisherigen Haushälterin verheirathen und waren alle Vorbereitungen hierzu getroffen. Am Hochzeitsstage fehlte aber die Braut, welche unter Mitnahme eines Geldbetrages ihres Freiens spurlos verschwunden war und daher jetzt polizeilich gesucht wird.

**Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung** vom 29. März beschäftigte sich u. a. mit dem vom bisherigen Gemeindevorstand gestellten Antrag: „Die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts.“ Dieser Antrag wurde von verschiedenen Stadtverordneten als für die Handwerkermeister und Gewerbetreibenden schwer schädigend hingestellt und als unannehmbar bezeichnet. Genosse Obst trat in energischer Weise für Einführung des obligatorischen Schulunterrichts ein mit der besonderen Bekräftigung, die Stunden des Unterrichtes event. auf den Nachmittag zu verlegen. Schließlich wurde dieser Antrag einer Kommission von 12 Mann überwiesen. — Des weiteren ersuchte die Versammlung den Magistrat, bis spätestens 1. April 1898 eine Vorlage zwecks Erbauung einer Schule auf dem der Gemeinde gehörigen, an der Rudowstraße gelegenen Grundstück zu machen.“ Dieser einstimmig gefasste Beschluß erweist umso notwendiger, als die jetzigen Zustände in den Miethäusern, in denen die Schule bisher untergebracht war, als traurige zu bezeichnen sind.

**Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung** hat nunmehr die Gehälter der Mitglieder des Magistrats nach dem Antrage des Rechnungs-Ausschusses in geheimer Sitzung erhöht. Es erhält der (zweite) Bürgermeister 10 000 Mark, der Stadtsyndikus 7250 Mark, die zwei besoldeten Stadträte 6500 und 6200 Mark, die beiden Stadtbauräte je 5250 Mark.

**Die Vernehmung der Stelle des ersten Bürgermeisters von Charlottenburg** beschäftigte gestern Abend zum ersten Male die dortige Stadtverordneten-Versammlung in öffentlicher (außerordentlicher) Sitzung. Es wurde beschlossen, die Stelle anzuschreiben und als Anfangsgehalt 16 500 Mark festzusetzen. Zur Vorbereitung der Wahl wurde ein Ausschuss von neun Mitgliedern gewählt.

**In unserm Bericht** über die letzte Stadtverordneten-Versammlung in Spandau war ein Irrthum enthalten. Der Gehalt, welche 25 Jahre in der Stadt gewirkt hat, sind zu diesem Jubiläum 100 Mark von den Stadtverordneten bewilligt worden, eine Summe, welche auch bereits vom Magistrat in Ansatz gebracht worden war. Es handelte sich nicht um die Bewilligung von 25 Mark, sondern um die Mehrbewilligung dieser Summe.

**Als ein Hochstapler** der schlimmsten Sorte hat sich der Naturarzt Dr. Wehling entpuppt, der vor einiger Zeit von Breslau nach Rehlendorf kam und die Leitung eines Kurhauses übernahm. Die Wehlingerin desselben, eine Frau Hufe, war von den feinen Manieren des „Herrn Doktor“ so eingenommen, daß sie ihm volles Vertrauen schenkte, zumal derselbe mit seinem Vermögen proflig, zahlreiche Empfehlungen vorwies, einen auf 60 000 Mark lautenden, wie eine Lebensversicherungspolice aussehenden Bogen bei sich hatte und viel von seiner reichen Braut in Breslau erzählte. Der Leiter des Kurhauses wollte nun gleich Besitzer werden, und Frau Hufe war hoch erfreut, ihr Grundstück und Geschäft so glänzend verkaufen zu können. Der Kaufvertrag wurde in Höhe von 94 000 Mark, bei einem Rechtsanwält abgeschlossen und Frau Hufe legte vorläufig die Kosten und den 970 Mark betragenden Stempel aus, da der reiche „Doktor“ das Geld bei seinem Münchener Bankhause nicht gleich käuflich machen konnte. Die erste Anzahlung sollte seine Braut in Breslau und baldige Frau in Höhe von 10 000 Mark leisten. Auf die Ehrlichkeit des „Doktor“ Wehling selbstens bauend, unterstügte Frau Hufe denselben noch weiter mit Bargeld, so daß sie mit obiger Summe gegen 4000 Mark los wurde. Endlich gingen der leichtgläubigen Frau die Augen auf; von der Kunststift W. Schimmelpfeng erfuhr sie, daß Dr. in München verheirathet sei, Kinder, aber nicht das geringste Vermögen besitze. Der Schwindler machte sich schleunigst aus dem Staube und wird jetzt auf Requisition der Staatsanwaltschaft verfolgt.

**Aus Vessen** wird uns vom 29. März berichtet: Bei der heute stattgehabten Wahl zur Gemeindevorstellung wurden unsere Genossen mit großer Mehrheit gewählt. Es erhielten Genosse Paris 208 Stimmen, Genosse Gerike 204 Stimmen; die Gegner brachten es auf 23 und 29 Stimmen.

**Gerichts-Beilage.**

**Um die schlechteste Verleumdung eines Gescheh im Reichs-Gesetzblatt** handelte es sich bei einem Zivilstreit, der von dem Reichsgericht entschieden worden ist. In Frage stand das sogenannte Depotsgesetz vom 5. Juli 1896, welches in Nr. 19 des Reichs-Gesetzblattes von 1896 verordnet worden ist. Die Gültigkeit dieses Gesetzes wurde von dem Kläger deshalb bezweifelt, weil in der Nr. 20 des Reichs-Gesetzblattes eine die Nichtigstellung des Gesetztextes enthaltende, aber keine Unterschrift aufweisende „Berichtigung“ erschienen ist. Das Reichsgericht hat diesen Angriff für verfehlt erachtet und nach der „Juristischen Wochenschrift“ folgendes ausgeführt: Die drei Nichtigstellungen dieser Berichtigung sind von keiner sachlichen Bedeutung. Die erste bringt etwas zum Ausdruck, was sich ohnehin von selbst verstehen würde, die zweite nimmt eine lediglich sprachliche Aenderung vor und die dritte betrifft einen offensichtlichen Schreib- und Druckfehler. Wenn nun auch unzweifelhaft der Druckfehler des Reichstages 9. Legislaturperiode IV. Session 1895/96 allerdings der Gesetztext, der die Zustimmung des Reichstages gefunden hat, in den drei von der „Berichtigung“ betroffenen Punkten so lautet, wie er nach der Berichtigung lauten soll, und ferner auch anzunehmen ist, daß ein so lauterndes Gesetztext auch die Zustimmung und Sanction des Bundesraths erhalten hat, so steht danach doch fest, daß im wesentlichen das Gesetz so verordnet ist, wie es von den gesetzgebenden Organen beschlossen worden war. Seine Gültigkeit kann daher mit Grund nicht in Zweifel gezogen werden.

**Zur Ermittlung einer Urkundensäufung** spielte das vom Gerichtschreiber Dr. Jeserich erfindene photographische Verfahren wiederum eine Hauptrolle. Gestern wurde der Monteur Heinrich Stimmel der achten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Er war der Urkundensäufung und der Unterschlagung beschuldigt. Im Jahre 1896 diente der Angeklagte als Obermatrose bei der zweiten Torpedodivision in Kiel. Er war Bürche des Zahlmeisters Rositz und mit dem Abholen der Postfächer für die Mannschaften des betreffenden Torpedoboots beauftragt. Die Eingänge wurden von dem Postbeamten in das Postfach eingetragen. Als Zahlmeister Rositz eines Tages das Postbuch durchsah, entdeckte er, daß die eine Seite desselben durch einen großen Zintenerker verunzigt war. Er machte dem Angeklagten Vorhaltungen, derselbe entschuldigte sich damit, daß ihm das Intelas umgekehrt sei. Im Juni 1896 wurde Stimmel entlassen. Bald nachher stellte sich heraus, daß eine Postanweisung in Höhe von 20 Mark, die am 16. Juni in Kiel eingelaufen und für einen Matrosen auf dem Torpedoboot, auf welchem Stimmel bedienstet gewesen war, bestimmt war, ihre Adresse nicht erreicht hatte. Von dem Postamt zu Kiel war die Anweisung ausgehändigt worden. Der Verdacht lag nahe, daß sich die Enttragung des Postbeamten unter dem erwähnten Kiez befand. Das Buch wurde dem Dr. Jeserich zur Untersuchung zugesandt und dieser stellte auch mit Hilfe seiner photographischen Methode fest, daß die Enttragung des Postbeamten erst geändert, dann durchstrichen und dann nicht einmal, sondern zweimal mit Tinte überzogen war. Dr. Jeserich zeigte dem Gerichtshof die von ihm angefertigten vergrößerten Photographien. Stimmel war inzwischen zur Haft gebracht worden. Ein früherer

Termin mußte verlagert werden, weil der Angeklagte einen Schiffskollegen, den früheren Matrosen Deil, der Thät verurtheilt wurde. Deil ist mit der Schiffslasse durchgebracht, wieder ergriffen und vom Militärgericht zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurtheilt worden. Er war zum gefrigen Termine von Köln hierher gebracht worden. Es zeigte sich, daß die Verurtheilung Stimmels unbegründet war, der letztere wurde durch die Beweisaufnahme so sehr belästet, daß Staatsanwalt Ranzow 9 Monate Gefängnis und zweijährigen Ehrverlust gegen ihn beantragte. Jetzt verlangte Stimmel, vom Militärgericht abgeurtheilt zu werden. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten und 2-jährigen Ehrverlust.

**Unter der Anklage der Verleumdung und der Freiheitsberaubung** stand gestern der Schneider Max Kühlung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. An einem Spätabende des Februar befand sich der Angeklagte auf dem Heimwege. Es kam ihm ein junges Mädchen entgegen, welches er ansprach. Es versuchte, an ihm vorüber zu kommen, wobei sie das Verlangen ausdrückte, nicht belästigt zu werden. Nun zog der Angeklagte andere Seiten auf. In hartem Tone erklärte er, daß er Kriminalbeamter sei, er erkenne in ihr eine Person wieder, die ihn vor längerer Zeit bestohlen habe, sie müsse ihm zur Wache folgen. In diesem Augenblicke kam der Militärwärter Müller hinzu, der das grängstige Mädchen durch das Versprechen beruhigte, daß er ihn zur Wache folgen wolle. Als drei Personen machten sich auf den Weg. Kurz vor der Wache erklärte der Angeklagte, daß er sich einen Spaß habe leisten wollen, das Mädchen solle nur nach Hause gehen. Nun wurde der Spieß umgedreht und der Pseudo-Kriminalbeamte zur Wache gebracht. Im gefrigen Termin entschuldigte sich der Angeklagte mit Trunkenheit und bat den Gerichtshof, ihm seine That nicht so schwer anzurechnen. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen, der Gerichtshof belieh es bei einer Geldstrafe von 30 M.

**Ein empfehlenswerther Dienstherr** scheint der Schankwirth Kersten in Vrich zu sein, welcher sich gestern wegen größlicher Mißhandlung seines Dienstmädchens, der unverheiratheten Jahneholz, vor dem Nixdorfer Schöffengericht zu verantworten hatte. Der „schlagfertige“ Dienstherr wurde zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt.

**Wegen Handfriedensbruchs, Bedrohung und versuchter Nötigung** hatten sich die Maurer Albert und Ferdinand Schüler, sowie der Maurer Albert Giese vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Die drei Angeklagten arbeiteten im Juni vorigen Jahres auf einem Neubau in Lichtenberg neben dem Bau der neuen Schule. Am 29. Juni ließ der Polier Schmidt am Schulhausbau noch nach Feierabend einen Bogenschuß mauern, damit am nächsten Morgen der Fortsetzung der Arbeit kein Hindernis im Wege stehen solle. Die Maurer Gehrle und Klocke waren allein hierbei beschäftigt. Ferdinand Schüler und Giese begaben sich auf das Schulhausgrundstück und forderten Gehrle und Klocke auf, Feuerabend zu machen, und als diese sich nicht daran ließen, drohten sie, jenen die Knochen im Leibe kaputt zu schlagen. Der Polier Schmidt wies sie vom Bau, bald kamen sie aber in Gesellschaft des Albert Schüler zurück, und nun drohten sie, die Leitern heranzuführen und die arbeitenden Maurer herunterzuholen, sie zogen aber ab, als sie den Gendarm kommen sahen, nach welchem der Polier geschickt hatte. Albert Schüler konnte als Theilnehmer nicht ausreichend rekonnostrirt werden, er wurde daher freigesprochen, dagegen wurden Ferdinand Schüler und Giese im Sinne der Anklage zu je sechs Wochen Gefängnis verurtheilt.

**Darf ein Fahrrad auf einem Fußwege geschoben werden?** Eine rabelnde Dame, namens Lewinsohn, erhielt ein Strafmandat wegen Vergehens gegen die §§ 2 und 12 der Oberpräsidialordnung vom 28. März 1898, wonach das Fahren mit Fahrrädern auf dem Fußwege der Provinz Brandenburg verboten ist. Die Dame hatte ihr Rad auf einem Fußwege neben der Spandauer-Charlottenburger Chaussee geschoben, da die Chaussee infolge eines Regenschlusses für Radler unbenutzbar war. Das Schöffengericht und das Landgericht bestätigten die Strafverfügung der Polizei. Sie nahmen an, daß das Fahren eines Fahrrades hier gleichbedeutend sei mit dem Fahren auf einem solchen und daß auch ein Nothstand nicht vorgelegen habe, der die Angeklagte entschuldigen könnte. In der Begründung ihrer Revision machte der Anwalt der Angeklagten geltend, der Begriff „Fahren mit einem Fahrrad“ begreife nicht das Fahren des Rades in sich, die Oberpräsidialordnung sei schon deshalb nicht anwendbar. Es sei aber auch ein Nothstand anzunehmen. Die dem entgegenstehende Ansicht des Vorderrichters sei rechtsirrig. Das Kammergericht wies jedoch die Revision zurück, indem es sich den Vorinstanzen im wesentlichen anschloß. Der Präsident bemerkte noch, durch die angefochtene Aufhebung der Oberpräsidialordnung sei deren Zweckbestimmung erfüllt, da auch das Fahren des Rades auf einem Fußwege den Fußgängerverkehr belästige. Und dem behaupteten Nothstand habe die Dame selber abhelfen können; habe ihr doch zur Rückkehr die Eisenbahn zur Verfügung gestanden.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Stundensunde findet am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7 Uhr abends statt.

**Frankfurt a. O.** Helme, Hattenowstr. 1, Herzfeldt, Markgrafenstr. 62. H. N. S. Wenden Sie sich an A. Neumann, Büchsenstr. 150. H. N. S. 22. Von auf der letzten Seite.

**Ein Kutscher.** Wenden Sie sich an die städtische Deviseninspektionsanstalt, Reichensbergstr. 65.

**H. N. S. 30.** 1. Weibliche Deutsche bedürfen bis zu zurückgelegtem 24. männliche bis zum zurückgelegtem 25. Lebensjahre väterlicher Genehmigung zur Heirath. 2. Nur freie Uebernahm. — **H. N. S. Volkswohl.** 1. Reim. 2. Nur in Höhe der Beitragspflicht. 3. Ja. 4. Ja. 5. An das Landgericht. — **Behrens.** Sie können mit Erlaß reklamieren. Reklamieren Sie nicht, so erfolgt Wählung. — **H. N. 1.** Erfolgte der Vorfall 1897, so sind die Kosten verhältn. erfolgte er 1897 (Nur Angabe ist ungenau), so können noch jetzt die Kosten gefordert werden. 2. 25. Rlogogramm. — **H. N. 1.** Reim. 2. Ja. Sie können von dem Standesamt jederzeit gegen 50 Pf. Gebühr einen neuen Todtenstein erhalten. — **H. N. 1.** Sie haben anlage zu einem Grabschreiber. 2. Reim. — **H. 1000.** In ausrichts. 100. Lohn ist in der Krankheitszeit in Ihrem Falle nicht zu zahlen. Die vereinbarte Rindigungsfrist liegt dem Wädden zu. — **H. N. 1.** Für den Fall eines Klage würden Sie unterliegen. Es wird in Berlin jeder Antrag der Bekamme mit 1 bis 2 Mark, die Gebühr für Bestand bei der Entscheidung mit 6 bis 15 Mark für angemessen erachtet. — **H. N. 36.** Welche nein. — **H. N. 1.** Reim. 2. Es ist polizeiliche Erlaubnis (Seltens des Reviers) erforderlich. — **H. N. 603.** Nicht Sie, aber Ihre Frau ist verpflichtet. — **H. N. 2.** Die Schulbehörde ist nach dem Gesetz im Recht.

**Witterungsüberblick vom 30. März 1898, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer stand in mm reduziert auf 2. Metereff.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (24 u. 6 Uhr)
Schwinebünde	751	ONO	3	bedeckt	4
Hamburg	749	ONO	2	bedeckt	7
Berlin	748	OSO	1	bedeckt	6
Wiesbaden	748	NOB	2	bedeckt	6
München	748	SB	5	Regen	7
Wien	749	SO	1	bedeckt	4
Paranamba	754	S	2	Schnee	-5
Petersburg	—	—	—	—	—
Wort	750	NOB	4	wolkig	4
Wobdenen	752	NOB	3	halb bedeckt	4
Paris	750	NO	1	wolklos	-1

**Wetter-Prognose für Donnerstag, 31. März 1898.** Mild, jedoch vorwiegend trübe und regnerisch bei schwachen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.



Abgeordnetenhaus.

99. Sitzung vom 30. März 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische: Vosse und Kommissarien. Die dritte Staatsberatung wird beim Kultus-Etat fortgesetzt.

Abg. Müller (natl.) fragt, ob die Verhandlungen über die Regelung der Funktionen der Lehrer der höheren Lehranstalten bereits beendet seien.

Regierungskommissar Geh. Rath Hoffmann erwidert, daß die Verhandlungen wegen der besonderen Schwierigkeiten, welche sich namentlich an den Anhalten herausstellen, die unter gemeinsamer staatlicher und gemeindlicher Verwaltung stehen, noch nicht beendet werden konnten.

Abg. Weickamp (fr. Sp.) wünscht, daß für die Erhaltung unserer Fauna und Flora Aufwendungen gemacht werden. Es empfehle sich die Anweisung größerer Flächen, wie sie von dem Grafen Renard im Herrenhause bezüglich des Grunewaldes beantragt worden ist und wie sie in America in großem Umfange bestehen.

Regierungskommissar Geh. Rath Hoffmann erwidert, daß die Anweisung sehr beachtenswert sei; nur finde er es etwas hartnäckig, die Erörterung einer so bedeutsamen Frage bei der dritten Staatsberatung vornehmen zu wollen. Außerdem gehöre die Angelegenheit auch nicht zum Kultus-Etat.

Abg. Szynka (Z) wünscht Wiederherstellung der von den Preussen im vorigen Jahrhundert zerstörten Hedwigskirche und des Schlosses in Brieg.

Abg. Gump (fr.) kommt auf seine Angriffe, die er gegen den Sommer-Universitätsrektor v. Kottenburg bei der zweiten Sitzung erhoben, zurück und versucht diejenigen Angriffe zu widerlegen, die gegen den Redner aus Anlaß jener Angriffe erhoben worden sind. Herr v. Kottenburg habe das Streben der Agrarier und die Staatsunterstützung für dieselben nachträglich als berechtigt anerkannt, wie er da seine erste Rede halten konnte, sei unverständlich.

Abg. v. Strombeck (Z) befragt die Regierung, ob die gestellten Anträge: Die Staatsregierung zu ersuchen, von der Rückzahlung derjenigen Fonds, deren Beträge künftig durch den Etat lausen werden, aus der Nachweisung, die dem Kultusetat beigegeben ist, Abstand zu nehmen.

Regierungskommissar Geh. Rath Lehmann hält den Antrag für wenig bedeutsam; wird er angenommen, so wird die Regierung eine andere Form der Rechnungslegung über diese Fonds finden müssen.

Abg. Tramer (L) findet den Antrag ebenfalls harmlos und wird deshalb mit seinen Freunden dafür stimmen.

Nachdem noch die Abgg. Risch (L), Cahendy (Z) und v. Hagen (Z) lokale Wünsche vorgetragen, wird die Debatte geschlossen und der Kultusetat, sowie der Antrag v. Strombeck angenommen. Die übrigen Etatsbeile, sowie das Etatsgesetz werden ohne weitere Debatte genehmigt, und wird sodann der Etat in der Gesamtsitzung definitiv angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Gesetzentwürfe betr. das Einkommen der evangelischen und der katholischen Pfarren.

Minister Dr. Vosse schildert die großen Schwierigkeiten, mit denen die Regierung bei der Fertigstellung des Entwurfs zu kämpfen hatte. Es galt, sechs von einander durchaus unabhängige Synoden unter einen Hut zu bringen, was anfangs unmöglich erschien. Nicht minder schwierig war die Feststellung des Einkommens, das aus dem Einkommen von Grundstücken, Gebühren, Zinsen und Steuern bestand. Dankbar anzuerkennen sei das bereitwillige Entgegenkommen der Finanzverwaltung, sobald diese sich überzeugte, daß die eingeschlagenen Wege gangbar seien. Die Kultusverwaltung hat sich zunächst mit den evangelischen Kirchenbehörden in Verbindung gesetzt, deren Meinungen gebürt, darüber die vorgelegte Denkschrift ausgearbeitet und diese sodann den katholischen Oberen zur Aenderung mitgeteilt; auch von diesen wurden die Vorschläge der Regierung gebilligt und es ist zu hoffen, daß sie ihre Mitwirkung bei der Ausführung des Gesetzes nicht verjagen werden. Von einer Votation sollte abgesehen werden. Nur eine Subvention für die nicht leistungsfähigen war in Aussicht genommen. Die Vorlage gewähre hauptsächlich höhere Gehälter, als die General-Synode im Jahre 1893/94 sie gewünscht. Vor dem 1. April d. J. werde das Inkrafttreten der Vorlage nicht zu ermöglichen sein. Im allgemeinen könne man sagen, daß in evangelischen Pfarrfamilien größere Noth herrsche als bei katholischen Geistlichen. (Sehr richtig.) Hoffentlich gelangen die Vorlagen mit recht großer Mehrheit zur Annahme. Nicht bloß die Geistlichen, sondern auch beide Kirchen werden es Ihnen aufs wärmste danken. (Bravo.)

Abg. v. Müller (L) hat ernste Bedenken gegen die Vorlage. Wichtig sei, daß mit 1800 M. der Pfarrer auf dem Lande, wo er gerade vieles theurer bezahlen müsse als in der Stadt, nicht leben könne. Aber zweifelhaft sei, ob die Vorlage den rechten Weg zur Besserung einschlage. Danach werde der Pfarrer quasi Staatsbeamter und das könne man nicht wünschen. Geistliche

solten Diener sein am Wort. Aber die Schwärmer, die mit dem Kopf voll Idealen und Ideen kommen, wie Naumann, Wöhre und wie sie alle heißen, würden bald von ihren Ideen abkommen, wenn sie auf dem Lande dieselbe Arbeit verrichteten wie der Bauer. Wenn dieser sieht, daß seinen Pfarrer die Sonne ebenso brennt und der Regen ebenso naß macht wie ihn selber, so wird das nur das Vertrauen zu ihm stärken. (Sehr richtig!) Besonders gefährlich erscheine die Bestimmung, daß bei einem Streit über den Werth von Pfarrendereichen das Konsistorium nach Anhörung der Synode entscheiden soll. Dadurch würden höchst traurige Verhältnisse in einzelnen Gemeinden geschaffen werden. Man werse damit den Apfel der Zwietracht in die Gemeinden. (Beifall rechts.) Wenn die Entwürfe noch einmal an die Kirchenbehörden zurückgingen, würden sie wohl besser ausfallen. Wie die Vorlagen sind, müsse er beide ablehnen. Die Regierung möge, um den Pfarrern zu helfen, mittels Nachtragsetzes die erforderliche Summe verlangen, dann kommen die Pfarrere schon in diesem Jahre in den Genuß der Gehaltserhöhungen.

Abg. v. Heydebrand (L) kam dem Vordrucker nicht beistimmen. Die Mehrzahl seiner politischen Freunde stimme den Grundzügen der Vorlagen zu, die allerdings noch einer gründlichen Vorberatung bedürfen. Den Geistlichen zum Bauern zu machen, habe doch auch große Bedenken. Daß man der evangelischen Kirchengemeinde in der Vorlage eine gewisse wirtschaftliche Selbständigkeit giebt, ist durchaus folgerichtig und entspricht der Stellung, die man ihr in früheren Jahren geben wollte.

Abg. Dr. Poisch (Z): Seine Freunde gehen mit einiger Resignation an die Beratung der Vorlage, wollen dieselbe aber nicht ablehnen. Dem Minister gebühre Anerkennung und Dank dafür, daß er sich der Zustimmung der katholischen Kirchenbehörden verschert hat. Den Mindestsatz von 1800 M. für katholische Geistliche will er anerkennen, obwohl für evangelische unverheiratete Geistliche der Mindestsatz auf 1800 M. festgesetzt ist. Eine genaue Definition des Begriffes der Leistungsunfähigkeit der Gemeinden wäre sehr nöthig.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Bezüglich des katholischen Gesetzes ist Redner der Meinung, daß die katholischen Geistlichen gegenüber den evangelischen bevorzugt werden. (Lachen im Centrum.) Es wird zu prüfen sein, ob nicht den katholischen Kirchenbehörden in der Verteilung der Staatsmittel ein zu großer Spielraum gelassen ist. Die Ueberweisung bestimmter Summen an die Diözesen trägt zu sehr den Charakter der Votation. In der Kommission werden wir uns bemühen, die Mindestgehälter von 1800 M. für evangelische und von 1800 für katholische Geistliche auf 2400 und resp. 2100 M. zu erhöhen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf morgen (Donnerstag) 12 Uhr. Schluß 3/4 Uhr.

Versammlungen.

Die Kürschner hielten am Montag eine öffentliche Versammlung im Schützenpau ab. Der Referent Peters plädierte für den Ausschluß aller in der Kürschnerbranche thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen an die Organisation, denn die Lage der Berufsgenossen sei gegenwärtig eine so unangenehme, daß eine Verbesserung derselben dringend notwendig sei. Die im Jahre 1893 durchgeführten Forderungen seien zum großen Theil wieder zurückgegangen, und man müsse jetzt ernstlich daran denken, dieselben wieder zur allgemeinen Anerkennung zu bringen, namentlich müsse das Bestreben der Arbeiter auf gänzliche Abschaffung der Akkordarbeit gerichtet sein. Um zu geeigneter Zeit ein Vorgehen in dieser Richtung zu ermöglichen, sollen in nächster Zeit Besprechungen der Kollegen der einzelnen Werkstätten stattfinden und Werkstatt-Vertrauensleute gewählt werden, die mit dem Vertrauensmann der Branche Fühlung zu nehmen haben. In gleichem Sinne sprachen sich mehrere Delegationsredner aus. Dann berichtete Wittich über seine Thätigkeit als Delegierter zur Gewerkschaftskommission. Er wurde auf neue in diesem Amte bekräftigt. Ferner beschloß die Versammlung, daß die Kürschner im Sinne des Beschlusses der Gewerkschaftskommission die Preisfeier begehen und an der Versammlung der Bekleidungsindustrie teilnehmen. Als Berichterstatter für das internationale Sekretariat wurde Wittich gewählt.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter hielten am Dienstag im Graumann'schen Lokal in der Naungasse eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Regierungs-Beamter Genosse Kessler über gewerkschaftliche Bewegungen mit besonderer Berücksichtigung der Lokalorganisation referierte. — Eine Diskussion über den beabsichtigt aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. — Bei der Stellungnahme zum Kongreß der Lokalorganisirten Gewerkschaften vertritt Kleinlein den Standpunkt, daß ganz entschieden mehr im Sinne der auf dem Kongreß gefassten Beschlüsse gearbeitet werden müsse. An der Debatte über diesen Punkt theilnahmen sich ferner Seif, Wötcher, Kädiger, Lhiemer und Grundmann. Sämmtliche Redner sprachen sich lebhaft für eine strenge Befolgung aller Kongreßbeschlüsse aus. Zu Delegirten zum Kongreß werden

Grundmann und Kleinlein, zum Vertrauensmann wird Brandt gewählt. Beim Punkt Gewerkschaftliches warnt Grundmann vor den Beschlüssen des Unternehmerrings, der gern alle beim letzten Streit Beteiligten von der Arbeit ausschließen möchte; er ermahnt deshalb zum festen Anschluß an die Organisation. Gense und Fisch verweisen gleichfalls auf das Herauskommen einer neuen schwarzen Liste.

Leser- und Diskussionsklub. Donnerstag. „Neue Zeit“, Welsch, Bodestr. 40. — „Süd-Ost“, Tottobori, Sorauer und Wirtgenstr. 56. — „Ruh der Freunde“, Burgstraße, Putzstr. 32. — „Sozialist. Leser- und Diskussionsklub“, Reichensbergerstr. 167. — „August Weib“, Streif, Naungasse 87. — „Oh“, Schillingstr. 40. — „Friedrich Engels II“, Thäber, Göttingerstr. 40. — „Morgenrot“, Wille, Kriemhildstr. 43. — „Jeden Donnerstag nach dem 1. und 15.“. — „Brüderlichkeit“, Gajloff, Landwehrstr. 43. — „Jeden Donnerstag nach dem 1. und 15.“. — „Friedrich Engels II“, Thäber, Göttingerstr. 40. — „Gleiches Recht“, Gange, Reichensbergerstr. 83.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Vorl.: Ad. Naumann, Brunnenstr. 150. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Naunehofstr. 50, u. 2 Tr. Donnerstag, Abends 9-11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — „Morgenrot“, Wille, Kriemhildstr. 43. — „Jeden Donnerstag nach dem 1. und 15.“. — „Brüderlichkeit“, Gajloff, Landwehrstr. 43. — „Jeden Donnerstag nach dem 1. und 15.“. — „Friedrich Engels II“, Thäber, Göttingerstr. 40. — „Gleiches Recht“, Gange, Reichensbergerstr. 83.

Arbeiter-Turnerbund Berlin und der Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunhölz, Dresdenerstr. 80, 2. Hof. Donnerstag: „Rehr Licht“, Wehense, Carver, Straßburgerstr. 66. — „Weiße Ache“, Schulze, Göttingerstr. 69. — „Friedensfeier“, Schell, Langstr. 73. — „Columbus“, Pöhlke, Rumpfenstr. 4. — „Jede Nacht“, Schmidt, Wienerstr. 44. — „Gülden II“, Putmann, Kriemhildstr. 43. — „Jeden Donnerstag nach dem 1. und 15.“. — „Brüderlichkeit“, Gajloff, Landwehrstr. 43. — „Jeden Donnerstag nach dem 1. und 15.“. — „Friedrich Engels II“, Thäber, Göttingerstr. 40. — „Gleiches Recht“, Gange, Reichensbergerstr. 83.

Arbeiter-Turnerbund. Donnerstag: Turn-„Richte“, Berlin, abds. von 8-10 Uhr: 7. Männer-Abth., Reichensbergerstr. 131; 2. Damen-Abth., Adlerstr. 67. Arbeiter-Radsportverein Berlin. Monatsversammlungen: „Vorwärts“, jeden 1. Donnerstag, Wille, Kriemhildstr. 43. „Beit II“, jeden 2. Donnerstag, Naabe, Kriemhildstr. 23. „Beit III“, jeden 3. Donnerstag, Enald, Schönleinstr. 6. „Dampfergesellschaft“, jeden 4. Donnerstag, Wille, Kriemhildstr. 43.

Le Cercle de Conversation Francaise s'assemble tous les jeudis soir à 9 h. dans son local „Zum Patzenhofer“, Leipzigerstr. 136. Cercle Francaise: Jeudi Séance à 9 h. dans son local Rest. „Vier Jahreszeiten“, Prinz Albrechtstr. 9. Des hôtés sont les bien-venus. Verband deutscher Bordier, Friseur- und Verzäunungs-Gewerbeten. Heute Abends 10 1/2 Uhr bei Schiller, Rosenthalerstr. 67: Versammlung. Wille willkommen.

Achtung, Maurer! Freitag, den 1. April, abends 8 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37: Große öffentliche Maurer-Versammlung. Tages-Ordnung: Stellungnahme zu der am 3. Oetober-Tag stattfindenden Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg, eventuell Wahl von Delegirten zu derselben. NB. Da uns als Berliner Maurer die Hebung der wirtschaftlichen Lage unserer Kollegen in der Provinz sehr am Herzen liegt, da durch dieselbe nur allein der Zugang von hier ferngehalten werden kann und wir hierdurch bessere Positionen in unserem Kampfe erzielen können, so fordern wir alle Kollegen, welche ein Interesse an der Bewegung haben, auf, diese Versammlung zu besuchen. Der Vertrauensmann der Berliner Maurer (zentraler Richtung): F. A. Karl Panzer.

Oeffentliche Versammlung der Klempner, Rohrleger, sowie der Monteure von Heizungs-Anlagen. Donnerstag, den 31. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstrasse 20. Tages-Ordnung: Die Lohnbewegung der Berliner Kupferschmiede und unsere Stellung hierzu. Verschiedenes. Die Kollegen besonders der Firmen D. Grove, Schäfer & Walker, Angrick, Körting, Rietschel & Henneberg etc. sind ganz besonders eingeladen. Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter. Otto Raether, N., Naunehofstr. 44.

Damen u. Herren, Werksatts-Bekleidung für jedes Gewerk kauft man gut und billig bei (4643L) Adolf Wecker, Molkenmarkt 3, Bismarckstr. für alle Gewerke. Feuerstein's Festsäle Alte Jakobstrasse 75. Jul. Marlin Herzberg. Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Sattler! Sonnabend, den 2. April 1898, abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstrasse 20: Combinirte Versammlung der Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Sattler und verwandter Gewerbe zu Berlin und der Zentral-Krankenkasse u. Begräbniskasse der Sattler u. Verwands. Deutschlands „Hoffnung“ (S. 64 zu Berlin). Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Ratkowski über die Lungenschwindsucht und die Selbstheilung. 2. Diskussions. 3. Beschließend. Um zahlreichem Besuch bitten Die Beauftragten: Gustav Hinmann, Prinzenstr. 31, II. Hermann Gubisch, Bernauerstr. 2.

Freie Volksbühne. I. Abtheilung: Sonntag, den 3. April, 9 1/2 Uhr, im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater: „Die Weber“. Der Aprilbeitrag beträgt 70 Pf. Die Rubrik I der Mitglieds-karte muss ausser der Beitragsmarke eine Zuschlagsmarke enthalten. IV. Abtheilung: Sonntag, den 3. April, im Lessing-Theater: Abu Said und Cyprienne. Der Vorstand. I. A.: G. Winkler, Rixdorf, Kirchhofstr. 46, II.

Latente. Künstl. Zähne gegen beunruhigende blühige Zahnabfall. Schmerzlose Zahnoperationen. Eisaffekt. 92 (Königs-Platz). Sprechst. Vertags 9-12, 3-5 Zahnärztler Herold, ehem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart etc. Gartenlokal, Borort, Langen, sofort veräußert. Wogler, Bütenberg, Dorstr. 2. Grünkrautgeschäft mit Borort und Rolle zu verkaufen Blumenstr. 60.

Künstliche Zähne. F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. \* Tbeilzahlung pr. Woche 1 M.

Arbeitsmarkt. Kartonsarbeiterinnen sucht Gustav Fränkel, Kottbusser Allee 70. Bei koulanten Feuerversicherungs-Anstalt finden thätige Agenten begabte Personen, welche im Hande sind, Feuerversicherungen zu vermitteln, darunter lohnende Nebenbeschäftigung. Bei befriedigenden Leistungen außer der Provision Vergütung einer besonderen Gratifikation. Geeignet für Werkmeister und Vereinsvorstände. Offerten sub G. 3 an die Exp. dieses Blattes. 2544b

Licht. Bilderrahmenmacher perit. Krihan, Kottbusser Allee 32.

Geldschrank-Schloffer, geübt und thätig, finden dauernde Beschäftigung. S. J. Arnheim, 63/15, Bernerstr. 40/41.

Hartigmann-Drechsler perit. Müller, Or. Franzfurterstr. 44.

Tüchtige Versilberer sucht Werkmeister, Brunnenstr. 194. Stotte Interes. Garnirerin verlangt Schroll, Große Frankfurterstr. 14. 4998Z. Einen guten Paletot-Schneider im Hause verlangt F. D. Gbel, Kurstraße 22. 2725b. Junges Mädchen für die Wäsche sucht Frau E. Piesig, Michaelkirchstraße 34. 2723b



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, den 31. März.  
Opernhaus. Odyseus' Heimkehr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Der Wolfenwurm. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Hedda Gabler. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Festung. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Faust (I. Teil). Anfang 7 Uhr.  
Görke. Die Kinder der Exzellenz. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Brand. Anfang 8 Uhr.  
Unter den Linden. Der Opernbalk. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Spiritismus. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Weißens. Sein Leid. Anfang 8 Uhr.  
Thalia. Verwirrtes Bild. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Odeon. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.  
Volkshaus. Pension Schöller. Vorher: Am Klavier. Anfang 8 Uhr.  
Luisen. Die Stütze der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Bogabunden. Anfang 8 Uhr.  
Alexanderyplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.  
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr wissenschaftliche Theater. — Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: — Ausstellungssaal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschlüsse.

## Urania

Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr — Wissenschaftliches Theater. — Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: — Ausstellungssaal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschlüsse.

### Passage-Panopticum.

Vorletzte Woche!  
**Berliner Nachleben**  
Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz.  
Vorher:  
**Theater Variété.**

### Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.  
**Neu!!**  
Indisch-industrielle Gaukler  
— und —  
Schlangen-Beschwörer.  
**Das BÄRENWEIB.**

### Ostend-Theater.

W. Brunsfortstr. 132. Dir. G. Welh. Zum 52. Male:  
**Unter der Polarsonne.**  
Kultur- und Unterhaltungsspiel mit Gesang u. Musik. Von G. Sandermann u. H. Bischoff. Anfang 8 Uhr.  
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: **Frei-Konzert.** Anfang 7 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonntag Nachmittag: **Mauselweizen.** Schauspiel von Knechtel.

### Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse No. 77. Ohne Zweifel das beste Spezialitäten-Programm, welches in Berlin geboten wird.  
**Nur Kunstkräfte.**  
Lola, Juanita u. Fuensanta Bernal, Spaniens schönste Sängersinnen und Tänzerinnen.  
**Susi Suzette,** eine reizende Kostüm-Soubrette.  
**Rossini-Trio,** das musikalisch-excentrische Dreigestirn.  
**Harry Allister,** der grosse Mimiker.  
**Die Herkulisse der Neuzeit Bros. Paxton.**  
**Karl Wilhelm,** ein zweiter Reutter-Maxstätt. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

### Reichshallen-Tunnel.

Täglich: Doppel-Konzert und Solos. Sonnabend: Bockbierfest.

### Olympia-Riesen-Theater (Circus Ranz) Karlsruher Sport

Jockey-Flach-Reiten etc.  
**Preisringkampf**  
zwischen Mr. Jam. Cooper und Herrn Karl Blose aus Berlin in  
**Bolossy Kiralfy's Konstantinopel**  
Anfang 8 Uhr.  
Beginn d. Rennen 9 1/2 Uhr.  
Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm. 1 Kind frei.

### Aufforderung!

Morgen, Sonnabend und Sonntag rings ich im Neuen Olympia-Riesentheater und fordere ich hierdurch die Berliner Preisringer zu einem  
**Zweikampf**  
Ich erkläre mich bereit, auch nach deutscher Art zu kämpfen und werde ich demjenigen, der mich regelrecht besiegt  
**300 Franks** zahlen.  
Charles de Barré.

### W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
**Gr. Extra-Theatervorstellung**  
**Tenore**  
oder:  
**Die Macht der Liebe.**  
Schauspiel mit Gesang in 6 Aufzügen von Hofel.  
Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**

## Volks-Theater

Im Welt-Restaurant  
97. Dresdener-Str. 97.  
Neu! Neu! Neu!  
**Ein toller Streich.**  
Pöste mit Gesang in 2 Bildern.  
Hauptrollen:  
Rudolf Schauss. — Ella Richter.  
Robert Dill. Clara Hays. Arthur Böwer.  
Otto Wendt.  
Vorher: **Gift.**  
Aufspiel in 1 Akt von R. Jonas.  
Im vorderen Saale:  
**Tyroler Sänger Alois Ebner.**  
Freitag, den 1. April:  
**Benefiz Rudolf Schauss.**  
Anfang: Sonntag 6 Uhr.  
Wochentag 7 1/2 Uhr.

### Feen-Palast

Burgstrasse 22.  
**Wiener Zoologisch. Garten**  
**Aschanti-Dorf**  
**Javaner-Dorf**  
Geöffnet von 11-10 Uhr.  
Vorstellungen abends 8-9 Uhr.  
Kinder und Militär 50 Pf.

### Aleazar-Theater.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)  
Direktion: Richard Winkler.  
Sensationsreiches Programm.  
Miss Ada Risson, schönste Taubens-Königin. Mr. Alexander Selino, der Mann mit der eisernen Faust. Das größte Wunder der Welt! Theodor Silling, Barjorke-Turner am freien Fels.  
**Neu! Neu!**  
**Die Regimentsnummer**  
Pöste mit Gesang v. M. Reichardt. Das Neueste vom Neuen.  
**Lebende Photographien**  
Anfang: Wochentag 8 Uhr.  
Sonntag 9 1/2 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- u. Freitickets haben Gültigkeit.

### Budapester

Possen- und Operetten-Theater  
**Kaufmann's Variété**  
Direktion: Gebr. Herrfeld.  
Heute und folgende Tage:  
**Das Sensationellste der Komik**  
**Von Dreien**  
der  
**Glücklichste**  
von Donat u. Anton Herrfeld.  
Ausserdem:  
**Gr. Spezialitätenkongress**  
Neu! „Samarowa“ Neu!  
Russische Gesangs- und Tanz-Truppe.  
Original Wionock's.  
Professor Roberts, Fritz Fischer, Gebr. Forré, Elsas Ancion.  
Anfang: Wochentag 8 Uhr.  
Sonntag 7 Uhr.

### Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.  
Täglich:  
**Theater und Spezialitäten.**  
Novitäten-Programm.  
**Cousin u. Cousine.**  
Schwanz.  
Hanny Nelson, Original-Turloienne.  
Wochentag 8 Uhr.  
Sonntag 6 Uhr.

### Schluss der Saison 6. April.

**Circus Busch**  
(Bahnhof Börse).  
Donnerstag, den 31. März 1898, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Abend.**  
Amateur-Konkurrenz-Reiten.  
Wer dreimal stehend zu Pferde die Ränge umreitet, erhält eine Prämie von 50 M. Kavallerie zu Fuß, höchst form. Unternehmung. Die vorzüglich. Preisrichter: Dr. Busch, Tourbillon Equestre, ger. v. 20 Damen. Militär, Offizier, Dengel, ger. v. Adme. Maria Doré. Außerdem Auftreten aller neu eing. Reiterinnen u. Reiter.  
**Zaragoza.** Original Ränge-Schauspiel des Circus Busch.  
Morgen 7 1/2 Uhr: **Humorist. Vorst.**  
Sonnabend, 2. April: **Benefiz** f. d. beliebte Schulkinder Frau. Heutige Hauptrolle u. d. vorzügl. Schulkinderin Adme. Maria Doré.  
Auf viele an mich ergang. Gesuche habe ich mich nochmals entschlossen, am Sonntag, den 3. April, nachm. 4 Uhr, den grünen Akt mit dem brennenden Schloß aus der Pantomime Zaragoza zu geben.

### Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48  
Täglich:  
**Hoffmann's Quartett**  
und **Humoristen.**  
**In Zossen.**  
Fortsetzung von **Alte 5 Barrisons.**  
**Niels's Fest-Säle**  
Weberstr. 17, ca. 1000 Pers. faßb.  
Sonnabend, 28. März, 2. April und Palmsonntag frei. 4450L\*

## Gustav Landauer's Vorträge

zur Geschichte der deutschen Literatur  
jeden **Dienstag** und **Freitag**, abends 8 1/2 Uhr, im Luisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstrasse No. 37.  
**Freitag, den 1. April:** II. Göttersage, Heldensage, Thiersage, Märchen, Serienkarten à 1 M., Einzelkarten à 20 Pf., in den Zahlstellen der **Neuen Freien Volksbühne** und abends an der Kasse.  
Dritter Vortrag **Dienstag, 5. April:** Nibelungenlied. — Charfreitag (8. April) fällt aus. 2716b

## Arbeiter-Bildungs-Schule

Inselstr. 10, vorn II. Etage.  
Lehrplan für das II. Quartal 1898.

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unterrichts-Abend
National-Oekonom.	Grundbegriffe der National-Oekonomie.	Dr. Conrad Schmidt	Montag
Rede-Uebung	Referate und Diskussion über gewerkschaftliche Fragen.	Schriftsteller Richard Calwer	Mittwoch
Natur-Erkennniss.	Entwicklung der Idee über Entstehung und Zusammenhang des Weltgebäudes.	Dr. B. Borchartd.	Freitag

Der Unterricht beginnt in **National-Oekonomie** Montag, den 18. April; **Rede-Uebung** Mittwoch, den 20. April; **Natur-Erkennniss** Freitag, den 22. April. Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 1/2 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.  
Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichts-geld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.  
Der erste Abend jedes Kurses steht Jedermann zur unentgeltlichen Benützung frei.  
Ausserdem finden in kurzen Zwischenräumen Sonntags-Versammlungen statt.  
Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt — am besten bei Beginn jedes Kurses — im Schulklokal **Inselstr. 10** und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstrasse 40a; **Reul**, Barnimstr. 42; **Schiller**, Rosenthalerstr. 57; **Gleimert**, Mollerstr. 7a; **H. Königs**, Diefenbachstr. 30.  
Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **P. Mücke jr.**, Berlin S.O. 33, Manteuffelstr. 123, Goldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S. 59, Diefenbachstr. 30, zu senden.  
4/17 **Der Vorstand.**

## Beim Quartalswechsel empfehlen sich folgende Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: **Robert Wenzel**, Fruchts-trasse 30, Hof II. — SO.: **Brig Thiel**, Staligerstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Noabit):** **Karl Anders**, Salzweberstrasse 8, part. im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** **Emil Stolzenburg**, Wiesenstr. 14. — **Gesundbrunnen:** **Wilhelm Gschmann**, Grünhaldenstr. 64/66. — **Rosenthaler Vorstadt und Schönehauser Vorstadt:** **Karl Marx**, Kankanten: **Kaiser 95/96.** — **Charlottenburg:** **Luftw. Schanzberg**, Westfälischerstr. 34, Quergeb. part. — **Deutsch-Wilmers-dorf:** **Brig Rühler**, Sigmaringenstr. 34 und **Brig Helmann**, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die **Brandenburgische Volks-Zeitung** zu erhalten.) — **Rixdorf:** **Obermann**, Gräberstr. 6. — **Schöneberg:** **Wilhelm Bäumer**, Veitingerstr. 59, Seitenflügel part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** **Otto Jahn**, Ober-Schöneweide, Simonsstr. 7, Bigarrengeschäft. Annahmestellen: **Nieder-Schöneweide:** **Karl Deber**, Bigarrengeschäft, Johannisthal; **Senftenberg:** **Reichardt**, Restaurant. — **Friedenau-Steglitz:** **H. Berner**, Kirchstr. 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** **H. Röhler**, Döppelstr. 8, und **H. Schellhase**, Horn-strasse 18a. — **Baumschulweg:** **Rich. Ullrich**, Marienparkstr. 18, I.  
Ausserdem ist sämtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.  
Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Ich beehre mich hierdurch anzugeben, daß ich (speziell für das Königreich Sachsen) in **Chemnitz, Brückenstr. 19**, eine

## Rohtabak-Filiale

errichtet habe und bitte die verehrl. künftige Kundschaft, ihre Aufträge von jetzt ab dorthin zu adressiren.  
Berlin,  
**Emil Berstorff**, Kaiser Wilhelmstr. 39.  
**Zweiggeschäfte:**  
Brunnenstr. 182, Kopenstr. 9, Skalitzerstr. 129.

## Grosser Möbelverkauf. Neue Schönhauserstr. 2

Die Möbel-Fabrik (früher Rosenhaldenstr. 13)  
befert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an und gebe ich Einrichtungen auf Abzahlung. Lager gedruckter und verlegter gemeiner Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt. Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb 4439L\*

## Keine Scheinwerkstätten! Möbeltischlerei

für 44510\*  
**Wohnungs-Einrichtungen.**  
Direkter Verkauf an das Privatpublikum.  
**G. A. Noack**, Tischlermeister, Berlin, Luisen-Ufer 22, Ecke Dresdenerstr. am Craniensplatz.  
Garantie für gute und dauerhafte Arbeit.  
Kataloge franco!

## Möbel Für 2-3 Mark

Recht sehr gross, zu Knabenanzügen, Reize zu Herrenanzügen, schöne Wäster 7-10 M. Für 12 M. H. Cheviot auch Kammergarn, Paletot und Dofenreife so lange der Vorrath reicht  
**im Riesenstoffsager**  
Kranienstr. 14, I., kein Laden.  
verleihen gewesene und neue, **Handwebtische**, Abzahlung gefastet. **4055L\***  
**Neue Königstr. 59**  
**u. Gneisenaustr. 15.**

## Bekanntmachung! Der Mord

am **Alexanderyplatz** und **König Heinrich** zwei neue zweifelhafte Schillernde Waisen erzielen **täglich** in **Quarg's** **Vaudeville-Theater** Grand Hotel Alexanderplatz einen **großartigen** **Erfolg!**  
Anfang 8 Uhr. — Entree 15 Pf.



## Anaben-Nuzüge

in einfacher u. eleganter Ausföhrung  
**Knaben Paletots**, Einzelne Hoson, Einzelne Blusen für das Alter v. 2 bis 18 Jahren, nur eigener Fabrik. Größte Auswahl. Billigste Preise. **Karl Hustädt**, Berlin O., 85 pt. am Schlegelischen Bahnh.

## Möbel-Verkauf.

Craniensstr. 23, Hof I. in meinem vier Etagen hohen Speckergelände halte ich in überaus großer Auswahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausföhrung. Bortheilhafte Einkaufsquelle für Brautleute. Abzahlung gefastet. Beamtinnen ohne Anzahlung. Täglich Eingang verlebter gewesener und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franco.

## Gelegenheits-Käufe.

Wer will Geld sparen, dem bietet ich die günstigste Gelegenheit. Durch Einkauf von großen Posten verkaufe ich:  
Doppelte Herren-Sommer-Paletots . . . von 9,75 M. an  
Hoch. Mod. und Jaquet-Anzüge . . . von 12,50 M. an  
Herren-Jaketen . . . von 2,75 M. an  
Kellner-Jaketen, Westen und Jaquets . . . von 4,75 M. an  
Herren- u. Arbeit-Polen zu 2,35 M.  
Herren-Jaquets, Westen und Röcke in allen Größen, Anaben- und Herren-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäse, Stiefel, Koffer, Operngläser, Koffer, Revolver, Zeichens-, Stockstinten, Harmonika's, Weigen, Röhren, Reibzeuge, Uhren, Ketten, Ringe, Armbänder u. s. w. zu enorm billigen Preisen. 4688L\*

## Gustav Lucke,

Berlin, Oranienstraße 131.

## Wichtig für Brautleute!

**Möbel**, Spiegel, Polstermöbel, weichen verkaufe wegen Einsparnis der Bodenfläche bedeutend billiger. Eig. Werkstätte. Haus. Tischlermeister. 46488L\*  
**Bukow**, Invaliden-Strasse 13.

## Wer will viel Geld verdienen, verkaufe bei hoher Provision

**Tapeten**  
in Sam.  
**Möbel**  
unter Garantie guter Arbeit. Teilzahlung gefastet. 4650L\*  
**H. Brandt**, Alte Jakobstr. 66.

## Goldabfälle.

Gold, Silber, Reingold, Treffer, Platin u. Brillanten faßt die Scheide-Anhalt Zimmerstr. 32. 44772L\*

Verlangende Sie Gratis-Versendung des illust. Kataloges durch den Verlag „Der Erwerb“, Dresden-N. 7. 143L\*  
Möb. Schloß u. verm. Sedantanzstr. 4, pt.  
Möb. Schloß für Herren u. verm. Sedantanzstr. 29, Hof I. II. r.  
Freundl. Schloßstr. 5. Bartel, Culmstr. 17, d. II. 2722b  
Freundl. Schloßstr. 20, Quergebäude II. links. 2719a